

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS. HEFT 5



LINKES DENKEN IM 20. JAHRHUN-
DERT

EINE AUSWAHL (II)

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von
Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl

HEFT 5
LINKES DENKEN IM 20. JAHRHUNDERT
EINE AUSWAHL (II)

»Im nächsten Jahr sind Beiträge zu Herbert Marcuse, vielleicht »dem« geistigen Vater der 68er, der vor 100 Jahren geboren wurde, zum Austromarxismus, zu Bucharin und Trotzki geplant. Mögen die Mittel ausreichen, um wiederum ein kleines Heft mit den gesammelten Vorträgen zu veröffentlichen. Vielleicht entsteht ja über die Zeit auf diese Weise ein Kompendium, das vor allem Jüngeren hilft, sich zu orientieren, weiter zu arbeiten und praktisch »links« zu handeln«.

So endete die Einleitung für die Reihe zum »Linken Denken« im Vorjahr. Inzwischen ist unsere Stiftung erstarkt, so daß wir nicht nur die oben genannten Vorhaben, sondern noch weitere realisieren konnten.

Die 99er Reihe eröffnete am 20. Januar Dr. Horst Klein zum Austromarxismus. Ihm folgte am 31. März Dr. Mario Keßler zu Leo Trotzki und am 12. Mai Dr. Horst Heimann von der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Darmstadt zu »Eduard Bernsteins revisionistisch-reformistischer Sozialismus«. Im zweiten Halbjahr sprachen am 6. Oktober Gerd Schäfer zu Herbert Marcuse und am 27. Oktober Wladislaw Hedeler zu Bucharin.

Für das Sommersemester 2000 sind Vorträge über Ernst Bloch und das Prinzip Hoffnung sowie zu Rudolf Bahros Alternative geplant. JÜRGEN LEIBIGER

INHALT

Horst Klein

Austromarxismus – klassischer Linkssozialismus und geistige Quelle des »Dritten Weges« (3)

Mario Keßler

Leo Trotzki über Demokratie und Diktatur (31)

Horst Heimann

Bernsteins revisionistisch-reformistischer Sozialismus – Seine Bedeutung in der Geschichte und für die Zukunft der Linken in Europa (59)

Wladislaw Hedeler

Nikolai Bucharin – Stationen eines Lebens (77)

Gert Schäfer

Herbert Marcuse – eine Skizze (103)

Zu den Autoren des Heftes (121)

HORST KLEIN

AUSTROMARXISMUS – KLASSISCHER LINKSSOZIALISMUS UND GEISTIGE QUELLE DES »DRITTEN WEGES«

Eine Beschäftigung mit dem Thema ist sinnvoll für das Erbe und Traditionsverständnis demokratischer Sozialisten in PDS und SPD, insbesondere natürlich für Linksozialisten, zumal so ein weitestgehend undogmatischer Zugang zu sozialistischen Theorien gegeben ist. Linksozialisten, deren geistige Quellen zwar sehr wesentlich in der marxistischen Geschichtsauffassung, aber ebenso auch in der humanistischen Philosophie und christlichen Ethik zu finden sind, haben in den zwanziger und dreißiger Jahren relativ realistisch die Entwicklung in der Sowjetunion analysiert und ein weitestgehend zutreffendes Bild von den damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Rußland, insbesondere vom stalinistischen Parteikommunismus, gewonnen, das nicht erst der Enthüllungen des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Jahre 1956 bedurfte.

Der Linksozialismus war nicht nur traditionell in der österreichischen, sondern auch in der deutschen Sozialdemokratie beheimatet. Dafür stehen die Namen und das Werk von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi, Max Seydewitz, Otto Jensen, Kurt Rosenberg, Otto Brenner und auch Willy Brandt. Ihr Lebenswerk verkörpert das uneigennützig und menschlich aufrichtige Bemühen um ein wissenschaftliches Weiterdenken theoretischer Kerngedanken von Marx und Engels fern jeder wissenschaftsfeindlichen Dogmatik.

Ein Nachdenken über linkssozialistische Auffassungen in der Arbeiterbewegung kann auch heute einen theoriegeschichtlich unterlegten Lernprozeß befruchten, insbesondere wenn es darum geht, Radikalität durch politischen Realismus zu ersetzen.¹ Allerdings benötigt Linksozialismus heute und künftig grundlegend neue Gestaltungskonzepte, die vor allem die schwierigen globalen Menschheitsprobleme des vor uns liegenden Jahrtausends zu berücksichtigen versuchen. Aus der Geschichte, mit der wir uns hier befassen wollen, sind Zukunftskonzepte nicht linear zu holen, denn sie erfordern einen im wahrsten Sinne des Wortes neuen Mut für humanistische Utopien, die vor allem die globalen Aufgaben einschließen und nicht mehr zwangsläufig mit dem Etikett

1 Siehe Wolfgang Gehrcke: Was ist neu an der »Neuen Linken«? In: »Neues Deutschland« vom 09./10.01.1999. S. 14.

des Sozialismus zu versehen sind. Indessen ist humanistisches Zukunftsdenken ohne das Wissen um geschichtliche Erfahrungen wohl schwer vorstellbar.

Bevor wir uns dem Kern des Themas zuwenden, ist auf den Ursprung und Sinn des Begriffs »Austromarxismus« zu verweisen. Der Begriff steht für marxistisches Denken in Österreich. Zu Beginn dieses Jahrhunderts schlossen sich in Wien junge und wissenschaftlich außerordentlich begabte Intellektuelle zu einer Art Gemeinschaft »Junger Marxisten« zusammen. Wien war damals eine Hochburg des wissenschaftlichen Denkens und Wirkens so namhafter Wissenschaftler wie Ernst Mach und Sigmund Freud, der Nationalökonom Carl Menger und Eugen von Böhm-Bawerk.² Das durch sie geprägte geistige Klima in Wien sowie die damals an Kraft gewinnende Sozialdemokratische Partei Victor Adlers beeinflussten die Austromarxisten und brachten sie in die Nähe der Arbeiterbewegung, mit der sie sich frühzeitig solidarisierten. Sie alle waren fasziniert von den Marxschen Schriften, insbesondere vom »Kapital«, von der Logik der materialistischen Geschichtsauffassung, und sie verfolgten sehr kritisch den Revisionismusstreit in der SPD, mit dem sie sich nicht anfreunden wollten. In Distanz zu Eduard Bernstein identifizierten sie sich mit der Marxschen Theorie und Methode, verteidigten Marx und gewannen so über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Österreichs hinaus den Ruf, einen marxistisch geprägten Linkssozialismus zu vertreten.

Zu dieser Gemeinschaft gehörten vor allem Otto Bauer, Max und Friedrich Adler, Karl Renner und Rudolf Hilferding. In Karl Kautsky sahen sie ihren geistigen Vater und Lehrmeister. 1904 begannen Max Adler und Hilferding in Wien die »Marx-Studien« herauszugeben. Otto Bauer, der dem Begriff des Austromarxismus für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg eine gewisse Berechtigung zuwies, nannte den amerikanischen Sozialisten Louis Boudin als dessen Erfinder, allerdings ließ sich das bisher nicht mit einem konkreten Quellennachweis belegen. In der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen wurde der Begriff infolge der Zuspitzung des *antagonistischen Gegensatzes* zwischen stalinistisch geprägtem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung zu einem politischen Kampfbegriff in der »marxistisch-leninistischen« Literatur. Der Austromarxismus galt als besonders gefährliche Abart des Revisionismus bzw. Opportunismus, und dies konnte man auch in den DDR-Nachschlagewerken unverändert bis zum Schluß lesen. In Wirklichkeit leisteten die genannten Theoretiker einen bleibenden Beitrag für

² Siehe Albert Fuchs: *Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918*. Wien 1978.

die wissenschaftliche Rezeption und Entwicklung der Marxschen Theorie und Methode.³ Dies belegen so herausragende Werke wie »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie« (1907) von Otto Bauer, »Das Finanzkapital« (1909) von Rudolf Hilferding und »Die Staatsauffassung des Marxismus« (1922) von Max Adler. Die tieferen Ursachen für die Verteufelung des Austromarxismus lagen im antimarxistischen und dogmatischen Wesen der »marxistisch-leninistischen« Ideologie und des Parteikommunismus.

Linkssozialisten gegen Eduard Bernstein

Die Austromarxisten/Linkssozialisten wandten sich einerseits gegen den Bernsteinschen Revisionismus; andererseits versuchten sie im Interesse der Wahrung der sozialistischen Ideale und der zu schützenden Einheit der Arbeiterbewegung zu vermitteln. Bernstein hatte bekanntlich mit der Aufhellung von Veränderungs- und Beharrungsfaktoren in der Entwicklung der industriekapitalistischen Gesellschaft zweifellos auf Faktoren hingewiesen, die sich realhistorisch durchgesetzt haben, so vor allem die Schichtung der Gesamtgesellschaft, die Differenzierung der Arbeiterklasse, die Erhaltung der Mittelschichten, auch die Veränderung des Charakters der Produktion – die ihr immanente Vergesellschaftungstendenz – und der Funktion des Staates. Andere Tendenzen hat er bekanntlich auch fehl eingeschätzt, wie die Konzentration der Produktion und des Finanzkapitals sowie vor allem die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Mit seiner Krisentheorie verknüpfte er die Hoffnung auf eine künftig mehr harmonische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Das war eine illusorische Annahme, zu der er aus der Überbewertung der Prosperitätsphase des Kapitalismus in den Jahren um 1885 kam.

Dessenungeachtet gelangte er natürlich zu Einsichten, die für das damalige marxistische Denken in der internationalen Arbeiterbewegung als inakzeptabel erschienen. So vor allem seine Schlußfolgerung, daß es keinen Zusammenbruch der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft geben werde. Die bürgerliche Gesellschaft zeige die Tendenz zu lebens-

3 Siehe Otto Bauer: *Austromarxismus*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 8. Wien 1980. S. 11ff. – Horst Klein: *Bemerkungen zum Begriff »Austromarxismus«*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*. Berlin 37(1989)9. S. 853ff. – Horst Klein: *Zum Umgang mit dem Austromarxismus in der DDR-Geschichtsschreibung*. Leipzig 1995. S. 34ff. (*Studienreihe der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V. Reihe A – Soziales Denken im 19. und 20. Jahrhundert*. Heft 1).

verlängernden Formveränderungen, zu einer längeren Lebensdauer und stärkeren Elastizität. Die Prognose, die das Kommunistische Manifest der Entwicklung der modernen Gesellschaft stellte, war zwar richtig, »soweit sie die allgemeinen Tendenzen dieser Entwicklung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Folgerungen, vor allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwicklung in Anspruch nehmen würde [...] Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich«, so Bernstein, »nicht in der Weise vollzogen, wie sie das ›Manifest‹ schildert.« Es sei nicht nur nutzlos, es sei auch die größte Torheit, sich dies zu verheimlichen.⁴ Bernstein verknüpfte damit zugleich die Frage, ob es für die Sozialdemokratie – gemessen an ihrer Zielvorstellung – überhaupt einen Sinn mache, an einem Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft interessiert zu sein. Letztlich werde der Zusammenbruch weder notwendig eintreten, noch werde er, falls er vielleicht doch eintrete, mit Notwendigkeit zum Sozialismus führen.⁵ Nun, heute wissen wir: Die Geschichte des sogenannten Realsozialismus bestätigt Bernsteins Kerngedanken in besonderer Weise. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang auch an das bekannte Marxwort, wonach eine Gesellschaftsformation nie untergeht, »bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellte sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann ...«⁶ Auch könne nach Bernstein nicht ein wirtschaftliches Chaos die Brücke zum Sozialismus, d. h. zu einer Gesellschaft sein, die

4 Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1973. S. 6.

5 In diesem Zusammenhang ist auch auf den Meinungsstreit zur Akkumulationstheorie Otto Bauers mit Rosa Luxemburg aufmerksam zu machen. Luxemburg ging bekanntlich davon aus, daß kapitalistische Akkumulation bzw. erweiterte Reproduktion nur im Ergebnis der imperialistischen Expansion und der Eroberung bisher nichtkapitalistischer Märkte (Kolonien) möglich sei. Dagegen setzte Bauer zu Recht die These, daß kapitalistische Reproduktion auch ohne Expansion möglich sei, weil die Produktionsverhältnisse dem Entwicklungsdrang der Produktivkräfte anpassungsfähig seien. Bauers These widersprach somit auch dem angeblich gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Krieg. (Siehe Rosa Luxemburg: *Die Akkumulationstheorie des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben*. In: *Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke*. Bd. 5. *Ökonomische Schriften*. Berlin 1985. S. 415ff. sowie Otto Bauer: *Die Akkumulation des Kapitals*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 7. Wien 1979. S. 1015ff.).

6 Karl Marx: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Vorwort. In: *MEW*. Bd. 13. S. 9.

dem Menschen die erhoffte Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse und die Aufhebung der Entfremdung der Arbeit bringen sollte, sondern ein ordentliches und friedliches Hineinwachsen etc. So kam die Sozialismustheorie auf den Prüfstand und in der von Karl Kautsky herausgegebenen theoretischen Zeitschrift der SPD »Die Neue Zeit« thematisierte man eine »Krise des Marxismus«.

Der tiefere *Sinn des Revisionismus*, Marxsche Theorie und Methode als Wissenschaft unter den neuen Entwicklungs- und Wirkungsbedingungen der Arbeiterbewegung fortzuschreiben und mit neuen Erkenntnissen auch partiell zu korrigieren, blieb damals vielen namhaften Marxisten noch lange verborgen, obgleich wohl jeder Wissenschaftler weiß, daß wissenschaftliches Denken, daß der wissenschaftliche Arbeitsprozeß stets Irrtümer und Korrekturen bzw. neue Erkenntnisse notwendig einschließt. Anders ausgedrückt: Mit der Entwicklung und Veränderung der sozialen Wirklichkeit sollte sich auch die sozialwissenschaftliche Theorie, soweit sie – gemessen am allgemeinen Erkenntnisstand – die objektive Realität zu reflektieren vermag, selbst fortlaufend korrigieren und entwickeln. Der »orthodoxe« Marxist Karl Kautsky und im wesentlichen auch Rudolf Hilferding gingen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und der russischen Revolution 1917 auf die Position Bernsteins über. Karl Renner hatte indessen von Anbeginn kaum Schwierigkeiten, mit den neuen Denkansätzen Bernsteins umzugehen und besetzte auch von vornherein einen eigenständigen Platz in der skizzierten Gemeinschaft »Junger Marxisten«.

Im Unterschied zu Bernstein sahen die Austromarxisten Otto Bauer, Friedrich und Max Adler, die Marx und Engels selbstverständlich auch wissenschaftlich propagieren und weiterführen wollten und den Streit für die Arbeiterbewegung als schädlich empfanden, ihre Vermittlungschance in der Besinnung auf den historischen Charakter der Marxschen Lehre. Marx galt es aus ihrer Sicht historisch zu denken. Die Offenheit und Prozeßhaftigkeit der sozialistischen Theoriebildung sollte mehr Beachtung finden. Wie sich Bauer in seinem Artikel »Marx als Mahnung« 1923 erinnerte, gab es für die Überwindung der Krise des Marxismus – so bezeichnete man damals in der internationalen Sozialdemokratie den Revisionismusstreit – nur einen Weg, nämlich den, sich »mit Marxens Denkmitteln und Forschungsmethoden ausgerüstet, auf die Fülle neuer Erfahrungen zu stürzen [...] Es ist Marxens Methode, die über Marxens Thesen hinweg weiterführt; es ist Marx, der Marx überwindet.«⁷ An dieser Zweiteilung – die Methode ist fertig, nur die Resultate ändern

7 Otto Bauer: *Marx als Mahnung. Zu Marxens vierzigstem Todestag*. In: *Otto Bauer-Werkausgabe*. Bd. 9. Wien 1980. S. 45ff.

sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung seit Marx, hält Bauer auch in seinem Spätwerk fest. Der methodische Teil des Marxismus sei im Vorwort und in der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie von Marx zusammengefaßt.

Marxismus Wissenschaft oder Weltanschauung?

Im Revisionismusstreit nahm die Frage nach dem Charakter der Marx'schen Lehre als Wissenschaft und Weltanschauung einen zentralen Platz ein. Die Ansicht Bernsteins, wonach die philosophisch-materialistische Grundlegung der Marx'schen Hypothese von der historischen Notwendigkeit des Sozialismus zu einem mechanistischen Geschichtsbild führe und der Materialist einem Calvinisten ohne Gott gleiche,⁸ erschien auch den Austromarxisten wichtig zu sein. Max Adler sah darin einen konstruktiven Ansatz und erklärte den Streit mit Bernstein einfach als eine *Folge der Begriffsverwirrung*, die schon mit der Bezeichnung der Marx'schen Lehre als materialistische Geschichtsauffassung entstanden sei. Indessen, so Adler, habe Marxens Theorie mit dem herkömmlichen philosophischen Materialismus gar nichts zu tun, hier handle es sich um einen Irrtum oder um eine pragmatische Unterstellung. Das Materielle, von dem Marx und Engels sprechen, sei etwas ganz anderes als die Materie der Naturwissenschaft; es beziehe sich ausschließlich »auf solche Lebensverhältnisse, nämlich auf die wirtschaftlichen Beziehungen, in denen Menschen zueinanderstehen, also auf etwas, das in der materiellen Natur überhaupt nicht vorkommt; kurz, dieses Materielle ist nichts Sachliches mehr, sondern etwas Menschliches und als solches notwendig etwas Geistiges«.⁹ Der für die Natur wohl geltende philosophische Materialismus sei für die Erklärung sozialer Verhältnisse, die einen rein geistigen Ursprung haben, nicht anwendbar. Bei Marx, der also gar kein Materialist gewesen sei, wie Bernstein irrtümlicherweise glaubte, gebe es nur im Hinblick auf die Geschichtsauffassung (Basis – Überbau) eine formale bzw. begriffliche, jedoch keine tatsächliche philosophische Grundlegung seiner Theorie usw. Die Marx'sche Wissenschaft, die Adler auch als die erste wissenschaftliche Soziologie bezeichnet, sei mit Weltanschauung und Ideologie unvereinbar. In der Trennung von Wissenschaft und Ideologie waren sich alle

⁸ Siehe Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1973. S. 33.

⁹ Max Adler: *Marxistische Probleme. Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik*. Bonn 1974. S. 4 und 66.

Austromarxisten, trotz ihrer auch unterschiedlichen Auffassungen, grundsätzlich einig.

Indessen hielt Max Adler, der philosophisch ein Kantianer war und blieb, einen verwandten Bezug der marxistischen Geschichtsauffassung zum Denken Immanuel Kants für möglich. Der kopernikanischen Wende Kants folgend, versuchte er Kant zu vervollständigen und ihm Marxens Denken adäquat rezipierbar zu machen, indem er den Sozialbezug der subjektivistischen Erkenntnistheorie Kants herstellte. Der *Sozialbezug* liegt nach Adler in der möglichen Anerkennung allgemeingültiger Erfahrung durch eine Vielheit übereinstimmender Denksubjekte. Die Welt existiert zwar nicht unabhängig vom Bewußtsein, das sie begreift, wohl aber unabhängig von der Subjektivität des einzelnen Ichs. Die Erkenntnis der Welt sei auf eine Vielzahl von Subjekten bezogen zu verstehen. Auf diese Weise vergesellschaftet Max Adler das Einzelbewußtsein, schafft er eine Sozialnatur des Bewußtseins, hebt er den Subjektivismus Kants auf. Seine philosophische Zentralkategorie ist das »Sozialapriorie« bzw. der »vergesellschaftete Mensch«. Hierbei handle es sich auch um die eigentliche Grundidee der marxistischen Geschichtsauffassung, für die er dann die folgende Erklärung findet: Die marxistische Erkenntnis, wonach die gesellschaftlichen Gesetze, zum Unterschied von denen der Natur, nur vermittels der Tätigkeit der Menschen entstehen und wirken, sieht er als Beweis für das Nichtvorhandensein eines »sozialen Materialismus« im Marxismus. Nach Adler wären »Produktivkräfte, Produktionsweise, ökonomische Verhältnisse, wirtschaftliche Entwicklung und dergleichen mehr« alles Ausdrücke von unmittelbar gesellschaftlicher Bedeutung, die ohne den Gedanken des vergesellschafteten, tätigen Menschen als ihres Trägers gar nicht zu fassen wären.¹⁰ Um diese und überhaupt alle sozialen Prozesse verstehen zu können, müsse man die Beschaffenheit des Einzelbewußtseins aufhellen. Erst dann werde erkennbar, daß »das alte Vexierdilemma von Geist und Materie auf die materialistische Geschichtsauffassung gar nicht anwendbar« sei. Das »richtig verstandene ›Materielle‹ steht mit dem ›Ideellen‹«, so erklärt Adler im weiteren, hier von vornherein schon in *derselben* Sphäre, nämlich in der *psychischen*, in welcher allein Lebensverhältnisse vorkommen können. Mit dieser Einsicht sei auch die Abhängigkeit des Ideellen vom Materiellen unstrittig, denn es handle sich nur um die Abhängigkeit einer Art des Psychischen von einer anderen.¹¹

10 Max Adler: *Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft*. In: *Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus*. Hrsg. von Max Adler und Rudolf Hilferding. Bd. 1. Wien 1904. S. 302.

11 Siehe Max Adler: *Marxistische Probleme*. Bonn 1974. S. 5.

Der Gedanke, daß es eine Wirklichkeit unabhängig von unserem Erkennen gibt, ist nach Adler unbegründbar. Das soziale *Sein sei das Produkt der Kategorisierung*; es löst sich dadurch nicht in einen bloßen Denkprozeß auf, aber Sein ist nur, indem es zugleich gedacht werde. Mit anderen Worten: Der philosophische Materialismus ist für Adler inakzeptabel. In Hinblick auf Marx bezieht sich Adler auf den in der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie (1857) entwickelten Gedanken, wonach Realität außerhalb des Denkens erst durch Denken begriffen wird und durch die Permanenz des Begreifens immer wieder neue Gedankentotalität entsteht.¹²

Bemerkenswert ist, daß der junge Max Adler in seiner ersten größeren Arbeit »Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft« (1904) mit dem genannten Denkansatz in die Revisionismusdebatte vermittelnd eingreift und auch in den späteren Jahren sein philosophisches Weltverständnis lediglich präzisiert, jedoch nicht mehr verändert. In seinem Werk finden wir gewissermaßen die philosophische Grundlegung eines damals angedachten »Dritten Weges« in der Arbeiterbewegung. Lenins 1909 veröffentlichtes Buch »Materialismus und Empirio-kritizismus« und die darin vorgegebene dogmatische Auslegung der philosophischen Grundfrage blieb bei Adler und auch weiteren Zeitgenossen kaum reflektiert. Besondere Aufmerksamkeit verdient, daß in Adlers Verständnis der marxistischen Geschichtsauffassung bzw. Gesellschaftsanalyse die philosophische Grundfrage nach dem Verhältnis von Denken und Sein *hinter* die soziologische Theorie zurücktritt. Der primär erkenntnistheoretische Exkurs zielt darauf, das Individuum bzw. den Menschen als soziales und schöpferisches Wesen gegen mechanistische Vorstellungen stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

Zum anderen sah Adler die Gefahr einer dogmatischen Auslegung des Verhältnisses von Denken und Sein und einer damit verbundenen Erstarrung des soziologischen Denkens. Marxens Theorie sei Wissenschaft und nicht Philosophie, und sie sei auch nur als reine Wissenschaft anwendbar und weiterzuführen.¹³ Die grundsätzliche Trennung von Wissenschaft und Parteiauffassung bzw. Parteilichkeit ist nicht nur in den theoretischen Auffassungen Max Adlers, sondern generell im austromarxistischen Denken der eigentliche rationale Kern. Wir wissen inzwischen, wie sehr die Handhabung des Leninschen Materiebegriffes, insbesondere der Versuch, aus den abstraktesten erkenntnistheoretischen Kategorien auf das unmittelbar praktische Handeln des Men-

¹² Siehe Helga Grebing: *Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum »Prager Frühling«*. München 1977. S. 48ff.

¹³ Siehe *ebenda*.

schen zu schließen, und die aus ihm abgeleitete sogenannte Leninsche Parteilichkeit, die Marxsche Wissenschaft in Gestalt des Marxismus-Leninismus verelenden ließ.

Sozialismus – notwendig oder ethisch begründet?

In diesem Zusammenhang stellte sich letztlich auch die von Bernstein aufgeworfene Frage, ob der Sozialismus gesetzmäßig den Kapitalismus ablöse oder ob er eine ethische Orientierung sei. Aus seiner philosophischen Sicht vermochte es Adler im Unterschied zu Bernstein, den *Sozialismus als eine kausalgesetzliche Notwendigkeit* zu erklären. Dabei folgte er dem von Marx im Vorwort der Kritik der politischen Ökonomie skizzierten Determinismus, wonach »auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung [...] die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen [...], innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten« geraten und diese sprengen. »Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsam oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzung muß man«, so Marx, »stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.«¹⁴

Nach Adlers Marx-Verständnis handelt es sich hier allein um rein geistige Beziehungen, um Kausalbeziehungen im Denken. »Um dies richtig zu verstehen«, schrieb er, »muß man zunächst davon ausgehen, daß die Kausalität trotz der Verschiedenheit ihrer Formen auf den verschiedenen Seinsgebieten in ihrem Wesen als Denkform überall das Gleiche bleibt, nämlich die strenge und ausnahmslose Verbundenheit der Wirkung mit ihrer Ursache.«¹⁵ Aus dieser Sicht schlußfolgert er letztlich, daß die historische Notwendigkeit und ethische Begründbarkeit des Sozialismus kein Widerspruch sei.¹⁶ Ähnliche Gedanken finden wir auch bei Otto Bauer, der 1906 in der »Neuen Zeit« einen Beitrag zum Thema »Marxismus und Ethik« veröffentlichte. Mit diesem sprach er

14 Karl Marx: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort.* In: MEW. Bd. 13. S. 9.

15 Max Adler: *Grundlegung der materialistischen Geschichtsauffassung.* Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964. S. 139. (*Geist und Gesellschaft. Texte zum Studium der sozialen Entwicklung. Soziologie des Marxismus I.*)

16 Ebenda. S. 889.

sich für die Einsicht in die historische Aufgabe des Proletariats aus, die darin bestehe, die herrschende Gesellschaftsordnung zu bekämpfen und zu besiegen, sie durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen. Diese gewaltige Umwälzung betrachtete er ebenso wie Max Adler als kausal notwendig, unvermeidlich.¹⁷ Nur im Nachweis der kausalgesetzlichen Notwendigkeit des Sozialismus liege die wissenschaftliche Funktion und Leistung des Marxismus, aber keinesfalls in der sittlichen Wertung. Nach Bauers Ansicht müsse das wissenschaftliche Erkennen der kapitalistischen Entwicklungstendenzen der moralischen Stellungnahme zum Kapitalismus, ihrer ethischen Wertung vorangehen. Deshalb zeuge es nur von arger Verwirrung, wenn »jemand meint, auch nur eine Zeile des Marxschen Werkes durch den kategorischen Imperativ« der Kantschen Ethik ersetzen zu können. Bauer ging es hier vor allem um den spezifischen Gegenstand der Sozialwissenschaft und ihre Möglichkeiten, auch in bezug auf die Gesellschaft eine gesetzmäßige Entwicklung derselben nachzuweisen. In diesem Zusammenhang sah er die Leistung der Marxschen Theorie in der »Konstituierung der politischen Ökonomie als einer sozialen, von der Psychologie und Biologie losgelösten Wissenschaft«¹⁸. Mit ihr sei es erstmals möglich geworden, die »Beziehungen der Menschen zueinander als Ausdruck konkreter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse auf einer gegebenen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte«¹⁹ zu erfassen. Diese Beziehungen begriff Bauer ähnlich wie Adler als vom Menschen bewußt eingegangene, erzeugte. Marx habe sich gerade dadurch über Charles Darwin erhoben, weil er den Menschen als Schöpfer seiner eigenen Daseinsbedingungen verstand. Die sozialökonomischen Verhältnisse betrachtete er als solche, die vor ihrer Entstehung durch den Kopf des Menschen hindurchgegangen sind, als Entäußerung des menschlichen Bewußtseins. Bauer ging es hier vor allem um die Subjektivität des Menschen, um seine aktive und bewußte Tätigkeit, die keinen Materialismus in der Gesellschaftsbetrachtung zuließ.

Linkssozialistische Grundsätze

Der Erste Weltkrieg und die russische Revolution 1917 haben den Austromarxismus aus der zunächst primär theoretischen in die politische

¹⁷ Siehe Otto Bauer: *Marxismus und Ethik*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 7. Wien 1979. S. 873.

¹⁸ Otto Bauer: *Marx und Darwin*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 8. Wien 1980. S. 199.

¹⁹ *Ebenda*. S. 198f.

Ebene geführt und deutlich gemacht: *Linkssozialismus war stets die an sozialistischen Grundsätzen festhaltende und somit konsequentere Seite der Sozialdemokratie.* Reformen betrachtete er als anzustrebende Ziele, aber letztlich doch als eine niedere Ebene des Klassenkampfes. Linkssozialisten traten vor dem Ersten Weltkrieg und in unterschiedlichem Maße auch danach antireformistisch auf, aber letztlich waren sie nicht antireformistisch, sondern suchten stets den Weg der Vermittlung und Integration. Soweit Linkssozialismus parteiübergreifend erschien, und hier wird gern auf Luxemburg und Paul Levi bzw. später auf die von Max Seydewitz gegründete Sozialistische Arbeiterpartei verwiesen, waren diese Linkssozialisten im historischen Kontext nicht als Parteikommunisten oder gar als Trotzkisten zu bezeichnen.²⁰ Im Klartext: Linkssozialisten sahen ihre geistigen Wurzeln und ihre politische Heimat stets in der Sozialdemokratie, sie blieben Sozialdemokraten, deshalb halte ich die von Michael Franzke und Uwe Rempe formulierte Ansicht, wonach Linkssozialismus parteiübergreifend gewesen sei, für nicht zutreffend.²¹ Zu ihren *politischen Grundsätzen* zählen u. a. folgende Aspekte:²²

Erstens zeichneten sie sich durch eine *konsequente Antikriegshaltung* im Vorfeld, während und nach dem Ersten Weltkrieg aus. Sie standen konsequent zu den Antikriegsresolutionen der II. Internationale. In einem unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlichten Beitrag charakterisierte Otto Bauer »die kapitalistische Staats- und Gesell-

20 Siehe Horst Klein: *Trotzki, Kautsky, Bauer – Positionen zur Sowjetunion 1930–1938.* In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung.* Kösching 38(1996)4. S. 87ff.

21 Siehe *Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus.* Hrsg. von Michael Franzke und Uwe Rempe. Leipzig 1998. S. XIIff.

22 *Im Rahmen dieses Beitrages kann leider nicht auf die nationale Frage, die natürlich im Austromarxismus eine wichtige Rolle spielte, eingegangen werden. Kritisch ist hier jedoch wenigstens anzumerken, daß der Austromarxismus oftmals auf die philosophische Beschäftigung mit der nationalen Frage verkürzt wurde. Sie gewann zwar unter den Bedingungen der Habsburger Monarchie und der in der II. Internationale geführten Theoriediskussion besondere Aufmerksamkeit, hier ist u. a. auf die entsprechenden Arbeiten von Luxemburg, Kautsky und Renner zu verweisen. Otto Bauers Buch zur »Nationalitätenfrage ...« ist zweifellos die damals theoretisch fundierteste marxistische Arbeit, die die nationale Frage als soziale Aufgabe des Jahrhunderts allumfassend untersucht und darstellt. Das Thema verdient eine besonders tiefgründige Behandlung, zumal die damals ungelösten nationalen Probleme der verschiedenen europäischen Völker noch immer auf Lösung drängen, wie u. a. die Kriege im früheren Jugoslawien und die Situation in der früheren Sowjetunion bestätigen. Andererseits werden nationale Fragen derzeit vor allem durch den »europäischen Prozeß« verdrängt.*

schaftsordnung« als »die aller Kriege letzte Wurzel«. ²³ Gegen die »Burgfriedenspolitik« machten die Linken geltend, daß die Arbeiterklasse auch im Krieg ihre eigenständigen Interessen zu vertreten habe. Bauer stand auch bei Kriegsausbruch zu seiner Haltung, allerdings wurde er als namhafter Linkssozialist sofort zum Kriegsdienst einberufen und an die Front geschickt. Beim ersten Gefecht im August 1914 geriet er in russische Kriegsgefangenschaft und trat dann den langen Weg in ein sibirisches Gefangenenlager an. Ein erstes Lebenszeichen Bauers traf in Form einer Feldpostkarte erst 1916 in Wien ein, bis dahin galt er als vermißt. Auf diesen Sachverhalt ist hier deshalb zu verweisen, weil Lenin in der 1916 veröffentlichten Arbeit »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« Otto Bauer des Verrats beschuldigte, weil dieser bei Kriegsausbruch nicht gemäß den Antikriegsresolutionen aktiv geworden sei. Das ist ein Beispiel dafür, wie sehr Lenins Schriften den Charakter politischer Kampfschriften tragen. Es spricht auch für sich, daß der Verratsvorwurf weder von Lenin noch in der späteren »marxistisch-leninistischen« Geschichtsschreibung, mit Ausnahme der vom Autor 1988 verfaßten Habilitationsschrift ²⁴, korrigiert wurde. Zum Linkssozialismus der Tat gehört auch das zu Recht umstrittene Attentat Friedrich Adlers am 16. Oktober 1916 auf den Grafen Stürgkh, Ministerpräsident von Kaiser Karl, mit dem er die Sozialdemokratie für den Kampf gegen die Kriegspolitik der Habsburger wachrütteln wollte. Nach der russischen Februarrevolution 1917 befreiten die Menschewiki (russische Sozialdemokraten) Otto Bauer aus der Kriegsgefangenschaft. Nach mehreren Monaten Aufenthalt in Petersburg kehrte Bauer nach Wien zurück und stellte sich sofort an die Spitze der Linken, zu denen auch Max Adler gehörte.

Zweitens setzten die Linkssozialisten im Hinblick auf ihre Strategie der Wege zur Verwirklichung des Sozialismus *nicht auf bewaffnete Gewalt*, sondern auf die volle Ausnutzung und Entwicklung der politischen Demokratie, auf Wirtschaftsdemokratie und auf die allmähliche Entwicklung der sozialen Demokratie, die als Demokratie der klassenlosen Gesellschaft begriffen wurde. Für sie galt der Engelssche Gedanke, den dieser 1895 in seinem Vorwort zu den »Klassenkämpfen in Frankreich« niederschrieb. Gemeint ist der Hinweis auf die Ironie der Weltgeschichte, die alles auf den Kopf stelle. »Wir, die »Revolutionäre«,

23 Otto Bauer: *Sozialismus und Krieg*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 8. Wien 1980. S. 744.

24 Siehe Horst Klein: *Grundfragen des historischen Materialismus im theoretischen Werk Otto Bauers*. Studie zur Geschichte des historischen Materialismus. Diss. B. Berlin 1988, S. 128.

die ›Umstürzler‹, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand.«²⁵ Als Schritte des Weges galten: Die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse, die Sozialisierung und die Wirtschaftsdemokratie. Zum Originären des Linkssozialismus gehört im Besonderen die Darstellung der Inhalte, Grenzen und Ziele der *politischen und sozialen Demokratie* sowie der *Wirtschaftsdemokratie* als unverzichtbares Element der vollendeten Demokratie. Mit dieser eigenständigen Leistung haben sie sich von der dogmatischen Gegenüberstellung von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie sowie vom Trugbild der bürgerlichen Demokratie als bereits vollendeter Demokratie entschieden distanziert. *Wirtschaftsdemokratie statt Staatssozialismus!*

Im kritischen Rückblick wird heute oftmals vergessen, daß zu dieser Thematik in den Jahren 1917/1918 lediglich ganz allgemeine Vorstellungen vorhanden waren und die sich aus der Sache selbst ergebende Theoriediskussion erst begonnen hatte, selbst die Bolschewiki besaßen dazu kaum konkrete Vorstellungen und folgten letztlich den spontanen Handlungen von Arbeitern und Bauern zur Enteignung der Besitzenden, ohne produktive Konzepte für eine am Gemeininteresse orientierte Leitung der Betriebe. Im Gegensatz zu den russischen Erfahrungen war klar, daß Sozialisierung stufenweise und nicht zum Nachteil der wirtschaftlichen Produktivität und der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und nur demokratisch erfolgen sollte. Darauf hatte bereits Jahre zuvor Bernstein aufmerksam gemacht. Im vierten Kapitel seiner Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus ...«, das sich mit dem Verhältnis von Demokratie und Volkswirtschaft befaßt, finden wir sehr tief sinnige Gedanken, die zu den geistigen Wurzeln der Theorie der Wirtschaftsdemokratie (volkswirtschaftliche Planung und Investitionslenkung, betriebliche Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeit, demokratische Selbstverwaltung etc.) gehören. Im Konsens mit Engels nannte Bernstein die Er kämpfung der Demokratie als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats. »Darum lege ich«, so Bernstein, »auf den Kampf um das politische Recht der Arbeiter, auf die politische Betätigung der Arbeiter in Stadt und Gemeinde für die Interessen ihrer Klasse sowie auf das Werk der wirtschaftlichen

25 Friedrich Engels: *Einleitung zu Karl Marx »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«*. In: MEW. Bd. 22. S. 525. – Siehe Horst Klein: *Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung*. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin 41(1999)1. S. 14ff.

Organisation der Arbeit den allergrößten Wert. In diesem Sinne habe ich seinerzeit den Satz niedergeschrieben, daß mir die Bewegung alles, – das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nenne, nichts sei«. ²⁶

Die wirtschaftliche Organisation der Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft war einer der Grundgedanken Bernsteins, der für die Sozialisierung von grundlegender Bedeutung war. Indessen waren die Ansichten über den Prozeß der wirtschaftlichen Demokratie zwischen Bernstein und seinen linkssozialistischen Kritikern geradezu entgegengesetzt. Den Linken ging es um die Beschreibung des langwierigen Prozesses der demokratischen Um- und Ausgestaltung der Gesellschaft nach der politischen Machtergreifung der Arbeiterklasse. Die politische Macht der Arbeiterklasse, die Sozialisierung sowie die Ergänzung der politischen durch eine möglichst umfassende wirtschaftliche Demokratie, dies sollten die drei Grundpfeiler für den Aufbruch in eine bessere Welt sein. Die theoretische Grundlage der entsprechenden Begründung gab die Marxsche Staatsauffassung, die in den Schriften Bauers und Adlers dominierte. Bernsteins Ansatz, der sich nach der russischen Revolution von 1917 in der Sozialdemokratie durchsetzte und noch heute Geltung besitzt, war dem der Linken entgegengesetzt. Er betrachtete die wirtschaftliche Demokratie als Instrument einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsgestaltung im noch machtpolitischen Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Hilferdings Theorie der Entwicklung des Kapitalismus von der freien Konkurrenz zum monopolistischen bzw. organisierten Kapitalismus²⁷ und Karl Renners Vorstellungen über eine zunehmende staatliche Durchdringung bzw. Beherrschung der Wirtschaft wurden zu Grundlagen des Demokratieverständnisses. Nicht mehr der Bruch mit dem kapitalistischen Gesamtsystem stand in den 20er und 30er Jahren auf der Tagesordnung, sondern eine Politik der Verteidigung und des Ausbaus der infolge der Revolutionen 1918/19 errungenen demokratischen und sozialen Errungenschaften. Dem lag die Einsicht zugrunde, daß der Kapitalismus gebogen werden könne, bevor er gebrochen ist. Dagegen hielten die Linkssozialisten an der Marxschen Staatsauffassung fest.

Otto Bauer war m. E. der erste marxistische Theoretiker, der mit seiner Broschüre »Der Weg zum Sozialismus« 1919 konzeptionelle Überlegungen für die Leitung der nach der politischen Machtergreifung des Proletariats nationalisierten Betriebe unterbreitete und so einen »Dritten

²⁶ Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1973. S. 9.

²⁷ Siehe Horst Klein: *Zu den Gesellschaftsideen Rudolf Hilferdings*. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin 33(1991)1. S. 25ff.

Weg« zwischen Bolschewismus und engstirnigem Reformismus weisen wollte. Mit der politischen Machtergreifung werde lediglich eine politische Demokratie, die noch eine Klassendemokratie und somit natürlich beschränkt sei, errichtet. Diese gelte es mit der Sozialisierung der wichtigsten Produktionsmittel durch eine wirtschaftliche Demokratie zu ersetzen. Sein dazu entwickeltes Konzept beinhaltete verkürzt folgende Kerngedanken: Erstens sollte die lokale Verwaltung in Land, Bezirk und Gemeinden demokratischen Vertretungskörperschaften übertragen werden. Schließlich sah er im Sozialismusbegriff ein Synonym für soziale Demokratie, d. h. für die von Klassengegensätzen befreite Selbstverwaltung des Volkes.

Damit ging Bauer auf kritische Distanz zum Staatssozialismus, den er für eine besondere russische Erscheinung hielt. Zweitens sollte die Verwaltung der sozialisierten Industriezweige von sogenannten Verwaltungsräten, die aus Bevollmächtigten der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten, aus den Konsumenten und Vertretern des Staates zu bilden waren, erfolgen.²⁸ Indessen sah er dies allein noch nicht als die Verwirklichung einer demokratischen Wirtschaftsverfassung an. Vielmehr erfordere nach Bauer »die wirtschaftliche Demokratie auch, daß die lokale Verwaltung des einzelnen Industriebetriebes demokratisiert wird. Wie die freie Gemeinde die Grundlage des freien Staates ist«, so sei »die demokratische Betriebsverfassung die Grundlage der demokratischen Organisation der Gesamtindustrie«²⁹. Drittens sei die Macht der Gewerkschaften die wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren der wirtschaftlichen Demokratie.

Den Verwaltungsräten sollten die Ernennung der leitenden Beamten, die Festsetzung der Warenpreise und die Abschließung von kollektiven Arbeitsverträgen mit den Gewerkschaften sowie die Verfügung über den Reingewinn und die Entscheidung über größere Investitionen obliegen. Mit all diesen noch konturenhaften Vorstellungen ging es Otto Bauer zunächst einmal um alternative Schritte, die nach der politischen

28 In Deutschland wurden diese Überlegungen auch von Rudolf Wissell übernommen. Die von den Volksbeauftragten eingesetzte und später von der Regierung bestätigte Sozialisierungskommission befaßte sich im Februar/März 1919 mit der Sozialisierung des Bergbaus und der Bodenschätze. Eine sofortige Sozialisierung des Bergbaus und anderer Bereiche der Schlüsselindustrie lehnte die Kommission ab. Indessen wurde durch das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 die Schaffung eines Selbstverwaltungsorgans mit der von Otto Bauer besprochenen Struktur beschlossen. Ähnliche Schritte gab es auch für den Kalibergbau.

29 Ebenda. S. 104f.

Machtergreifung des Proletariats und der allmählichen Sozialisierung der wichtigsten Produktionsmittel zu gehen waren und die im Unterschied zu staatssozialistischen Strukturen auf eine demokratische Selbstverwaltung orientierten. Daß diese Gedanken geradezu den Zorn Lenins hervorriefen und dieser kaum argumentative Ideen gegen Bauer einzubringen vermochte, dafür jedoch mit vulgärer Beschimpfung des international geachteten marxistischen Theoretikers als »einer der Besten unter den Sozialverrätern« reagierte,³⁰ soll hier nur vermerkt werden. Festzuhalten ist, daß in der damaligen theoretischen Diskussion Fragen nach dem Wesen und den Mechanismen der Demokratie zum eigentlichen Kardinalproblem in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften wurden.

Max Adler, der sich in seiner 1926 veröffentlichten Arbeit »Politische oder soziale Demokratie« mit der Wirtschaftsdemokratie befaßte,³¹ machte deutlich, daß die wirtschaftliche Demokratie nicht schlechthin als Ergänzung oder Verbesserung der politischen Demokratie, sondern als ihre Aufhebung bzw. *Vollendung* verstanden werden müsse. Sehr ähnliche Gedanken finden wir zur Wirtschaftsdemokratie im aktuellen Programm der SPD.³² Für Adler war wichtig zu erkennen, daß die Gesellschaft, solange sie durch ökonomische Klassengegensätze gespalten ist, auch kein solidarisches Ganzes sein könne. Folglich sei echte Demokratie im Klassenstaate nicht möglich, sondern erst in Gestalt der sozialen Demokratie in der klassenlosen Gesellschaft. Indessen findet die Wirtschaftsdemokratie nach Ansicht Max Adlers in dem Maße ihren Sinn, wie sie die politische Demokratie bereichert und so in die Verwaltung der organisierten Wirtschaftsmacht der Kartelle und des Finanzkapitals eingreift. Ein beachtlicher Schritt auf diesem Wege sei auch die im Ergebnis der Revolution geschaffene Institution der Betriebsräte auf gesetzlicher Grundlage bzw. die Betriebsgesetzgebung, die den Arbeitnehmern eine beachtliche Mitsprache sowohl in Fragen des Arbeitsvertrages, des Lohnverhältnisses als auch im Hinblick auf die Betriebsführung und Betriebskalkulation ermögliche.

30 Siehe W. I. Lenin: *Notizen eines Publizisten*. In: *Werke*. Bd. 30. Berlin 1972. S. 350ff.

31 Siehe Max Adler: *Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung*. In: *Max Adler. Ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Norbert Leser und Alfred Pfabigan. Wien 1981. S. 178.

32 Siehe ebenda. S. 212. – *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998. Frankfurt am Main 1998, S. 43.*

Dessenungeachtet warnte Max Adler vor Illusionen, die letztlich eine Verkenning der marxistischen Klassen- und Staatsauffassung zur Folge haben würden. Er gab zu bedenken, daß »jeder Begriff der Demokratie, also auch der wirtschaftlichen, widerspruchsvoll und wirkungslos wird, wenn er so aufgefaßt wird, als ob er eine Aufgabe enthielte, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfüllt werden könnte und die Wirkung hätte, sie gerechter und freier zu gestalten.

Mit seinen Ideen war er einer jener Theoretiker, die am konsequentesten an der Marxschen Staatsauffassung festhielten, ohne allerdings die aus der monopolistischen Entwicklung des Kapitals abzuleitenden Konsequenzen, auf die vor allem Hilferding aufmerksam machte, für die Wahl der Wege zur Verwirklichung des Sozialismus mit dem gebotenen Weitblick zu erfassen.

Drittens war für Linksozialisten die *Haltung zur Marxschen Staatsauffassung* eine Frage ihrer politischen Identität, die sie im Gegensatz zu den Anhängern Bernsteins nicht aufgeben wollten. Im Gegensatz zu den Bolschewiki kam für sie nur eine demokratische Staatsform in Betracht, die eine Mehrheit des Volkes repräsentiert und nicht die Herrschaft einer Partei. Der Weg zur Macht war ausschließlich über demokratische Mehrheiten im Ergebnis des parlamentarischen Kampfes zu beschreiten, d. h. ohne bewaffnete Gewalt. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Staatsform hielten sie im Notfall kurzzeitig für möglich.

Das war übrigens eine Position, die auch der Marxist Hermann Duncker vertrat und dafür den Vorwurf des Opportunismus hinzunehmen hatte. Er äußerte sich zu dieser Frage im April 1947 noch von außen, aus seinem Exilort New York, in der theoretischen Zeitschrift der SED mit einem Artikel »Zur Einheit der Arbeiterbewegung«. Im Abschnitt Demokratie und Diktatur entwickelte er Gedanken, die jenen gleichen, die Bauer bereits in seiner im Jahre 1920 verfaßten Schrift »Bolschewismus oder Sozialdemokratie?« formulierte. Wie Bauer bezeichnete auch Duncker einen undemokratischen Weg zum Sozialismus als im politischen Sinne absurd und reaktionär. Es sollte nie vergessen werden, daß der Marxismus die proletarische Diktatur stets nur als Begleiterscheinung und Ergänzung der siegreichen proletarischen Revolution hinstellt, als zeitweilige Notwendigkeit, um dem »Kannibalismus der Konterrevolution« zu begegnen. Die proletarische Diktatur könne auch Notmaßregel einer isolierten sozialistischen Gemeinschaft im Kriegszustand gegenüber einer Welt von Feinden sein. Jede bürgerliche Demokratie beanspruche im Kriegsfall in gleicher Weise diktatorische

Machtbefugnisse, ohne daß die zu verteidigende bürgerliche Demokratie dadurch grundsätzlich aufgehoben oder negiert werden solle.³³ Ebenso war auch für Bauer die Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx nur als ein Mittel vertretbar, die Demokratie vor der unmittelbar drohenden Gefahr einer antidemokratischen Konterrevolution zu retten, oder einen Konflikt, an dem die Demokratie gescheitert ist, zu entscheiden, um nach der Erfüllung dieser Aufgabe aber den Staat zu den demokratischen Formen zurückzuführen.³⁴ Dem Beitrag Duncckers folgte unmittelbar ein Aufsatz von Frida Rubiner über Diktatur und Demokratie (man beachte die Umkehrung der Begriffe »Demokratie« und »Diktatur«), mit dem letztlich die genannten Auffassungen über die Diktatur des Proletariats als opportunistisch zurückgewiesen wurden.³⁵

Es ist auch bemerkenswert, daß die österreichische Sozialdemokratie einen bewaffneten Schutzbund besaß, aber als es im Februar 1934 darauf ankam, die Gefahr einer austrofaschistischen Diktatur abzuwehren, verzichteten die austromarxistischen Führer auf das Signal für den bewaffneten Kampf. Die spontane und führungslos gebliebene Erhebung der Arbeiterschaft bzw. des Schutzbundes konnte so von der Dollfuß-Diktatur blutig niedergeschlagen werden. Der Februar-Aufstand scheiterte m. E. nicht aufgrund unentschlossener Führung, sondern vor allem deshalb, weil die bewaffnete Gewalt auch in der SPÖ niemals ernsthaft in Erwägung gezogen wurde; sie galt ausschließlich als Element der Abschreckung und sollte der Arbeiterschaft ein Gefühl der Stärke vermitteln. *Putschismus* und bewaffnete Gewalt waren für Linksozialisten inakzeptabel.

Sehr eindeutig und im Konsens mit Bauer und Adler formulierte Luxemburg 1918: »In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klasse. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Massenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionnenmasse des Volkes, die

33 Hermann Duncker: *Zur Einheit der Arbeiterbewegung*. In: *Einheit*. Berlin 2(1947)4. S. 333.

34 Otto Bauer: *Bolschewismus oder Sozialdemokratie?* In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 2. Wien 1976. S. 351f.

35 Frida Rubiner: *Diktatur und Demokratie. Zur Klärung viel mißbrauchter Begriffe*. In: *Einheit*. Berlin 2(1947)4. S. 334.

berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit umzusetzen.«³⁶

Viertens verstanden sich die Linksozialisten als *Kultur- bzw. Aufklärungsbewegung*. Revolutionäre Massenkämpfe und Gewalt galten als obsolet. Die eigentliche Revolution habe sich im Kopf der Menschen zu vollziehen, deshalb sei die *Erziehung neuer Menschen* die Aufgabe der Sozialdemokratie. Sozialistische Erziehung sei keine im sozialen Emanzipationskampf des Proletariats nur nebenherlaufende Aufgabe, sondern »ein Glied der vom Marxismus aufgezeigten Tendenz des sozialen Entwicklungsprozesses, in stets bewußtere Formen überzugehen«. ³⁷ Soziologisch gesehen sei der Klassenkampf gar nichts anderes als der Prozeß der Humanisierung und Kultivierung, ja sogar Moralisierung der Gesellschaft selbst.

Fünftens befanden sich Linksozialisten *in kritischer Solidarität mit dem russischen Volk und den Bolschewiki*. Sie vertraten die Positionen der Menschewiki, die zwar den Oktoberumsturz 1917 nicht gewollt haben, aber letztlich eine Gegenrevolution ablehnten und für die Verteidigung der Revolution eintraten.³⁸ Unstrittig war für Linksozialisten, daß die von den Bolschewiki errichtete »Diktatur des Proletariats« eine aus den spezifisch russischen Verhältnissen heraus zu erklärende Diktatur einer Minderheit, einer Parteibürokratie sei, die mit der vom Humanismus geprägten Kommunismusidee von Marx und Engels nichts gemeinsam habe. Eine Gleichsetzung von Bolschewismus/Stalinismus und Sozialismus/Kommunismus lehnten sie grundsätzlich ab. Indessen glaubten sie aber – im Unterschied zu Bernstein und Kautsky – an eine mögliche Demokratisierung der Sowjetgesellschaft, die mit einer zunehmenden Industrialisierung und Kulturentwicklung einsetzen könnte. Otto Bauer sprach in Hinblick auf die Sowjetgesellschaft vom »Sozialismus im Werden«

Ungeachtet der kritischen Distanz zu den politischen Herrschaftsstrukturen der Bolschewiki sah Otto Bauer seine in früheren Jahren geäußerten Zweifel, der Sozialismus könne in einem so wirtschaftlich rückständigen Land wie Rußland aufgebaut werden, durch die inzwischen

36 Rosa Luxemburg: *Was will der Spartakusbund?* In: Rosa Luxemburg. *Gesammelte Werke*. Bd. 4. Berlin 1979. S. 443.

37 Max Adler: *Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung*. Berlin 1924. S. 7.

38 Siehe Uli Schöler: »Demokratische Liquidation der bolschewistischen Diktatur«. *Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie im Berliner Exil*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Berlin 34(1998)2. S. 157ff.

mit dem ersten Fünfjahrplan vollzogene Entwicklung überwunden. Mitte der dreißiger Jahre glaubte er, daß die Sowjetunion binnen weniger Jahre allen Völkern der Welt die ökonomische, soziale, kulturelle Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Tat beweisen werde.³⁹

Allerdings vermochte sein Optimismus kaum die widersprüchliche Entwicklung der Sowjetunion und die schwierigen Fragen sozialdemokratischer Solidarität mit ihr zu überdecken. Zu den inneren Widersprüchen der Sowjetunion kamen die außenpolitischen Bedingungen, die sehr entscheidend durch die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland sowie die faschistische Entwicklung in Italien und nicht zuletzt in Österreich selbst bestimmt wurden. Der stalinistische Terror im Inneren und die vom deutschen Faschismus ausgehende Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion verlangten Klarheit über die Haltung der internationalen Sozialdemokratie in der sich abzeichnenden Situation. Für Otto Bauer und für die wohl meisten Anhänger der Sozialistischen Arbeiter-Internationale war unstrittig, daß ihre Solidarität mit der Sowjetunion sicher sei. »Die Allianz der demokratischen Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder mit der Sowjetunion«, so Otto Bauer 1936, sei »heute schon mögliche und notwendige Tat, die den Gegensatz zwischen dem demokratischen Sozialismus des Westens und dem revolutionären Sozialismus des Ostens aufheben kann und muß«. ⁴⁰ Die Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder müßten ihre ganze Kraft für die Verteidigung der Sowjetunion einsetzen.

In einer gemeinsam von Otto Bauer, Theodor Dan und Jean Zyromski im Juli 1935 unterzeichneten und mit einem Vorwort von Friedrich Adler versehenen Erklärung »Die Internationale und der Krieg« wird die Parteinahme linker Sozialdemokraten für die Verteidigung der Sowjetunion sehr deutlich gefordert. Ihre Haltung war vom Glauben an den sozialistischen Charakter der Sowjetunion und vor allem von der Illusion der allmählichen Überwindung der terroristischen Diktatur und von der damit einhergehenden Herausbildung einer sozialistischen Demokratie motiviert. Einerseits verfolgten sie sehr aufmerksam und kritisch die von Stalin und seinen Protagonisten inszenierten Prozesse gegen aufrichtige Sozialisten, deren Hinrichtung sowie die wachsende Zahl der in Zwangslagern gequälten Menschen, und andererseits gab es für sie keine Alternative zur erhofften demokratischen sozialistischen Entwick-

³⁹ Otto Bauer: *Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 4. Wien 1976. S. 214.

⁴⁰ *Ebenda*. S. 215.

lung der Sowjetunion. »Eine solche Entwicklung der Sowjetunion«, schrieben sie, »würde der Welt das Vorbild einer sozialistischen Gesellschaftsordnung schaffen und damit die Werbekraft der Ideen des Sozialismus in der ganzen Welt gewaltig stärken. [...] Kommt es zum Kriege, so erheischt es das Interesse des internationalen Sozialismus, daß die Sowjetunion siege.«⁴¹

Für den Kriegsfall und die dann entstehenden feindlichen Mächtegruppierungen, die sie deutlich beschrieben und die von der nachfolgenden Entwicklung nahezu uneingeschränkt bestätigt wurden, formulierten sie eine Reihe von Regeln für das Verhalten der sozialistischen Parteien. »Auch die sozialistischen Parteien, die in Opposition zu der bolschewistischen Diktatur stehen«, sollten »bedingungs- und vorbehaltlos für die revolutionäre Landesverteidigung eintreten und für die Dauer des Krieges alle ihre Forderungen der Notwendigkeit unterordnen, im Interesse des ganzen Weltproletariats den Sieg zu erkämpfen.«⁴² Obleich die sozialistischen Parteien die Arbeiter auffordern sollten, als Soldaten im Felde und als Arbeiter in der Rüstungsindustrie ihre Pflicht zu erfüllen, so dürfen sie sich nicht darüber täuschen lassen, heißt es weiter in der Erklärung, »daß die Kriegsziele kapitalistischer Regierungen, die an der Seite der Sowjetunion Krieg führen, von den seinen grundverschieden sind«. Sie sollten deshalb diesen Regierungen gegenüber eine vollkommene Selbständigkeit wahren, d. h. sie sollten nicht die politische Verantwortung für ihre Kriegführung übernehmen und keinen Burgfrieden mit ihnen schließen.⁴³ Für die linkssozialistische Mehrheit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale stand wohl außer Zweifel, daß vom Ausgang des nahenden Krieges, den sie auch als Weltkrieg prognostizierten, und vom Sieg der Sowjetunion das Schicksal des Sozialismus in der Welt abhängen werde. Nicht nur sein Glaube an die Reformfähigkeit der Sowjetgesellschaft sollte sich später als eine historische Illusion erweisen, sondern auch seine Thesen vom »Sozialismus im Werden«, die den tatsächlich nichtsozialistischen Charakter der mit dem bolschewistischen Umsturz 1917 eingeleiteten Gesellschaftsentwicklung verdeckte.

41 Otto Bauer/Theodor Dan/Jean Zyromski: *Die Internationale und der Krieg. Mit einem Vorwort von Friedrich Adler und einer Erklärung von H. N. Brailsford. Wien 1935. In: Otto-Bauer-Werkausgabe. Bd. 4. Wien 1976. S. 32.*

42 *Ebenda. S. 40.* – Siehe Friedrich Adler: *Das Stalinsche Experiment und der Sozialismus. In: Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus. Hrsg. von Michael Franzke und Uwe Rempe. Leipzig 1998. S. 223.*

43 *Ebenda. S. 41.*

Sechstens begriff sich der Linkssozialismus als *Alternative zur revolutionären Arbeiterbewegung und den »engstirnigen« Reformismus*. Otto Bauer begründete in diesem Sinne in seinem 1936 veröffentlichten Buch »Zwischen zwei Weltkriegen« das Konzept eines »Integralen Sozialismus«. Gegen Lenins Charakteristik des Reformismus und Revisionsismus als bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung gewandt, betrachtete Bauer den Reformismus als eine niedrigere Form des sozialistischen Bewußtseins und die revolutionäre Arbeiterbewegung als höhere, jedoch inzwischen auch als eine zu einem Teil deformierte Stufe sozialistischer Theorie und Praxis, die ihren revolutionären Charakter nur durch die Überwindung des Stalinismus zurückgewinnen könne. Der integrale Sozialismus sollte, schrieb Bauer, »das Ethos des demokratischen und das Pathos des revolutionären Sozialismus zu höherer Einheit vereinigen«.44

Der in der objektiven Sachlage der Arbeiterbewegung steckende antagonistische Widerspruch zwischen stalinistischem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung blieb damals auch den Linkssozialisten Bauer und Adler noch verborgen. Es waren vor allem Hilferding, Bernstein und Kautsky, die einen schärferen Einblick in das ihrer Ansicht nach konterrevolutionäre und antisozialistische Wesen des Bolschewismus/Stalinismus öffneten und somit späteren Erkenntnissen weit voraus waren.⁴⁵ Indessen ging Otto Bauer seiner revolutionären Illusion folgend, nach der Niederschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 daran, seine Idee über die Einheit der Arbeiterbewegung und die Schaffung einer Einheitspartei mit marxistischem Programm weiter auszuarbeiten.⁴⁶ Im September 1934 veröffentlichte er einen programmatischen Vorschlag für die Neugründung einer einheitlichen marxistischen Partei, die aus der Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten hervorgehen sollte.⁴⁷ Sein Vorschlag wur-

44 Otto Bauer: *Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 4. Wien 1976. S. 306.

45 Siehe *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. – *Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen*. Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Kefler und Gert Schäfer. Hamburg 1997.

46 Siehe Otto Bauer: *Die illegale Partei*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 4. Wien 1976. S. 347ff.

47 Siehe Otto Bauer: *Der Neuaufbau der Partei*. In: *Otto-Bauer-Werkausgabe*. Bd. 7. Wien 1979. S. 536ff. – Horst Klein: *Parteiauffassung und Konzept des »Integralen Sozialismus« des sozialdemokratischen Theoretikers Otto Bauer*. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin 32(1990)3. S. 302ff.

de zwar von der Führung der Kommunistischen Partei Österreichs gebilligt, doch letztlich von der Stalin hörigen Kommunistischen Internationale untersagt.

In dieser Situation wurde einmal mehr deutlich, daß mit der vom VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1928 verhärteten und später vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 verteidigten Theorie des »Sozialfaschismus«⁴⁸ die Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten unumkehrbar geworden war; es bestand ein Antagonismus, der jede Form des Zusammengehens im Kampf gegen den Faschismus verhindern mußte. Es war die Spitze eines Prozesses erreicht, der mit der Spaltung der russischen Sozialdemokratie 1903 in Bolschewiki und Menschewiki begann, der durch die Haltung der sozialdemokratischen Parteien zur Kriegsfrage 1914 einen günstigen Nährboden fand, letztlich jedoch durch die bekannten 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale und die Sozialfaschismustheorie zum Abschluß kam. Es sind letztlich die geschichtlichen Fakten und Zusammenhänge sowie der Zusammenbruch der kommunistischen Weltbewegung und des sogenannten Realsozialismus, die den kommunistischen Vorwurf der »Spaltung der Arbeiterbewegung« gegen die Sozialdemokratie ad absurdum führten. Das erklärt auch das Scheitern nicht nur aller Bemühungen der Linksozialisten, trotz aller Gegensätze ein einheitliches Handeln der Arbeiterbewegung auf den Weg zu bringen, sondern auch die besonders militante Verfolgung aller linkssozialistischen Erscheinungen oder Belebungsversuche in der SED.⁴⁹

Was bleibt vom klassischen Linksozialismus erhalten?

Die ursprünglichen sozialistischen Grundsätze »Ergreifung der politischen Macht der Arbeiterklasse, Sozialisierung und solidarische Gemeinwirtschaft mit vollendeter Demokratie« haben sich historisch so nicht in der Praxis bestätigen können und sind auch künftig aus vielen hier nicht weiter aufzulistenden Gründen nicht mehr denkbar. Vor dem Zusammenbruch des sogenannten, d. h. derzeit von den Sozialwissenschaften noch nicht genauer zu charakterisierenden Systems des »Realsozialismus« lebten linkssozialistische Ideen der Austromarxisten vornehmlich in der europäischen Sozialdemokratie fort, beeinflussten sie

⁴⁸ Siehe Protokoll der »Brüsseler Konferenz« der KPD 1935. Hrsg. von Erwin Lewin, Elke Reuter und Stefan Weber in zwei Bdn. München 1997.

⁴⁹ Siehe Heinz Niemann/Siefried Prokop: *Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR*. Berlin 1995. (Schriftenreihe »hefte zur ddr-geschichte«).

zuweilen auch sehr nachhaltig die sozialistische Theoriediskussion. Dabei fanden die Ideen Otto Bauers besonderes Interesse, wie auch die Ideen solcher weniger dogmatischen Theoretiker in der kommunistischen Bewegung, wie zum Beispiel die von Antonio Gramsci.⁵⁰ Linkssozialistische Ideen, wie die der Wirtschaftsdemokratie und der sozialen Demokratie, spielten in der Theoriediskussion der SPD in den siebziger und achtziger Jahren eine beträchtliche Rolle, und sie fanden auch in dem vom Berliner Parteitag der SPD 1989 beschlossenen und vom Leipziger Parteitag 1998 ergänzten Parteiprogramm Eingang.

Kernstück des Weges zur sozialen Demokratie wäre die Verwirklichung des den neuen Wirkungsbedingungen der sozialistischen Bewegung angepaßten *Konzepts der Wirtschaftsdemokratie*. Sie ist, wie es im Programm heißt, »selbst ein Ziel, weil sie politische Demokratie sichert und vollendet«⁵¹. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, daß gesellschaftliche Interessen gegenüber den Zielen der Kapitalverwertung Vorrang einzuräumen ist. Demokratisch legitimierte Entscheidungen sollen im Interesse des Gemeinwohls den Entscheidungsrahmen für politisches und wirtschaftliches Handeln vorgeben. Es geht um die Kontrolle aller Formen wirtschaftlicher Macht, um demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, um die Humanisierung bzw. Überwindung der Entfremdung der Arbeit und um Selbstverwaltung. Zu den unverzichtbaren Zielen der Wirtschaftsdemokratie gehört heute eine grundlegende ökologische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Sozialdemokraten sehen in der Demokratie die Lebensform und die Lebenskraft; sie engagieren sich für einen starken demokratischen Rechtsstaat, und sie wenden sich zugleich gegen eine Verstaatlichung der Gesellschaft. Allerdings ist auch nicht zu übersehen, daß gleiche Aufgaben einer Wirtschaftsdemokratie und nicht einmal der Begriff im Koalitionspapier nicht auffindbar sind.

In der SPD stellt sich in Auseinandersetzung mit jenen Funktionsträgern, denen sozialdemokratische Programmatik wenig oder nichts bedeutet, die Aufgabe der Bewahrung und Entwicklung sozialdemokratischer Identität im Sinne geltender Programmatik. Natürlich haben sich im letzten Jahrzehnt auch die politischen und sozialen Wirkungsbedin-

⁵⁰ Siehe Detlev Albers: *Sozialismus im Westen. Erste Annäherung: Marxismus und Sozialdemokratie*. Berlin, Hamburg 1987.

⁵¹ *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998. Frankfurt am Main 1998, S. 43.*

gungen der Sozialdemokratie stark verändert, und die notwendige Problemsicht auf globale Aufgaben lassen eine *neue Theoriediskussion* sinnvoll erscheinen.

Obgleich die 1993 beschlossene Programmatik der PDS in bezug auf die Wirtschaftsdemokratie ähnliche Gedanken beinhaltet wie das SPD-Programm, hält die PDS »Modernisierungsprozesse in der kapitalistischen Gesellschaft« für unzureichend. Sie läßt zwar offen, in welchem sozialen Rahmen sich eine »soziale und ökologische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik« verwirklichen soll, statt dessen läßt sie einen verbalen Antikapitalismus vermuten. PDS-Programmatik umschreibt und vermeidet den Begriff »Wirtschaftsdemokratie«. Indessen reflektiert sie auch wichtige Grundelemente der Wirtschaftsdemokratie, so vor allem die Wirtschaftskontrolle, Mitbestimmung und demokratische Selbstverwaltung. Andererseits werden in Publikationen und Diskussionen der Partei immer wieder dogmatische Rudimente erkennbar, die auch die theoretische Arbeit für ein neues Parteiprogramm und für eine überzeugendere demokratisch-sozialistische Profilierung der Partei erschweren. Auch die von Wortführern der kommunistischen Plattform, beispielsweise Michael Benjamin, immer wieder provozierten Diskussionen erinnern an alte Dogmen, wie dem verbalen Antikapitalismus des »Marxismus-Leninismus«, der bekanntlich vom unveränderbaren »Wesen« des Kapitalismus und einer gesetzmäßigen Negation der Demokratie im Imperialismus ausging.

Inzwischen wird von Protagonisten alten Stils auch vergessen, daß die Dogmatik schon in den siebziger Jahren mehr und mehr in Erklärungsnot geriet und nicht mehr umhin kam, dem Kampf um Demokratie einen Sinn zuzusprechen, soweit dieser zur Veränderung der Machtverhältnisse beitrage. In den geistigen Fesseln der Zweiteilung in bürgerliche und sozialistische Demokratie wurde damals der Begriff der »antiimperialistischen Demokratie« eingeführt. Erst Mitte der achtziger Jahre begannen DDR-Kapitalismusforscher bislang vorherrschende unmarxistische Dogmen aufzubrechen und ohne offenen Quellenbezug auch Hilferdings Theorie des »organisierten Kapitalismus« und die Theorie der Wirtschaftsdemokratie zu reflektieren. Herbert Schwenk, der erst kürzlich sich mit dem verschlissenen Begriff des Antikapitalismus⁵² auseinandersetzte, machte zu Recht darauf aufmerksam, daß sich auch DDR-Forscher mit »Fragen veränderter Kapitalakkumulation und -reproduktion, Entwicklungsstufen, Varianten und Formen des Kapitalis-

52 Herbert Schwenk: *Fragwürdiger Aufruf zum »Antikapitalismus«*. In: »Neues Deutschland« vom 16. Oktober 1998. S. 15.

mus« beschäftigten. »Es wurde erkannt, daß der alte ›Antikapitalismus‹ kein taugliches Konzept mehr ist, Frieden, Arbeit und Umwelt noch unter den Bedingungen des Fortexistierens der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu erstreiten. Nicht mehr der Bruch mit dem kapitalistischen Gesamtsystem stand auf der Tagesordnung, sondern eine Politik der Verteidigung und des Ausbaus demokratischer und sozialer Errungenschaften, des ›Herankommens‹ an grundlegende gesellschaftliche Veränderungen«. Es bleibt nun zu erwarten, daß der gesellschaftstheoretische Klärungsprozeß (Programmdiskussion und Wahrnehmung staatlicher Mitverantwortung auf Länderebene) zu weiteren Erkenntnissen führen wird. Langfristig kommt dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie eine Vermittlungsfunktion zwischen den geschichtlich bedingten unterschiedlichen sozialistischen Strömungen zu.

Auch für die PDS bzw. für demokratische Sozialisten gibt es dazu keine wirkliche Alternative, vielmehr steht für sie objektiv die Aufgabe einer selbstbewußten und kritischen »Sozialdemokratisierung« im Sinne eines demokratischen Sozialismus bzw. der weiteren Profilierung als linkssozialistische Partei⁵³ mit Hinwendung zum Erbe, zu den Traditionen und Erfahrungen der Sozialdemokratie. Grundvoraussetzung einer solchen Entwicklung wäre der radikale Bruch mit allen geistigen und politischen Rudimenten des sogenannten Stalinismus, d. h. unter anderem die Erkenntnis des antagonistischen Gegensatzes zwischen Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung einschließlich des kritischen Hinterfragens der These, wonach es sich beim gescheiterten »Realsozialismus« um ein sozialistisches Experiment gehandelt

53 An dieser Stelle möchte sich der Verfasser von dem schwachsinnigen Etikett »SED-Nachfolgepartei« distanzieren. Zweifellos ist die PDS im rein juristischen Sinne eine Nachfolgepartei. Politisch ist dies natürlich nicht zutreffend: Erstens bedeutet das Etikett eine Verharmlosung der SED-Diktatur, denn die SED hätte eine PDS und deren Mitglieder niemals geduldet. Zweitens bewegen sich Programmik und politische Praxis der PDS auf dem Boden des Grundgesetzes und lassen Bemühungen im Hinblick auf eine demokratisch-sozialistische Profilierung der Partei erkennen. Drittens besteht die Funktionärschicht nicht primär aus Altkadern der SED, sondern überwiegend aus Personen, die in der DDR keine oder nur eine unbedeutende politische Rolle gespielt haben oder auch zu einem Teil erst nach 1990 (dies betrifft ca. 20 % der Mitglieder) zur Partei gekommen sind. Viertens gibt es in der PDS ernst zu nehmende Bemühungen und Ergebnisse im Hinblick auf eine kritische Aufarbeitung der SED/DDR-Geschichte, deren Ergebnisse von einem größeren Teil der Parteibasis allerdings erst zu verarbeiten sind. Mittelfristig wird sich die PDS zu entscheiden haben, ob sie sich in der Tradition der kommunistischen Parteien oder der Sozialdemokratie bzw. des demokratischen Sozialismus sieht.

haben könnte. Das entspräche nicht nur den neueren Forschungsergebnissen zum Charakter der russischen Revolution von 1917, sondern auch dem Anspruch einer kritischen und differenzierten Aufhellung des Erkenntnisstandes und dem geistigen Erbe des Linkssozialismus bei gleichzeitiger Korrektur seiner Irrtümer.

Was bleibt von Marx?

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß Marx und Engels aus dem Geistesfeld der Weltgelehrten niemals wegzudenken sind, auch wenn der Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus, der sich zu Unrecht auf Marx berief und sich mit Marx legitimieren wollte, den Anschein erwecken mag, Marx sei »tot«. Mit Sicherheit kann man, solange Kapitalismus und menschliche Entfremdung existieren, Marx nicht als erledigt betrachten. Aber wir sollten uns wohl von Vorstellungen verabschieden, wonach man aus Marx weiterhin politische Handlungsanleitungen im Sinne eines »Marxismus« entwickeln könnte. Ebenso wenig war die über Jahrzehnte praktizierte Auswahl von beliebigen Marx-Zitaten für die Begründung oder Rechtfertigung »modernerer« Ansichten legitim. Karl Marx und die sozialistische Idee werden nur dann ins nächste Jahrtausend hinüberzuretten sein, wenn es ihren Anhängern gelingt, Antworten auf die großen neuen Herausforderungen zu entwickeln: die Globalisierung der Märkte, die ökologischen Gefährdungen, den Übergang ins Dienstleistungs- und Informationszeitalter, die Revolutionierung der Geschlechterbeziehungen und die sich international dramatisch öffnende Schere zwischen Arm und Reich.⁵⁴ Problematisch erscheint Tony Blairs »Dritter Weg« zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie. Als theoretischer Interpret eines solchen Weges in der SPD gilt Bodo Hombach⁵⁵. Dafür steht sein Buch »Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. Mit einem Nachwort von Gerhard Schröder«. Ein »Dritter Weg« ohne kritische Verarbeitung des linkssozialistischen Erbes dürfte eher in eine liberalistisch-konservative Sackgasse führen als in eine humanistische Welt. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, daß mit dem

⁵⁴ Erste Anregungen dazu liefert die Arbeit von Uli Schöler: *Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus*. Bonn 1999. – Siehe auch »Sozialismus« – *Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff. Eine Handreichung der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD*. Hrsg. von der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Bonn 1994.

⁵⁵ Siehe Bodo Hombach: *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. Mit einem Nachwort von Gerhard Schröder*. München, Düsseldorf 1998.

Zusammenbruch des »Realsozialismus« nicht das utopische Denken als Ganzes diskreditiert ist und der Problemdruck natürlich auch künftig und gewiß in einem sehr viel stärkerem Maße bestehen bleiben wird. Die entscheidenden Impulse kann wohl die Utopie weniger vom traditionellen »Klassenkampfdenken« als vielmehr aus dem Wissen über Konsequenzen einer zunehmenden Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit erwarten.⁵⁶ So wird auch linkssozialistisches Denken nur gepaart mit den Lebensfragen der Gattung ein neues Profil gewinnen können.

⁵⁶ Siehe *Die Globale Revolution. Club of Rome – Bericht 1991*. Hrsg. vom Spiegel-Verlag Rudolf Augstein. Hamburg 1991.

MARIO KESSLER
*LEO TROTZKI ÜBER DEMOKRATIE
 UND DIKTATUR*

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt auch Leo Trotzki's Bild in der Geschichte. Seinem Biographen Isaac Deutscher kam 1954 »die Lebensgeschichte Trotzki's wie ein altes ägyptisches Grab vor, das einst die Hülle eines großen Mannes und die in Gold gefaßten Aufzeichnungen seiner Taten barg, dann aber, heimgesucht von Grabräubern und leichenfressenden Dämonen, derart verödete und verfiel, daß nichts mehr von seinem Inhalt kündet.«¹ Natürlich meinte Deutscher die Stalinsche Propaganda, die Trotzki zum Inbegriff des Parteifeindes, Erzverrätters und ausländischen Agenten stilisierte. Noch Ende 1987 schrieb der Historiker Dmitri Wolkogonow über Trotzki, daß »dieser energische Politiker, der noch dazu ein recht talentierter Belletrist war«, versucht habe, »seine Ansprüche auf die Führungsrolle in der Partei zu rechtfertigen [...] Nach seiner Landesverweisung gab er sich einer unausrottbaren, manischen Leidenschaft hin – dem Haß gegen Stalin. Bis zu seinem Lebensende. Niemand in der Welt hat so viel Beißendes, Boshaftes, Beleidigendes, Karikierendes und Erniedrigendes über Stalin geschrieben wie Trotzki. Dabei kämpft er nicht um die Wahrheit, sondern lediglich um sich selbst, den mißglückten Diktator.«²

Nüchterner schrieb Wolkogonow einige Jahre später. »Die ideologische ›Gefangenschaft‹, die das Denken Trotzki's und anderer bolschewistischer Führer prägte, hängt mit dem hohen Stellenwert, den die Gewalt für diese Menschen besaß, zusammen. Natürlich kann man einwenden, daß alle Revolutionen der Vergangenheit blutig waren. Die Bolschewiki waren häufig gezwungen, auf konterrevolutionäre Gewalttaten mit Gegengewalt zu reagieren. Doch die Gewalt nahm furchtbare Ausmaße an und wurde zu einem prägenden Bestandteil des öffentlichen Lebens.«³

Daß Trotzki, dessen Familienmitglieder im Exil ermordet wurden und der selbst von Land zu Land getrieben wurde, Stalin haßte, ist natürlich unbestritten. War er aber ein verhinderter Diktator? Oder hinderte ihn gerade die Loyalität gegenüber der Partei daran, ihren Generalsekretär

1 Isaac Deutscher: *Trotzki. Bd. 1. Der bewaffnete Prophet 1879–1921. 2. Aufl. Stuttgart 1972. S. 8.*

2 Dmitri Wolkogonow: *Das Phänomen Stalin. In: Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion. Hrsg. von Gert Mayer. Köln 1988. S. 219.*

3 Dmitri Wolkogonow: *Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution. Düsseldorf 1992. S. 446.*

Stalin zu entmachten? Damit hängt ein weiteres Problem zusammen: Welche Alternativen entwickelte Trotzki zum entstehenden Stalinismus (er selbst prägte 1927 diesen Begriff)?⁴ Kann er legitimerweise als ein Vorläufer jenes demokratischen Kommunismus gelten, der 1968 in der Tschechoslowakei einen kurzen Augenblick zur geschichtlichen Wirklichkeit wurde? Oder blieb Trotzki im Bannkreis jener erziehungsdiktatorischen Vorstellungen, die sein Wirken in den ersten Jahren nach der Revolution prägten, und die auch unter den Linken Anlaß zu scharfer und berechtigter Kritik gaben? All diese Fragen dürften noch lange kontrovers diskutiert werden, was allein von Trotzkis historischer Bedeutung zeugt. Der Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus-Modells hat einigen von Trotzkis Kritiken historische Überzeugungskraft verliehen, zugleich aber viele der erbitterten Streitpunkte aus der Arena aktueller Politik in das Reich der Historie verwiesen.

Trotzkis wichtigste Aussagen zu Demokratie und Diktatur sollten aber nicht nur das Interesse der Historiker erwecken. Denn der Aufbau einer mindestens dem Anspruch nach sozialistischen Ordnung scheiterte im Europa des 20. Jahrhunderts vor allem an elementaren Defiziten demokratischer Rechte. Trotzki forderte in seiner Kritik an Stalin viele dieser Rechte ein, doch entwickelte er überzeugende Konzepte einer sozialistischen Demokratie? Welche politischen Inhalte lagen seiner Opposition zur Diktatur Stalins zugrunde? Eine Antwort, wie fragmentarisch sie auch ausfallen mag, kann nur gegeben werden, wenn man Trotzkis zeitbedingte Vorstellungen über Demokratie und Diktatur in ihren historischen Wandlungen untersucht, wenn man seine Gedanken über innerparteiliche wie über allgemeine Demokratie nachzeichnet und dabei Brüche und Kontinuitäten sichtbar macht, die Trotzki übrigens mit vielen seiner sozialistischen und kommunistischen Zeitgenossen teilte. Drei entscheidende Abschnitte in Trotzkis Lebens- und Denkweg verdienen hier besonders hervorgehoben zu werden: Seine Kritik am bolschewistischen Parteimodell ab 1904, die historisch entscheidenden Jahre seiner Machtheilabe 1917 bis 1929, schließlich sein doppelter Kampf gegen Stalin und Hitler in den dreißiger Jahren.

⁴ *Auf der gemeinsamen Sitzung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der russischen KP am 1. August 1927 sagte Trotzki unter anderem: »Die prinzipielle Kunst der stalinistischen Strategie beinhaltet die kunstvolle Dosierung an Schlägen, die der Partei versetzt werden.« (Leon Trotsky: The Stalin School of Falsification. New York 1979. S. 161.) An gleicher Stelle sprach Trotzki von der »stalinistischen und bucharinistischen Politik des Zick-Zack, Ausweichens und der Ausflüchte.« (Ebenda. S. 170.) Der Terminus bezog sich damals eher auf Mittel der Politik denn auf ein politisches System.*

1. Trotzki zwischen Bolschewismus und Menschewismus

Von den 43 Jahren revolutionärer Tätigkeit übte Trotzki weniger als ein Jahrzehnt die Macht aus, zumeist stand er in Opposition zu den jeweils herrschenden Kräften. Dies verlieh seinen Schriften ihren polemischen Ton. Ironie und Sarkasmus durchzog bereits die erste seiner größeren Arbeiten, sein 1904 erschienenes Anti-Lenin-Pamphlet »Unsere politischen Aufgaben«. Darin griff der bislang getreue Gefolgsmann Lenins die bolschewistische Parteikonzeption, die 1903 zur faktischen Spaltung der russischen Sozialdemokratie geführt hatte, scharf an.

Trotzki erklärte die straff geführte und zentralistisch strukturierte Kaderpartei Lenins als mit dem Marxismus unvereinbar. »Der ›Zentralismus‹ wird augenscheinlich nicht als komplizierte organisatorisch-politische und organisatorisch-technische *Aufgabe* begriffen, sondern als bloße Antithese zum vielzitierten ›Handwerklerum‹. Man glaubt die reale Aufgabe – im Prozeß der kollektiven Arbeit in allen Parteimitgliedern das Gefühl der moralischen und politischen Verantwortlichkeit zu entwickeln – umgehen zu können, indem man dem ZK das Recht gibt, alles aufzulösen, was ihm im Weg steht. So ist es zur Verwirklichung der Ideale dieses ›Zentralismus‹ unerläßlich, daß alle realen, noch durch nichts und niemanden disziplinierten Elemente der Partei dem ZK bei seinen Versuchen, sie zu desorganisieren, keinen Widerstand leisten.«⁵ Eine solche »Zuflucht zu den verkürzten und vereinfachten Methoden des stellvertretenden Denkens und der Substitution« führe mit logischer Folge zum Absterben der innerparteilichen Demokratie.⁶ In der inneren Politik der Partei werde ein Prozeß in Gang gesetzt, in dem »die Parteiorganisation die Partei selbst, das ZK die Parteiorganisation und schließlich ein Diktator das ZK ersetzt«; diese Methoden erscheinen, so Trotzki, »in den Versuchen, mit der abstrakten Gewalt der Klasseninteressen des Proletariats, nicht aber mit der realen Gewalt des seiner Klasseninteressen bewußten Proletariats auf andere gesellschaftliche Organisationen Druck auszuüben.«⁷

In seiner zweiten größeren Schrift, der 1907 erschienenen Aufsatzsammlung »Zur Verteidigung der Partei«, erinnerte Trotzki an das marxistische Prinzip, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes

5 *Leo Trotzki: Schriften zur revolutionären Organisation. Hrsg. von Hartmut Mehringer. Reinbek bei Hamburg 1970. S. 91f. (Hervorhebung im Text). Der Band enthält die Texte »Unsere politischen Aufgaben« (1904) und »Zur Verteidigung der Partei« (1907).*

6 *Ebenda. S. 73.*

7 *Ebenda.*

Werk sein könne, und schrieb: »Die wirkliche Aufgabe, die wir uns stellen, ist doch, dem Proletariat zu helfen, daß es *auf dem kürzesten Weg* zu dieser Selbsterkenntnis gelange.« Es wäre indes ein »gewaltiger Fehler« gewesen, »die sozialistische Organisation in der breiten Masse aufgehen zu lassen«, wie es damals eine Strömung innerhalb der russischen Linken vorschlug.⁸ Trotzki's Argumentation erinnerte in der Tat an die bekannte Wendung des »Manifests der Kommunistischen Partei«, die festhielt: »Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die gesamte proletarische Bewegung modeln wollen.«⁹

In einer anderen, wichtigen Frage unterschied sich Trotzki damals jedoch von den Gründervätern des Marxismus. Er zitierte 1904 in polemischer Absicht Nikolaj Berdjajew mit den Worten: »Der Liberalismus stellt *in seinem idealen Sinn* die Ziele der Entwicklung der Persönlichkeit, die Realisierung des Naturrechts, der Freiheit und Gleichheit, der Sozialismus dagegen eröffnet nur neue Arten der folgerichtigen Durchsetzung dieser ewigen Prinzipien.«¹⁰ Trotzki bezeichnete dies als eine der »theoretischen Eroberungen des Idealismus«, wie sie auch die linksbürgerliche Zeitschrift »Oswoboshdenije« (Befreiung) vortrug. Trotzki zitierte das Blatt mit der Passage: »Liberalismus und Sozialismus lassen sich in keiner Weise voneinander trennen oder gar einander entgegenstellen; in ihrem Grundideal sind sie identisch und untrennbar.«¹¹

Fast ein Jahrhundert später scheinen solche Wort in der Tat fernab jeglicher Realität. Der politische Liberalismus und der marxistische Sozialismus gingen getrennte Wege. Doch schon damals bezeichnete Trotzki Liberalismus und Sozialismus als »Prinzipien zweier unvereinbarer Welten.«¹² Friedrich Engels hatte jedoch eine genau entgegengesetzte Haltung verfochten. Am 5. März 1892 hatte er an Karl Kautsky geschrieben: »Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also *radikal* verfahren, so muß man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.«¹³ Der junge Trotzki befand

8 *Ebenda*. S. 197 (*Hervorhebung im Text*).

9 *Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei*. In: MEW. Bd. 4. S. 474.

10 *Zit. nach Leo Trotzki: Schriften zur revolutionären Organisation*. S. 123 (*Hervorhebung im Text*).

11 *Zit. ebenda*.

12 *Ebenda*, S. 124.

13 *Friedrich Engels an Karl Kautsky*. 5. März 1892. In: MEW. Bd. 22. S. 288 (*Hervorhebung im Text*).

sich, dies wird aus seinen Stellungnahmen klar, damals zwischen dem libertären Sozialismus von Marx und Engels und einer Unterschätzung des programmatischen Einsatzes für bürgerliche Freiheiten. Der siegreiche Sozialismus, so dachte keineswegs nur Trotzki, würde die Bürgerfreiheiten beinahe automatisch um ein Vielfaches erweitern. Der Kampf für den Sozialismus schließe somit diese Freiheiten selbstverständlich ein, es bedürfe keines gesonderten Einsatzes für sie.

Trotzkis Ablehnung des Liberalismus als politische Tradition wie als Bewegung verstärkte sich in der russischen Revolution von 1905. Diese erbrachte die Scheidung der bürgerlichen von der proletarischen Emanzipationsbewegung gegen den Zarismus. Trotzkis theoretische Schlußfolgerung war die Formulierung der Idee einer permanenten Revolution, die nicht innerhalb ihres ursprünglich bürgerlichen Rahmens verbleiben könne. »Ihren direkten und unmittelbaren Aufgaben nach ist die russische Revolution eine ›bürgerliche‹«, schrieb er. »Aber die Haupttriebkraft dieser Revolution bildet das Proletariat – und daher ist sie in ihrer Methode nach eine proletarische.« Weiter heißt es: »Die ganze Geschichte – das ist eine große Maschine im Dienste unserer Ideale. Sie arbeitet barbarisch langsam, mit fühlloser Grausamkeit, aber sie tut ihre Sache. Wir glauben an sie.«¹⁴

Dieser Glaube an einen Geschichtsdeterminismus durchzog auch Trotzkis, gemeinsam mit seinem damaligen Freund Parvus unternommene Überlegungen über die ungleichmäßige und kombinierte Entwicklung der Gesellschaft im internationalen Rahmen. Er folgerte, Rußland könne, als relativ schwachentwickeltes kapitalistisches Land mit unverhüllten Klassengegensätzen, zuerst die Aufgabe der proletarischen Revolution in Angriff nehmen. Ein finaler, auf der Tagesordnung stehender Sieg über den Kapitalismus sei aber nur dann möglich, wenn das Proletariat mindestens eines der westlichen Industrieländer – Trotzki dachte vor allem an Deutschland mit seiner starken Sozialdemokratie – dem russischen Beispiel folgen und eine Serie von revolutionären Erhebungen im Westen eröffnen würde.¹⁵

Für Trotzki wie für viele internationalistisch denkende Sozialisten brachte der Erste Weltkrieg den Zusammenbruch aller Institutionen und Traditionen der bürgerlichen Gesellschaft, einschließlich der in sie inte-

¹⁴ Leo Trotzki: *Rußland in der Revolution*. Dresden 1909. Hier zit. nach Heinz Abosch: *Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk*. München 1973. S. 19. Auf Trotzkis entscheidende Rolle in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 kann hier nicht detailliert eingegangen werden.

¹⁵ Siehe ausführlich Ernest Mandel: *Leo Trotzki. Eine Einführung in sein Denken*. Berlin (West) 1981. Bes. Kap. III.

grierten und als reformistisch bezeichneten Arbeiterbewegung.¹⁶ Trotzki Ende Oktober 1914 fertiggestellte Schrift »Der Krieg und die Internationale« ist ein erster, glänzend geschriebener Aufruf zur Bildung einer neuen, revolutionären Organisation nach dem Bankrott der Zweiten Internationale, der Politik des »Burgfriedens« in Deutschland und der »Union sacrée« in Frankreich. Trotzki hob hervor: »Solange der Kapitalismus auf nationaler Grundlage verblieb, konnte sich das Proletariat der Mitwirkung an der Demokratisierung der politischen Beziehungen und der Entwicklung der Produktionskräfte mittels seiner parlamentarischen, kommunalen und sonstigen Tätigkeit nicht entziehen [...] Soweit aber die kapitalistischen Staaten aus nationalen Gebilden zu imperialistischen Weltstaaten werden, kann das Proletariat diesem Imperialismus keine Opposition entgegensetzen auf Grund des sogenannten Minimalprogramms, das seiner Politik im Rahmen des Nationalstaates die Richtung gegeben hat. Auf der Grundlage eines Kampfes um Tarifverträge und Sozialgesetzgebung ist das Proletariat außerstande, die gleiche Energie gegen den Imperialismus zu entwickeln, wie es dies gegen den Feudalismus getan hat. Indem es auf den veränderten kapitalistischen Grundlagen seine alte Methode des Klassenkampfes – der ständigen Anpassung an die Bewegung des Marktes – anwendet, gerät es selbst, materiell und ideell, in Abhängigkeit vom Imperialismus. Dem Imperialismus seine revolutionäre Kraft entgegenstellen kann das Proletariat nur unter dem Banner des Sozialismus als einer unmittelbaren Aufgabe. Die Arbeiterklasse erweist sich um so machtloser gegen den Imperialismus, je länger ihre mächtigen Organisationen auf dem Boden der alten possibilistischen Taktik verbleiben; die Arbeiterklasse wird übermächtig, wenn sie den Kampfesweg der sozialen Revolution betritt [...] Aber das diesem unvermeidlichen Umschwung der Taktik die Geschichte einen solchen erschütternden Zusammenbruch der Internationale vorausschicken würde, hat niemand vorausgesehen. Die Geschichte arbeitet mit titanischer Erbarmungslosigkeit [...] Das Proletariat hat sich zu lange in der Vorbereitungsklasse aufgehalten, viel länger als seine großen Vorkämpfer es sich gedacht haben – die Geschichte nahm den Besen zur Hand, warf die Internationale der Epigonen auseinander und führte die schwerfälligen Millionen ins Feld, wo ihnen mit Blut die letzten Illusionen abgewaschen werden. Ein schreckliches Experiment! Von seinem Ausgang hängt vielleicht das Schicksal der europäischen Kultur ab.«¹⁷

16 Siehe hierzu ausführlich Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt am Main, Berlin (West), Wien 1973.

17 Leo Trotzki: *Der Krieg und die Internationale (1914)*. In: *Ders.: Schriften zum imperialistischen Krieg*. Frankfurt am Main 1978. S. 61f.

Im September 1915 war Trotzki eine der treibenden Kräfte der Zimmerwalder Antikriegs-Konferenz, deren Manifest er schrieb. Es hieß darin: »Proletarier! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf.«¹⁸ In der Diskussion mit Lenin betonte Trotzki im folgenden Jahr: »Die Revolution muß auf einer nationalen Basis beginnen, aber angesichts der wirtschaftlichen und militärisch-politischen gegenseitigen Abhängigkeit der europäischen Staaten kann sie nicht auf dieser Basis beendet werden.«¹⁹

Der Erste Weltkrieg trieb Trotzki von einem Ort des Exils zum anderen: Österreich, die Schweiz, Frankreich und die USA waren die Stationen seiner revolutionären Tätigkeit. Am 17. Mai 1917 gelangte er im Gefolge der Februarrevolution nach Rußland und trat dort als Sprecher der Meshrajonka, der Zwischenbezirks-Organisation, in Erscheinung. Der Gruppe gehörten etwa viertausend Sozialisten an, unter ihnen Adolf Joffe, Moisei Urizki, Wladimir Wolodarski, Dmitri Manuilski und Alexandra Kollontai. Zunächst stand die Gruppierung ideologisch den Bolschewiki, in Fragen der Parteioorganisation den Menschewiki-Internationalisten um Julij Martow nahe. Im Prozeß allgemeiner Radikalisierung vereinigte sie sich im August dann mit den Bolschewiki. Dies war der Beginn von Trotzkis kurzer Laufbahn innerhalb der Partei Lenins.

Nach Jahrzehnten der stalinistischen und nachstalinistischen Fälschung ist Trotzkis entscheidender Anteil an der Oktoberrevolution in keinem politischen Lager mehr ernsthaft umstritten. Lunatscharski verglich Lenin und Trotzki in ihrer Wirksamkeit während der Revolution und des Bürgerkriegs miteinander. »Es wäre falsch«, so Lunatscharski über Trotzki, »daß der zweite große Führer der russischen Revolution seinem Genossen (Lenin; M. K.) gegenüber in allem unterlegen sei. Es gibt zum Beispiel Seiten, in denen ihn Trotzki unbestritten übertrifft – er ist brillanter, klarer, aktiver. Lenin eignet sich wie kein anderer für den Vorsitz des Rates der Volkskommissare sowie dazu, die Weltrevolution mit genialer Hand zu leiten, aber er hätte nie die gigantische Mission bewältigen können, die Trotzki auf seine Schultern nahm, diese Blitzbesuche von Ort zu Ort, diese erstaunlichen Reden und Kaskaden spontaner Befehle, diese Rolle eines unaufhörlichen Anfeuerers einer entkräf-

18 Zit. nach Heinz Abosch: *Trotzki-Chronik*. München 1973. S. 33.

19 Zit. ebenda. S. 34.

teten Armee, heute hier, morgen woanders. Es gibt keinen Menschen auf der Welt, der Trotzki in dieser Hinsicht ersetzt haben könnte.«²⁰

Trotzki wußte um diese Unersetzlichkeit, und nicht zuletzt dies verleitete ihn in den Jahren des erbarmungslosen Entscheidungskampfes zu Maßnahmen, die es seinen künftigen Gegnern alsbald leicht machen sollten, gegen ihn den Vorwurf diktatorischer Bestrebungen zu schleudern. Doch war dies nur vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen Umstände erklärbar, unter denen das historische Szenario in Sowjetrußland damals ablief.

2. Zwischen Dirigismus und Emanzipation: Trotzki an der Macht

In den Jahren 1917 bis 1921 erreichte Trotzki den Höhepunkt seines Ruhmes. Er hatte den Aufstand in Petrograd geführt, wurde Organisator der Roten Armee und Vater des Sieges im Bürgerkrieg, er galt als unbestrittene theoretische Autorität der Kommunistischen Internationale, deren Gründungsmanifest er 1919 schrieb. Aber die Jahre der Macht zeigten auch einen Trotzki, der zum Theoretiker, Verkünder und Praktiker jenes autoritären Parteimodells wurde, das er anderthalb Jahrzehnte lang mit überzeugenden Argumenten bekämpft hat. Die Gründe dafür sind zunächst objektiver Natur: Umzingelt von einer feindlichen kapitalistischen Welt, mit mörderischen »weißen« Gegnern im Landesinnern und einer tief gespaltenen sozialistisch-kommunistischen Linken, stand Sowjetrußland vor dem Zusammenbruch. Die Arbeiterklasse war dezimiert, die Städte ausgeblutet und das Land verödet. Hungersnöte wütheten an allen Enden des Riesenlandes, die durch die imperialistische Blockade immer weiter verschärft wurden. Einige der nichtrussischen Nationen suchten sich in Aufständen vom Körper des Reiches loszureißen, die Gegenrevolution sah in den Juden die Wurzel allen Übels. Eine Pogromwelle kostete weit über einhunderttausend Juden das Leben; es war das größte antisemitische Massaker vor Auschwitz. Dem Weißen Terror folgte als Reaktion der Rote Terror.

Trotzki war zunächst noch kein Vorkämpfer des revolutionären Terrors. Unmittelbar nach dem Erfolg der bolschewistischen Erhebung setzte er sich für die Freilassung der verhafteten Minister der Regierung Kerenskis ein, was zu ihrer Entlassung aus der Haft führte. Doch bereits im Januar 1918 verteidigte er die Auflösung der Konstituante, was die

²⁰ Anatoli Wassiljewitsch Lunatscharski. Zit. in: Leo Trotzki 1879–1940 in den Augen von Zeitgenossen. Hamburg 1979. S. 62.

Beendigung des prekären Kräftegleichgewichts zwischen der bolschewistischen und der nichtbolschewistischen Linken zur Folge hatte.²¹

Die heutige antisozialistische Historiographie vergißt nur allzu gern, daß – gegen Lenins Protest – eine der ersten Verordnungen des Rates der Volkskommissare die Abschaffung der Todesstrafe war. Der Kosakengeneral Krasnow, der Petrograd einzunehmen und die Bolschewiki zu stürzen suchte, war von Roten Garden gefangengenommen, doch auf sein Ehrenwort hin freigelassen worden. Er hatte sich verpflichtet, den Kampf nicht wieder aufzunehmen. Für Krasnow schien es selbstverständlich, gegenüber den Bolschewiki sein Ehrenwort zu brechen; er kommandierte später eine der weißen Armeen an der Südfront. »Es dauerte geraume Zeit«, schrieb Isaac Deutscher, »bis die Revolution unter den grausamen Eindrücken des Bürgerkriegs ihre Tränen abgewischt und aufgehört hatte, den Versprechungen ihrer Feinde Glauben zu schenken; bis sie gelernt hatte, mit jener fanatischen Entschlossenheit zu handeln, die ihr neue und abstoßende Züge verlieh, denen sie aber ihr Überleben zu verdanken hatte.«²²

In seiner Eigenschaft als Volkskommissar für Militärwesen sah sich Trotzki am 4. Juni 1918 mit einem neuen Gegner konfrontiert. Ein Teil der tschechischen Legion weigerte sich, die Waffen abzugeben. Trotzki forderte, diese unbotmäßigen Kräfte in Lager zu internieren. Diese Lager entsprachen den Kriegsgefangenenlagern, doch wurde hier der bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bekannte Terminus Konzentrationslager (konzentracionnyje lagerja) verwendet. In ähnliche Lager sollten auch jene ehemaligen Offiziere der alten zaristischen Armee interniert werden, die sich weigerten, dem Gestellungsbefehl zu den bolschewistischen Einheiten zu folgen.²³ In einem Tagesbefehl schrieb Trotzki: »Ich warne: Falls irgendein Truppenteil sich selbständig zurückzieht, wird als erster der Kommissar des Truppenteils, als zweiter der Kommandeur erschossen. Mutige, tapfere Soldaten werden auf die Kommandoposten gestellt werden. Feiglinge, Selbstsüchtige und Verräter werden der Kugel nicht entgehen. Dafür büрге ich vor dem Angesicht der Roten Armee.«²⁴ Trotzki stellte klar: »Man kann eine Armee nicht ohne Repressa-

21 Siehe Isaac Deutscher: *Trotzki. Bd. 1. Der bewaffnete Prophet 1879–1921.* Stuttgart 1972. S. 320, 353.

22 Isaac Deutscher: *Stalin. Eine politische Biographie (1949). Neuausg.* Berlin 1990. S. 238.

23 Siehe Andrzej J. Kamiński: *Konzentrationslager 1896 bis heute. Geschichte, Funktion, Typologie.* München, Zürich 1990. S. 72 unter Bezugnahme auf Leo D. Trockij: *Soëinenija. Bd. XVII/1. Moskau, Leningrad 1927.* S. 290f.

24 Leo Trotzki: *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie (1930).* Frankfurt am Main 1981. S. 346.

lien aufbauen. Man kann nicht Menschenmassen in den Tod führen, ohne im Arsenal des Kommandos die Todesstrafe zu haben. Solange die auf die Technik stolzen, schwanzlosen Affen, die sich Menschen nennen, Armeen aufstellen und kämpfen, wird das Kommando dieser Armeen die Soldaten zwischen den wahrscheinlichen Tod vor und den unvermeidlichen Tod hinter der Front stellen müssen.«²⁵

Die revolutionäre Regierung der Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionäre litt von Anfang an unter starken Spannungen. Am 6. Juli 1918 ermordeten zwei linke Sozialrevolutionäre und hohe Mitarbeiter der Geheimpolizei Tscheka den deutschen Botschafter Graf Mirbach in der Hoffnung, durch diese Provokation einen Krieg zwischen Deutschland und Rußland auszulösen. Unmittelbar darauf begannen die Sozialrevolutionäre einen Aufstand gegen die Bolschewiki. Es gelang ihnen, Feliks Dzierżyński und andere Tscheka-Führer zeitweilig zu verhaften, die sich ohne Bewachung zu Verhandlungen in das Hauptquartier der Aufständischen begeben hatten. Nach einem zweitägigen Kampf wurde der Aufstand niedergeschlagen. Trotzki, der die Niederschlagung befohlen hatte, sprach von den Aufständischen beinahe mitleidig als von »Kindern, die zu Amokläufern« geworden sind, weshalb er und andere in der Regierung Worte der Verteidigung für sie gefunden hatten. Aber »für solche Kinder haben wir keinen Platz«, fügte er hinzu.²⁶ Die Führer des Aufstandes wurden verhaftet, doch einige Monate später begnadigt. Einige Tscheka-Mitarbeiter, die sich am Aufstand beteiligt hatten, wurden indes hingerichtet.

Ein zu Trotzki Lebzeiten und später umstrittener Punkt war seine 1920 geäußerte Idee einer Militarisierung der Arbeit. Im März und April dieses Jahres tagte der IX. Kongreß der russischen KP, der Trotzki's Vorschläge annahm. Trotzki betonte: »Die Arbeitermasse muß genauso verlegt, ermahnt und kommandiert werden wie die Soldaten [...] Die Militarisierung ist undenkbar ohne die Militarisierung der Gewerkschaften als solcher, ohne die Errichtung eines Systems, in dem jeder Arbeiter sich als Soldat der Arbeit fühlt, der nicht frei über sich selbst verfügen kann. Wenn der Befehl gegeben wird, ihn zu verlegen, muß er ihn ausführen; wenn er ihn nicht ausführt, ist er ein Deserteur, den man bestraft.«²⁷ Im Verlauf des Jahres 1920 wurden über 20 Mobilmachungen

25 *Ebenda.* S. 354f.

26 *Leo D. Trockij: Kak vooružas revoljucija. Bd. 1. Moskau 1923. S. 276f. Zit. nach: Isaac Deutscher: Trotzki. Der bewaffnete Prophet. Stuttgart 1972. S. 381.*

27 *Siehe IX s-ezd RKP (b). Moskau o. J. Zit. nach Michail Heller: Stachel-draht der Revolution. Die Welt der Konzentrationslager in der sowjetischen Literatur. Stuttgart 1975. S. 60f.*

verfügt. Die Menschen mußten sich registrieren lassen, oftmals unter Bewachung. Außerdem wurden mehrere Teile der Roten Armee in Arbeitsarmeen verwandelt, zuerst die Dritte Uralarmee.²⁸

Unisono haben so entgegengesetzt schreibende Historiker wie der künftige Faschist Igor Schafarjewitsch, die enttäuschten Exkommunisten Michail Heller und Andrzej Kamiński oder der Sozialist gebliebene Extrotzkist Heinz Abosch in Trotzki's Haltung einen entscheidenden Schritt zur Schaffung jenes Leviathan-Staates gesehen, der schließlich auch Trotzki verschlingen sollte.²⁹ Ein anderer Kritiker Trotzki's, Wolfgang Ruge, selbst Opfer Stalins, argumentierte jedoch differenzierter. Er betonte, daß mit den von Lenin hymnisch gefeierten »unbezahlten Freiwilligeneinsätzen keine neue Wirtschaftsgrundlage geschaffen werden konnte, ganz zu schweigen davon, daß die unentgeltliche Arbeit keine Erhöhung der Arbeitsproduktivität brachte [...] Trotzki's Gedankengang war einfach: hatte man für den zur Behauptung der Revolution notwendigen Verteidigungskrieg alle wehrfähigen Männer mobilisiert, so war es jetzt, da das Überleben der Sowjetmacht von der Inangsetzung der Wirtschaft abhing, erforderlich, alle Arbeitstauglichen zu den Fahnen zu rufen. Das wichtigste in der Wirtschaftsplanung sei der Einsatz der Arbeitskräfte, bei dem auf keinerlei individuelle Wünsche oder auf die dem Menschen eigene Arbeitsscheu Rücksicht genommen werden dürfe.«³⁰

In seiner bekannten Auseinandersetzung mit Karl Kautsky glaubte Trotzki, daß eine solche Militarisierung der Arbeit nicht nur im objektiven Interesse des Sowjetstaates liege, sondern dies auch auf mindestens teilweise freiwilliger Basis durchführbar sei. Die fortgeschrittenen Arbeiter würden zum Motor der Militarisierung werden, wie sie zuvor im Prozeß der Selbstorganisation die Sowjets und die Fabrikkomitees hervorgebracht hätten. Für die Bolschewiki könne »nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß der wahre Baumeister und »Militarisator« der Roten Armee eben der von der Partei- oder Gewerkschaftsorganisation in den Vordergrund gerückte fortgeschrittene Arbeiter ist.«³¹

Eine Maßnahme, die aber unter Ausnahmbedingungen durchaus Erfolg zeitigen kann, wird dann kontraproduktiv, wenn sie mit der Weihe

28 Siehe ebenda. S. 61.

29 Siehe ebenda. – Andrzej J. Kamiński: *Konzentrationslager 1896 bis heute*. München, Zürich 1990. S. 77f. – Igor Schafarjewitsch: *Der Todestrieb in der Geschichte. Erscheinungsformen des Sozialismus*. Frankfurt am Main 1980. S. 294. – Heinz Abosch: *Trotzki und der Bolschewismus*. Frankfurt am Main 1984. S. 62ff.

30 Wolfgang Ruge: *Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte*. Berlin 1991. S. 59.

31 Leo Trotzki: *Die Grundfragen der Revolution*. Hamburg 1923. S. 157.

einer theoretischen Begründung unterlegt und dadurch als allgemeingültig erklärt wird. Genau dies tat Trotzki, wenn er schrieb: »In der ganzen Welt herrscht heute die Lohnarbeit, die von den gelben Zeitungsschreibern aller Länder der sowjetischen ›Sklaverei‹ als höchste Freiheit gegenübergestellt wird. Wir aber stellen umgekehrt der kapitalistischen Sklaverei die gesellschaftlich normierte Arbeit auf Grund eines Wirtschaftsplanes entgegen, der für das ganze Volk verpflichtend und daher für jeden Arbeiter des Landes zwangsmäßig ist. Anders kann an den Übergang zum Sozialismus gar nicht gedacht werden.«³² Es lag in der Logik von Trotzki's Argumentation, daß er massenweise Zwangsrequisitionen gegenüber den Bauern anordnete und schließlich den Gewerkschaften das Recht auf eine autonome Interessenvertretung in der Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus bestritt. Diese Übergangsphase stellten sich die meisten Bolschewiki als eine kurzfristige vor; doch andere, darunter der Gewerkschaftsführer Michail Tomski, erhoben entschiedene Einwände. Der Menschewik Rafail Abramowitsch rief Trotzki zu: »Sie können doch nicht eine Planwirtschaft aufbauen, wie die Pharaonen ihre Pyramiden errichteten.«³³ Genau die gleichen Worte sollte Trotzki wenige Jahre später an Stalin richten.

Die Arbeit der autoritär strukturierten Staatsmaschinerie mußte jenen Prozeß in Gang setzen, vor dem Trotzki am Anfang des Jahrhunderts hellsehtig gewarnt hatte; und indem er diese Staatsmaschinerie antreiben half, mußte Trotzki alle Proteste, die aus dem Lager der Revolution gegen ihn geschleudert wurden, ersticken. Trotzki nahm gegen die Arbeiteropposition Stellung, die vor einer Parteidiktatur warnte. Er ließ allerdings ihre wichtigste Wortführerin Alexandra Kollantai nicht verfolgen.³⁴ Gegen die berechtigten Vorwürfe der Arbeiteropposition, der nichtbolschewistischen Linken und Kautskys, Trotzki rechtfertigte eine Diktatur des Parteiapparates über die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, faßte Trotzki seine Ansichten so zusammen: »Die Sowjets sind Organisationen der proletarischen Revolution und haben als Organ des Kampfes um die Macht oder aber als Apparat der Macht der Arbeiterklasse ihre Berechtigung.«³⁵

Anfang März 1921 erhoben sich die Petrograder Arbeiter und besonders die Kronstädter Matrosen gegen die bolschewistische Herrschaft.

32 *Ebenda.* S. 160.

33 *III. vserossijskij s-ezd profsojuzov. Moskau 1920. S. 97. Zit. nach Isaac Deutscher: Trotzki. Bd. 1. Der bewaffnete Prophet 1879–1921. Stuttgart 1972. S. 468 (die Numerierung der Anmerkung fehlt im Text).*

34 *Zur Arbeiteropposition siehe Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer. 2 Bde. München 1972.*

35 *Leo Trotzki: Die Grundfragen der Revolution. Hamburg 1923. S. 119.*

Der einstige Stoßtrupp der Oktoberrevolution forderte eine Rätemacht ohne Bolschewiki, ein Ende des Einparteiensystems und die Presse- sowie Versammlungsfreiheit. Kommunistische Sprecher wurden aus Betrieben und Gewerkschaften verjagt. Gegen Stalin, der eine abwartende Haltung einnahm, billigte das Politbüro Trotzki's Initiative, die Revolte sofort niederzuwerfen. Der Augenzeuge Victor Serge zitierte Lenin mit den Worten: »Das ist der Thermidor!«³⁶ Das Politbüro richtete an die Aufständischen ein Ultimatum, das den Satz enthielt: »Ergebt Euch oder Ihr werdet zusammengeknallt wie Kaninchen.«³⁷ Serge nannte die Gründe für die Härte: »Wenn die Diktatur fiel, so bedeutete das in Kürze das Chaos, und durch das Chaos hindurch das Vordringen der Bauern, das Massaker der Kommunisten, die Rückkehr der Emigranten und am Ende durch die Macht der Umstände eine andere, antiproletarische Diktatur. Die Nachrichten aus Stockholm und Tallin bestätigten, daß die Emigranten dieselben Aussichten in Betracht zogen.« Aber Serge wußte auch und schrieb es damals: »Die Revolution hat kein anderes Gerüst (als die Partei M. K.) und ist nicht mehr fähig, sich von Grund auf zu erneuern.«³⁸

Am 5. März traf Trotzki in Petrograd ein und forderte die Rebellen zur bedingungslosen Kapitulation auf. »Nur wer sich unterwirft«, erklärte er, »kann auf die Gnade der Sowjetrepublik zählen.«³⁹ Dies stieß auf taube Ohren, und in einer erbitterten zwölf-tägigen Schlacht wurde der Aufstand niedergeworfen. Am 3. April sagte Trotzki, der die Niederschlagung geleitet hatte: »Wir haben solange gewartet, als es möglich war, damit unsere verblendeten Flottenkameraden mit eigenen Augen sehen sollten, wohin die Meuterei führte.«⁴⁰ Isaac Deutscher erfuhr später, »daß die führenden Bolschewiki von den Rebellen ohne den Zorn und den Haß sprachen, den sie für die Weißen Garden und die Interventionisten empfanden«, und Empfindungen zeigten, »die dem Außenseiter das unruhige Gewissen der Partei verrieten.«⁴¹

Kronstadt blieb eine offene Wunde in den Diskussionen der trotzki'stischen Linken. Siebzehn Jahre später, 1938, während der Moskauer Prozesse, beschuldigten einige amerikanische Anhänger Trotzki's die-

36 Victor Serge: *Erinnerungen eines Revolutionärs*. Hamburg 1991. S. 150.

37 *Ebenda*. S. 149.

38 *Ebenda*. S. 148.

39 Leo D. Trockij: *Soëinenija*. Bd. XVII/2. Moskau, Leningrad 1927. S. 518. Zit. nach: Isaac Deutscher: *Trotzki*. Bd. I. *Der bewaffnete Prophet 1879–1921*. Stuttgart 1972. S. 480.

40 *Zit. ebenda*. S. 481.

41 *Ebenda*. S. 408.

sen, mit der Unterdrückung des Kronstädter Aufstandes die Grundsätze des Marxismus verraten und Stalin den Weg gebahnt zu haben. Trotzki entgegnete ihnen, die einzige Alternative wäre der Untergang der Sowjetmacht und der gegenrevolutionäre Massenterror gewesen. Er hoffte, daß künftige Generationen seine Härte im Bürgerkrieg ähnlich beurteilen würden wie Lincolns Härte gegen die Armeen der Südstaaten im nordamerikanischen Bürgerkrieg. »Ich bin bereit zuzugeben«, so Trotzki, »daß ein Bürgerkrieg keine Schule für menschliches Verhalten ist.«⁴² Einige von Trotzkis bisherigen Anhängern, so Sidney Hook und Max Eastman, brachen nach diesen Worten mit Trotzki.⁴³

Die unmittelbaren Konsequenzen der Revolte von Kronstadt waren einschneidend für Trotzkis künftiges Wirken: Vom 8. bis zum 16. März 1921, in zeitlicher Parallele zum Aufstand, trat in Petrograd der X. Parteitag der russischen KP zusammen. Er beschloß eine folgenschwere Entscheidung – das Verbot von Fraktionen innerhalb der Partei. Nur so könne, hieß es zur Begründung, das Überleben der Partei und des Sowjetstaates gewährleistet werden. Die Maßnahme war ein direkter Schlag gegen die Arbeiteropposition. Trotzki begründete die Restriktion. Er sagte: »Die Arbeiteropposition ist mit gefährlichen Parolen hervorgetreten. Sie hat aus den demokratischen Prinzipien einen Fetisch gemacht. Sie hat das Recht der Arbeiter, Vertreter zu wählen, sozusagen über das der Partei gestellt, als ob die Partei kein Recht hätte, ihre Diktatur zu behaupten, selbst wenn diese Diktatur zeitweilig mit der vorübergehenden Stimmung der Arbeiterdemokratie zusammenstößt [...] Die Diktatur stützt sich nicht in jedem gegebenen Augenblick auf das formelle Prinzip einer Arbeiterdemokratie.«⁴⁴ Zwar ließ Trotzki später keinen Zweifel daran, daß diese diktatorische Maßregelung nur vorübergehenden Charakter tragen sollte. Aber für den gegebenen Moment war der demokratische Prozeß der Willensbildung sogar innerhalb der Partei abgewürgt worden; ob und wann mit den Versuchen zur Wiederbelebung begonnen werden sollte, blieb völlig offen.

Paradoxerweise errichteten die Bolschewiki ihr politisches Monopol gerade in dem Moment, in dem sie mit der Neuen Ökonomischen Politik die Weichen in Richtung einer wirtschaftlichen Liberalisierung stellten. Diese Politik gab den Interessen der städtischen Bourgeoisie und des Bauertums freien Spielraum, und die bolschewistische Führung mußte fürchten, daß diese Interessen sich ihr Sprachrohr in einer innerpartei-

42 Zit. nach Isaac Deutscher: *Trotzki. Bd. 3. Der verstoßene Prophet 1929–1940. 2. Aufl. Stuttgart 1972. S. 408.*

43 Siehe ebenda. S. 409.

44 Zit. nach Heinz Abosch: *Trotzki-Chronik. München 1973. S. 55.*

chen Plattform suchen würden. An der Aufrichtigkeit der bolschewistischen Losung, daß nach dem Bürgerkrieg nunmehr Bürgerfrieden herrschen müsse, braucht man nicht zu zweifeln. Aber die Monolithisierung der Partei legte die letzten noch verbliebenen Mechanismen demokratischer Kontrolle über den Apparat lahm. Die Konsequenz sollten der Bürgerkrieg gegen die eigene Partei, die Vernichtung der kritischen Geister und die Errichtung eines allumfassenden Terrorsystems sein.

Es dauerte allerdings noch zwei entscheidende Jahre, bis sich Trotzki dieser Konsequenz bewußt wurde. Seine vielen Schriften, Aufrufe, Manifeste, Polemiken der Revolutions- und Bürgerkriegsjahre sind von beinahe rituellen Beschwörungen an ein imaginäres Gewissen der Partei durchzogen. Trotzki zeichnete immer wieder das Bild einer bolschewistischen Partei, die Avantgarde des Proletariats, moralische Stütze der Gesellschaft, quasi ein Schwertträgerorden und zugleich eine Gesellschaft militanter Aufklärer sein sollte. Dies entsprang zum Teil einem im Wortsinn idealistischen Verständnis von den Menschen, zumal von Kommunisten. Zum Teil war es aber auch Ausdruck der Tatsache, daß Trotzki sehr spät zum organisierten Bolschewismus gestoßen, von der Alten Garde der Bolschewiki nie ganz akzeptiert worden war und als besonders treuer Bolschewik erscheinen wollte. Persönlich frei von der Sucht, sich zu bereichern und die Partei als Vehikel zur Befriedigung profanster Bedürfnisse zu benutzen, erwartete Trotzki diese Haltung auch von den anderen Parteimitgliedern. Eine erste Ernüchterung ist in seiner Artikelserie »Fragen des Alltagslebens«, die 1923 auch als Broschüre erschien, spürbar. Trotzki dokumentierte hier unter anderem die Tatsache, daß unter Parteimitgliedern Nationalismus und Antisemitismus verbreitet waren. Bei einem »geringen Teil« der Parteimitglieder, zitiert Trotzki einen Funktionär, »lassen sich Momente beobachten, in denen das Publikum sogar in Pogromstimmung ist.«⁴⁵

In diesem Jahr 1923 gelang es Stalin, die Initiative im Kampf um die Nachfolge Lenins an sich zu reißen. Taktisch und in der Kunst der Menschenführung weit geschickter als Trotzki, vermochte er sogar Lenins sogenanntes Testament – dessen berühmten »Brief an den Parteitag« – in seinem Sinn umzumünzen. Trotzkis »Nichtbolschewismus«, den Lenin benannt hatte, konnte als eine schwerere Hypothek gelten als die von Lenin gleichfalls geforderte Entfernung Stalins vom Posten des Generalsekretärs der Partei. Auf eben diesem Posten war es Stalin möglich gewesen, die Kontrolle über den Parteiparat zu gewinnen und ihn nach seinem Sinn umzugestalten. Doch wäre dies ohne die

⁴⁵ Leo Trotzki: *Fragen des Alltagslebens. Die Epoche der »Kulturarbeit« und unsere Aufgaben.* Hamburg 1923. S. 161f.

Unterstützung namentlich Kamenews und Sinowjews nicht möglich gewesen. Das ungleiche Trio wurde von der Furcht zusammengeschweißt, daß Trotzki die Macht im Staat an sich reißen könne. Er erschien in den Augen vieler Parteimitglieder, aber auch hochrangiger Funktionäre in der Tat wie ein möglicher russischer Bonaparte. Seine Gegner im Politbüro erzeugten eine entsprechende, zumeist inoffiziell geführte Kampagne.⁴⁶ Trotzki verlor entscheidendes Terrain, als ihm Stalin, Lew Kamenew und Grigori Sinowjew auch den fehlgeschlagenen Revolutionsversuch vom Oktober 1923 in Deutschland in die Schuhe schieben konnten, indem sie seinen Parteigänger Karl Radek dafür verantwortlich machten.⁴⁷

In jener entscheidenden Phase zeigte sich Trotzki's persönliches Unvermögen, einen Kreis von Gleichgesinnten zu erfolversprechenden politischen Aktionen zusammenzuführen, wie dies seinen innerparteilichen Gegnern gelang. Einen Grund dafür benannte viele Jahre später der amerikanische Schriftsteller Max Eastman. Dessen etwas boshafte Formulierung enthält indes mehr als ein Körnchen Wahrheit. Trotzki's »glattes Versagen als politischer Führer hat seinen Grund darin«, schrieb Eastman, »daß sich keiner jemals von ihm gewürdigt fühlt. Er kann so wenig eine Partei aufbauen, wie eine Henne ein Haus bauen kann [...] Seine Anhänger, die Anhänger eines großen Geistes – ich meine, der größten politischen Begabung, die wir heute haben – pilgern zu ihm, und sie verlassen ihn nicht erwärmt und entflammt, sondern entmutigt und gehemmt. Dies gilt für jene unter ihnen, die einen eigenen Willen und ein eigenes Urteilvermögen besitzen. Daher verfügt er im eigentlichen Sinne des Wortes über keinen Einfluß.«⁴⁸

Trotzki wehrte sich gegen seine innerparteilichen Widersacher mit einer Serie von Artikeln, die zum großen Teil in der Streitschrift »Der neue Kurs« zusammengefaßt sind. Dabei ging es Trotzki um die Darlegung der Ursachen des Bürokratismus, vor dem auch Lenin gewarnt hatte. Dieser sah jedoch in der Übernahme der alten zaristischen Beamten und Experten in den neuen Verwaltungsapparat das Hauptübel.⁴⁹

46 Siehe hierzu Heinz Brahm: *Trotzkij's Kampf um die Nachfolge Lenins*. Köln 1964. – *Lenins Testament und die Folgen*. Berlin 1998. Bes. die Beiträge von Wladislaw Hedeler, Mario Kessler und Wolfgang Ruge.

47 Siehe Theodor Bergmann: *Vom ersten Moskauer Tribunal zur Bartholomäusnacht*. In: *Lenins Testament und die Folgen*. Berlin 1998. S. 26–31. – *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*. Hrsg. von Jens Becker, Theodor Bergmann und Alexander Watlin. Mainz 1993.

48 Max Eastman: *Einstein, Trotsky, Hemingway, Freud and Other Great Companions*. New York 1959. S. 117f.

49 Siehe W. I. Lenin: *Brief an den Parteitag*. In: *Werke*. Bd. 36. S. 577–582.

Trotzki war indes nicht der Meinung, »der Bürokratismus sei nur eine Anhäufung übler Kanzleigewohnheiten. Der Bürokratismus ist eine gesellschaftliche Erscheinung, nämlich ein bestimmtes System zur Verwaltung von Menschen und Sachen. Seine Ursachen sind die Heterogenität der Gesellschaft und die Unterschiede sowohl der alltäglichen wie auch der fundamentalen Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten. Durch mangelnde Kultur bei den breiten Massen wird er noch komplizierter. Bei uns liegt die Hauptquelle des Bürokratismus in der Notwendigkeit, einen Staatsapparat zu schaffen und zu erhalten, der die Interessen des Proletariats und der Bauernschaft unbedingt in einer harmonischen und wirtschaftlichen Übereinstimmung verbinden soll, die wir noch längst nicht erreicht haben. Der Zwang, ein stehendes Heer zu unterhalten, stellt eine weitere bedeutende Quelle des Bürokratismus dar.«⁵⁰

Trotzkis Worte fanden Unterstützung in der »Erklärung der Sechsvierzig« vom Oktober 1923. »Die Partei hört in beträchtlichem Umfang auf, ein lebendiges und selbsttätiges Kollektiv zu sein«, schrieben Trotzki's Anhänger, zumeist hervorragende Vertreter der Parteintelligenz. »Wir beobachten mehr und mehr eine fortschreitende Teilung der Partei, die kaum noch jemandem verborgen bleibt, in die Hierarchie der Sekretäre einerseits und die ›Laien‹ andererseits, in die professionellen Parteifunktionäre, von oben ernannt, und die einfachen Massen der Partei, die an ihrem Gruppenleben nicht teilnehmen.«⁵¹ Trotzki prangerte die »Degeneration« der »Alten Garde« an und forderte ihre Auswechslung. Damit »reizte er sodann seine Karten aus«, wie der amerikanische Historiker Robert Vincent Daniels schrieb, denn er isolierte sich und die Minderheit seiner Anhänger sogar von selbstkritischen und potentiell anti-stalinistischen alten Bolschewiki.⁵²

Trotzkis Entfernung von der Macht, die im Parteiausschluß Ende 1927 ihren Tiefpunkt erreichte, kann hier nicht detailliert nachgezeichnet werden.⁵³ Während des schrittweisen, doch unaufhaltsamen Prozesses

50 Leo Trotzki: *Der neue Kurs*. Berlin (West) 1972. S. 52.

51 Zit. nach Robert V. Daniels: *Trotzki zu proletarischer Demokratie und Parteibürokratie 1923–1937*. In: *Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft*. Hrsg. von Theodor Bergmann und Gert Schäfer. Mainz 1993. S. 81. Daniels zitiert nach der Fassung des Aufrufs, die sich im Trotzki-Archiv in der Harvard University befindet.

52 Ebenda.

53 Siehe hierzu besonders Isaac Deutscher: *Trotzki*. Bd. 2. *Der unbewaffnete Prophet 1921–1929*. 2. Aufl. Stuttgart 1972. – Robert Vincent Daniels: *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*. Köln, Berlin (West) 1962 (Neuauffl. 1978).

seiner Entmachtung propagierte Trotzki beharrlich das Prinzip der *Arbeiterdemokratie*, das die bolschewistische Partei der Kontrolle durch die immer stärker werdende Stalin-Fraktion entziehen sollte. Aber Trotzki hielt, solange er in der Sowjetunion blieb, immer daran fest, daß die Partei als ein einheitliches Ganzes erhalten werden müsse, sie keine Fraktionen in ihren Reihen dulden könne.⁵⁴ Trotzki verstand seine Opposition gegen Stalin deshalb auch keineswegs als fraktionelle Tätigkeit. Nachdem Trotzki auf dem XIII. Parteikongreß im April 1924 das Bekenntnis abgegeben hatte, man könne nur mit der Partei und durch sie, keinesfalls gegen sie Recht haben,⁵⁵ forderte er von seinen Anhängern die gleiche Haltung ein. Damit entwaffnete er sich selbst und trug zu seinem Niedergang auf tragische Weise bei. Er war somit keineswegs ein russischer Bonaparte. Die von ihm proklamierte »Veränderung des Regimes in Richtung Arbeiterdemokratie« blieb für ihn auf eine »Veränderung der ökonomischen Politik in Richtung einer wirklichen Industrialisierung« und auf eine »Korrektur der Linie der Parteiführung hin zu einem wirklichen Internationalismus« beschränkt.⁵⁶ Noch im November 1926 bestand Trotzki darauf, daß die Sowjetunion »ein proletarischer Staat« sei, »wenn auch mit bürokratischen Deformationen«.⁵⁷ Die Frage, ob die Arbeiterklasse damals überhaupt zur Ausübung der Arbeiterdemokratie in Sowjetrußland imstande war, stellte Trotzki nicht. Sein Begriff von der Arbeiterdemokratie war ein moralischer Appell, keine analytische Kategorie, die er seinen Anhängern erläutert hätte.

Die Passivität, mit der die sowjetischen Arbeiter die Errichtung der Stalinschen Herrschaft und die schließliche Ausweisung Trotzkis aus der UdSSR Anfang 1929 hinnahmen, veränderte Trotzkis prinzipielle Ansichten zunächst noch nicht. Für eine solche Änderung zeichnete vielmehr der Aufstieg Hitlers verantwortlich. In seinem doppelten Kampf gegen Hitler und Stalin entwickelte Trotzki neue Ansichten und kam zu neuen Einsichten.

54 »Arbeiterdemokratie bedeutet freie und offene Diskussion durch alle Mitglieder der Partei in allen wichtigen Fragen des Parteilebens [...] Das heißt aber nicht, Freiheit für Fraktionen«, sagte Trotzki am 5. Dezember 1923. Zit. nach Robert V. Daniels: *Trotzki zu proletarischer Demokratie und Parteibürokratie 1923–1937*. In: *Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft*. Hrsg. von Theodor Bergmann und Gert Schäfer. Mainz 1993. S. 81.

55 *Trotzkis entsprechende Erklärung ist abgedruckt bei Isaac Deutscher: Stalin. Neuausg. Berlin 1990. S. 362.*

56 *So in Trotzkis Erklärung an das Politbüro vom 6. Juni 1926, abgedruckt (nach dem Text im Trotzki-Archiv) in: The Challenge of the Left Opposition 1926–27. Hrsg. von Naomi Allen. New York 1980. S. 72.*

57 *Trotzki in seiner Rede auf dem XV. Parteikongreß am 1. November 1926. Abgedruckt ebenda. S. 130–164, hierzu S. 162.*

3. Sozialismus und Demokratie gegen Hitler und Stalin

Als einen »Planeteten ohne Visum« bezeichnete Trotzki die Welt, die ihm Asyl verwehrte, nachdem er aus seiner Heimat brutal deportiert worden war. Ein Land um das andere lehnte sein Asylgesuch ab. »Von verschiedenen Seiten wird mir erklärt«, bemerkte Trotzki sarkastisch, »mein Unglaube an die Demokratie sei meine schwerste Sünde [...] Wenn ich aber bitte, man möge mir einen Anschauungsunterricht in Demokratie geben, finden sich keine Liebhaber. Auf dem ganzen Planeteten kein Visum! Weshalb soll ich dann glauben, daß die unermeßlich größere Frage – der Streit zwischen Besitzenden und Besitzlosen – unter strengster Wahrung von Formen und Sitten der Demokratie gelöst werden könnte?«⁵⁸

In der Türkei fand Trotzki zunächst die einzige Bleibe. Von dort aus mußte er die Weltwirtschaftskrise mitsamt ihren Millionen von Arbeitslosen erleben und die unmittelbaren Folgen registrieren, die diese soziale Entwurzelung einer ganzen Generation hatte: den Aufstieg des Faschismus in Deutschland. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 endete mit einem gewaltigen Sieg für Hitlers NSDAP. Aus der kleinsten Reichstagsfraktion wurde sie zur zweitgrößten und zur stärksten Oppositionskraft im Parlament gegen die bürgerliche Regierung Brüning, die zunehmend auf Notverordnungen zurückgriff, um das zerfallende Land noch regieren zu können.

Dieser von der Verfassung gedeckte autoritäre Regierungsstil war Wasser auf die Mühlen des offiziellen Kommunismus. Angesichts der Weltwirtschaftskrise sahen viele Kommunisten die Stunde des Zusammenbruchs der kapitalistischen Ordnung gekommen. Die Konflikte zwischen der staatstreuen Sozialdemokratie und der KPD, die in unveröhnlicher Opposition zur Weimarer Republik stand, verschärften sich dramatisch. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung desorientierte viele Lohnabhängige und Arbeitslose, von denen ein wachsender Teil sich der NSDAP zuwandte. Trotzki begriff weit früher und weit klarer als beinahe jeder andere Zeitgenosse die möglichen Konsequenzen dieser Entwicklung. In einer Vielzahl von Artikeln und Aufrufen nahm er zur deutschen Situation Stellung. Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten standen seine beschwörenden Appelle an die KPD und die SPD, sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenzufinden und die Weimarer Demokratie gegen Hitlers Vormarsch zu verteidigen. Diese grundsätzlich neue Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat angesichts der faschistischen Bedrohung brachte Trotzki am klarsten in seiner 1932 erschienenen

58 Leo Trotzki: *Mein Leben*. Frankfurt am Main 1981. S. 499.

Schrift »Was nun?« zum Ausdruck, der er den bezeichnenden Untertitel gab: »Schicksalsfragen des deutschen Proletariats«.

In Polemik mit der abenteuerlichen »Sozialfaschismus«-These von KPD und Komintern, die ein Gleichheitszeichen zwischen der Sozialdemokratie und der faschistischen Bewegung setzte, schrieb Trotzki: »Zwischen Demokratie und Faschismus besteht ein Gegensatz. Er ist durchaus nicht ›absolut‹ oder, um in der Sprache des Marxismus zu reden, bezeichnet durchaus nicht die Herrschaft zweier unversöhnlicher Klassen. Aber er kennzeichnet verschiedene Herrschaftssysteme ein und derselben Klasse. Diese beiden Systeme: das parlamentarisch-demokratische und das faschistische stützen sich auf verschiedene Kombinationen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und geraten miteinander unvermeidlich in schroffe Zusammenstöße. Die Sozialdemokratie, jetzt Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes, stützt sich auf die Arbeiter. Die Sozialdemokratie kann ohne Arbeiter-Massenorganisationen keinen Einfluß ausüben. Der Faschismus seine Macht nicht anders festigen als durch Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Hauptarena der Sozialdemokratie ist das Parlament. Das System des Faschismus fußt auf der Vernichtung des Parlamentarismus. Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarisches und faschistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar: sie nimmt zu diesem oder jenem Zuflucht in Abhängigkeit von den historischen Bedingungen. Jedoch für die Sozialdemokratie wie für den Faschismus ist die Wahl des einen oder des anderen Werkzeugs von selbständiger Bedeutung, noch mehr, die Frage ihres politischen Lebens oder Todes.«⁵⁹

Trotzki fuhr fort: »Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ›normalen‹ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummtten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt.« Die Bourgeoisie würde, so Trotzki, vom Faschismus ganze Arbeit fordern; »hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben.«⁶⁰ Trotzki nannte präzise die Folgen, die ein Sieg des Faschismus für die Arbeiterbewegung mit sich bringen würde: »Zertrüm-

⁵⁹ Leo Trotzki: *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*. Berlin 1932 (Reprint o. J.). S. 16.

⁶⁰ *Ebenda*.

merung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphen Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die die selbständige Kristallisierung des Proletariats unterbinden sollen.«⁶¹

«Unter dem faschistischen Regime«, wiederholte Trotzki, »stützt sich das Kapital auf das Kleinbürgertum, das die Organisationen des Proletariats vernichtet. So Italien! Besteht ein Unterschied im ›Klasseninhalt‹ dieser beiden Regimes?«, fragte Trotzki polemisch die Kominintern-Strategen, die dies leugneten. »Stellt man lediglich die Frage nach der herrschenden Klasse, so ist kein Unterschied vorhanden. Nimmt man Lage und Wechselbeziehungen aller Klassen unter dem Gesichtswinkel des Proletariats, erweist sich ein durchaus großer Unterschied.«⁶² Trotzki kam auf das entscheidende Problem der Arbeiterbewegung bezüglich ihrer Strategie gegenüber dem Faschismus zu sprechen: »Im Laufe dieser Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie, unter deren Ausnutzung und im Kampf mit ihr, eigene Festungen, eigene Basen, eigene Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann zur Macht gelangen nicht im formellen Rahmen der bürgerlichen Demokratie, sondern nur auf revolutionärem Wege: das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwiesen. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Punkte lief ja die Arbeit der Zweiten Internationale in jener Epoche hinaus, da sie noch eine progressive historische Arbeit versah.«⁶³

Während der Faschismus diese Stützpunkte der proletarischen Demokratie innerhalb der bürgerlichen Demokratie und danach die bürgerliche Demokratie selbst beseitigen wolle, müsse die Arbeiterbewegung die bürgerliche Demokratie verteidigen, um ihre eigene Operationsbasis zu erhalten und um schließlich die bürgerliche Demokratie zu erweitern und zur proletarischen Demokratie umzuformen. Die Regierung Brüning sei das Produkt einer prekären Zwischensituation: Angesichts der Krise werde sich die Waagschale sehr rasch nach der einen oder anderen Seite hinneigen. Die Bourgeoisie setze auf eine faschistische Diktatur zur Lösung der Krise, die Linke könne dem nur standhalten, wenn die beiden großen Arbeiterparteien zu einigem Handeln fähig seien, statt sich gegenseitig zu bekämpfen und dadurch lahmzulegen. Brünings Re-

61 *Ebenda.* S. 17.

62 *Ebenda.* S. 19.

63 *Ebenda.* S. 19f.

gime sei somit ein Regime der Vorbereitung – entweder für den Sieg des Faschismus oder für den Sieg des Proletariats. »Brüning mit Hitler zu identifizieren«, wie die KPD es tat, bedeute, so Trotzki, »die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren: bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten; bedeutet die Aufforderung, ohne Kampf zu kapitulieren.«⁶⁴ Genau dies tat die KPD und entwaffnete sich auf tragischste Weise damit selbst.

Die kampflose Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung führte endlich zu Trotzki's Bruch mit der stalinisierten Komintern. Diese Organisation sei nicht mehr zu reformieren, so Trotzki. Aber die Sowjetunion bleibe Hitlers wichtigster Gegenspieler; jeder Marxist müsse das Stalin-Regime gegen Hitler verteidigen. Seine genaueste soziologische Untersuchung des Stalin-Regimes legte Trotzki 1936 mit dem Buch »Verratene Revolution« vor. Er schrieb es in Norwegen, einer weiteren seiner zahlreichen Stationen des ruhelosen Exils.

Der Titel des Buches sollte zum Schlachtruf zweier Generationen von enttäuschten Kommunisten werden. Trotzki untersuchte im Lichte der Ereignisse der letzten Jahre Charakter und Entwicklungsmöglichkeiten der UdSSR. »Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?«, so der Untertitel des Werkes. Nach der Zwangskollektivierung und Zwangsindustrialisierung, den Massenrepressalien gegen die Bauern und dem Beginn der Moskauer Schauprozesse kam Trotzki zu einer Neueinschätzung des Charakters der proletarischen Demokratie.

Anhand einer Fülle empirischer Daten untersuchte Trotzki die sozialen Gegensätze in der UdSSR, das Anwachsen der Ungleichheit und die soziale Physiognomie der herrschenden Schicht. Ist die Bürokratie eine neue herrschende Klasse?, fragte er. Die Geschichte habe die Frage nach der Klassennatur der Sowjetunion noch nicht entschieden, so Trotzki.

»Die UdSSR ist eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehende, widerspruchsvolle Gesellschaft, in der a) die Produktivkräfte noch längst nicht ausreichen, um dem staatlichen Eigentum sozialistischen Charakter zu verleihen, b) das aus Not geborene Streben nach ursprünglicher Akkumulation allenthalben durch die Poren der Planwirtschaft dringt, c) die bürgerlich bleibenden Verteilungsnormen einer neuen Differenzierung der Gesellschaft zugrunde liegen, d) der Wirtschaftsaufschwung die Lage der Werktätigen langsam bessert und die rasche Herausbildung einer privilegierten Schicht fördert, e) die Bürokratie unter Ausnutzung der sozialen Gegensätze zu einer unkontrollierten und dem Sozialismus fremden Kaste wurde, f) die von der herr-

64 *Ebenda.* S. 23.

schenden Partei verratene soziale Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen und dem Bewußtsein der Werktätigen noch fortlebt, g) die Weiterentwicklung der angehäuften Gegensätze sowohl zum Sozialismus hin als auch zum Kapitalismus zurückführen kann, h) auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müßte, i) auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müßten. Letzten Endes wird die Frage sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene durch den Kampf der lebendigen sozialen Kräfte entschieden werden.«⁶⁵

Trotzki hielt an der Charakterisierung der UdSSR als einem Arbeiterstaat fest, wenngleich dieser *degeneriert* sei; Trotzki vermochte sich nicht vom problematischen Vokabular der Zweiten Internationale zu trennen, das Kategorien des Sozialdarwinismus zur Kennzeichnung gesellschaftlicher Prozesse benutzt hatte. Die Sowjetunion sei ein Staatswesen der Übergangsgesellschaft mit vergesellschaftetem Eigentum (Trotzki unterschied an dieser Stelle nicht zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung⁶⁶) und bürgerlichen Verteilungsnormen, die aber, so muß man anfügen, weit eher vorbürgerlich waren. Dieses prekäre Gleichgewicht könne nicht ewig aufrechterhalten werden: Die Waagschale werde sich, dem Gewicht der Klassenkräfte folgend, entweder in Richtung Sozialismus – durch die Selbstorganisation der Arbeiter – oder in Richtung Kapitalismus – durch die Verwandlung der Sowjetbürokratie in eine neue Klasse – neigen. »Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen? So steht jetzt die Frage«, schrieb Trotzki.⁶⁷ Die Bürokratie könne nur durch eine politische Revolution bezwungen werden, die die verstaatlichte Industrie und Landwirtschaft aber unangetastet lasse. Gelingen dies nicht, erweise sich die sowjetische Arbeiterklasse als zu schwach dazu oder scheitere sie an ausländischer, gar faschistischer Intervention, dann »wird die Sowjetunion am Rand des Abgrunds stehen und eher die bürgerliche Konterrevolution [...] auf der Tagesordnung stehen.«⁶⁸

Die vom Stalin-Regime geknebelte Arbeiterklasse sei, so hoffte Trotzki zuversichtlich, fähig, dies zu verhindern. Sein Optimismus gründete sich auch auf die Einführung der Stalinschen Sowjetverfassung von

65 Leo Trotzki: *Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?* (1936). Essen 1990. S. 257f.

66 An anderer Stelle sagte Trotzki aber: »Um gesellschaftliches Eigentum zu werden, muß das Privateigentum unvermeidlich das staatliche Stadium durchlaufen, so wie die Raupe durch das Stadium der Larve gehen muß, um Schmetterling zu werden.« (Ebenda. S. 241).

67 Ebenda. S. 285.

68 Ebenda. S. 290.

1936, die, zumindest auf dem Papier, dem Volk eine Reihe demokratischer Rechte zubilligte. Trotzki sah darin keine Stärke, sondern ein Anzeichen von Schwäche des Stalin-Regimes. Er folgte darin Alexis de Tocquevilles scharfsinniger Beobachtung, daß ein autoritäres Regime nicht dann zu erschüttern ist, wenn es seinen Untertanen die Fesseln immer enger schnürt, sondern dann, wenn es gezwungen ist, den Druck etwas zu lockern. »Mit der Einführung der neuen Verfassung zeigt die Bürokratie, daß sie selbst die Gefahr spürt und Vorbereitungsmaßnahmen trifft. Jedoch wäre es nicht das erste Mal, daß eine bürokratische Diktatur, die in ›liberalen‹ Reformen Rettung suchte, sich nur selbst schwächte. Dadurch [...] schafft sie (die Verfassung, M. K.) gleichzeitig eine halblegale Deckung zum Kampf« gegen das Stalin-Regime.⁶⁹

Dieser Kampf, so Trotzki, müsse unter dem Banner allgemein-demokratischer Rechte geführt werden, nicht unter der – nun von Trotzki aufgegebenen – Losung der Diktatur des Proletariats. »Das bürokratische Selbstherrschertum muß der Sowjetdemokratie Platz machen.«⁷⁰ Die Erläuterung, was Sowjetdemokratie bedeute, liest sich wie der Katalog von Trotzkis antileninistischen Forderungen vom Anfang des Jahrhunderts, sowenig Trotzki jemals bezweifelte, daß er nunmehr in Lenins Sinne sprach, daß zwischen Leninismus und Stalinismus ein Abgrund klatte. Dies war Trotzkis Programm: »Die Wiederherstellung des Rechts auf Kritik und einer wirklichen Wahlfreiheit ist die notwendige Vorbedingung für die weitere Entwicklung des Landes. Das setzt voraus, daß den Sowjetparteien« – man beachte den Plural! – »angefangen mit der Partei der Bolschewiki, die Freiheit wiedergegeben wird und die Gewerkschaften auferstehen. Auf die Wirtschaft übertragen bedeutet die Demokratie eine gründliche Revision der Pläne im Interesse der Werktätigen. Eine freie Diskussion über die Wirtschaftsprobleme wird die Unkosten der bürokratischen Fehler und Zickzacks senken. Die teuren Spielzeuge – Sowjetpaläste, neue Theater, protzige Untergrundbahnen – werden zurücktreten zugunsten von Arbeiterwohnungen. Die ›bürgerlichen Verteilungsnormen‹ werden auf das unbedingt Notwendige zurückgeführt werden, um in dem Maße, wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, sozialistischer Gleichheit Platz zu machen. Die Titel werden sofort abgeschafft, der Ordensplunder wird in den Schmelztiegel wandern. Die Jugend wird frei atmen, kritisieren, irren und heranreifen dürfen. Schließlich wird die Außenpolitik zu den Traditionen des revolutionären Internationalismus zurückkehren.«⁷¹

69 *Ebenda*, S. 287.

70 *Ebenda*, S. 289.

71 *Ebenda*.

In Trotzki's »leidenschaftlichen Anklagen fanden sich unbestreitbare Argumente, die frühere Kritiker von Kautsky über Martow bis Souvarine geäußert hatten«, schrieb Heinz Abosch.⁷² Es ist jedoch nicht richtig, Trotzki nur an seinen sozialdemokratischen Kontrahenten zu messen. Denn der von diesen gebrandmarkte bolschewistische Terror war eine grausame Antwort auf den systematischen und flächendeckenden Terror der weißen Reaktion gewesen. In diesem Selbstbehauptungskampf hatten die Bolschewiki, wie Trotzki bis zuletzt betonte, stets das Schicksal der Pariser Kommunarden vor Augen gehabt, die ihre Gegner großmütig behandelt hatten, aber dann von ihnen hingemordet worden waren.

Trotzki's Tragik liegt in der Tatsache, daß er an seinem metaphysischen Glauben an die Partei noch festhielt, als deren führende Clique Trotzki längst zu zerstören trachtete. Im Namen der Parteidisziplin unterwarf er sich Stalin. Als er mit der Partei brach, war es zu spät, war Trotzki längst ein Ausgestoßener. Im Exil hielt er noch lange an seinem Glauben an die Fähigkeit der sowjetrussischen Arbeiter fest, organisierten Widerstand gegen Stalin entwickeln zu können. Die durch Revolutionskämpfe, konterrevolutionären Terror und Bürgerkrieg dezimierte – nicht um, sondern auf ein Zehntel verringerte – Arbeiterklasse aber war längst nicht mehr imstande, noch als Klasse zu handeln. Als sie sich in den zwanziger Jahren wieder regenerierte, bestand sie vor allem aus Millionen von Muschiks ohne jede revolutionäre Tradition, die zu Ton in der Hand des Töpfers Stalin wurden.

War Trotzki's Niederlage unvermeidlich? Das Scheitern der Februarregierung 1917, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu lösen, führte unter den Bedingungen des Weltkrieges zu einem zweiten Revolutionsschub. In ihm konnte sich nur eine straff zentralisierte Kraft behaupten, die bolschewistische Partei. Als sie daranging, ihr Regime zu konsolidieren, war sie stark genug, um die Gesellschaft wieder in Gang zu setzen, aber nicht stark genug, um gleichzeitig den inneren Demokratisierungsprozeß einzuleiten, der auch zu einer fortschreitenden Humanisierung aller sozialen Beziehungen innerhalb der Sowjetunion hätte führen können. Trotzki befand sich sofort nach der Revolution und dem Bürgerkrieg – trotz aller äußeren Macht – in der schwächeren Position gegenüber denen, die eine solche Demokratisierung der Partei bekämpften. Auch ein – gegen alle Annahmen – siegreicher Trotzki hätte zu autoritären Maßnahmen greifen müssen, um das Sowjetregime

⁷² Heinz Abosch: *Trotzki und der Bolschewismus*. Frankfurt am Main. 1984. S. 130.

zu retten. Daß er davor nicht zurückschreckte, zeigt sein Verhalten zu Beginn der zwanziger Jahre. Es ist aber ausgeschlossen, daß Trotzki seine Partei und sein Volk derart hätte ausbluten lassen wie Stalin, daß er sein Regime in einen inneren Bürgerkrieg gestürzt hätte, von dem bis 1989 noch Mauer, Schießbefehl, Stacheldraht, Ein- und Aussperrungen und die Kriminalisierung Andersdenkender zeugten. Der theoretisch so brillante Denker Trotzki war in seinem politisch-strategischen Denken weit weniger flexibel als der Realpolitiker Lenin, der am Ende seines kurzen Lebens zu neuen Einsichten über die Perspektiven des Sozialismus in Sowjetrußland kam. Lenin sah als erster und am genauesten die Notwendigkeit eines strategischen Rückzuges, weg von der kommunistischen Utopie, deren Verwirklichung nicht auf der Tagesordnung stand, hin zu einer Mischwirtschaft, die Vorbedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Ordnung hätte schaffen können, nicht aber diese Ordnung schon selbst. Ausdruck dieser strategischen Wendung war die Neue Ökonomische Politik, eine erste Konsequenz war die Warnung Lenins vor Stalins Ambitionen. Trotzki blieb hingegen zu lange der Gefangene eines Denksystems, demnach die siegreiche sozialistische Revolution im Westen die UdSSR aus ihrer Isolierung befreien und ihre inhärenten demokratischen Potenzen freisetzen würde. Als dies nicht geschah, dachte der große Theoretiker nur langsam um, obwohl er unermüdlich intellektuell tätig war und eine Vielzahl inspirierender Schriften verfaßte. Sein Denken war stets Reaktion auf Stalins geschickte Winkelzüge und konnte, zumal im Exil, keine unmittelbare Anleitung zur Aktion geben. Dem entsprach auch, daß seine schließliche Besinnung und Rückbesinnung auf einen freiheitlichen und damit demokratischen Sozialismus, auf allgemeine und nicht nur innerparteiliche Demokratie, erst erfolgte, als dies ohne praktische Konsequenzen für die internationale Politik blieb. Trotzki's Scheitern fordert jedoch ebenso künftige Generationen zum Nachdenken über Demokratie und Sozialismus heraus, wie die imponierende Vielschichtigkeit seines Denkens und seine menschliche Größe, angesichts aller Tragik nicht zu verzweifeln.

Ausgestoßen, erniedrigt und von Stalins Mordbuben gehetzt, schrieb Trotzki 1937 jene Worte, die wie eine Vorwegnahme aller Anklagen klingen, die vorzubringen erst nach 1989 keinen besonderen Mut mehr erforderte: »Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. Es ist auch nicht verwunderlich: Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin – von innen. Hitler attackiert den Marxismus. Stalin attackiert ihn nicht nur, sondern prostituiert ihn auch. Es ist nicht ein ungeschändetes Prinzip, es ist nicht eine unbefleckte Idee übriggeblieben. Selbst die Worte Sozialismus und Kommunismus sind grauenhaft kompromittiert, seit un-

kontrollierte Gendarmen mit Ausweisen als ›Kommunisten‹ ihr Gendarmenregime Sozialismus nennen. Eine abscheuliche Profanierung. Die Kaserne der GPU ist nicht das Ideal, für das die Arbeiterklasse kämpft. Der Sozialismus bedeutet eine absolut klare Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Regierer gegen die Regierten. Der Sozialismus bedeutet ständiges Wachsen der Gleichheit aller. Stalin hat ein System abscheulicher Privilegien aufgebaut. Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit als Ziel. Wo und wann war die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR? Der Sozialismus hätte gar keinen Wert außerhalb einer Gesellschaft, in der uneigennützig, ehrliche, humane Beziehungen der Menschen untereinander herrschen.«⁷³

73 Leo Trotzki: *Stalins Verbrechen* (1937). Berlin 1990. S. 324.

HORST HEIMANN

*BERNSTEINS REVISIONISTISCH-
REFORMISTISCHER SOZIALISMUS –
SEINE BEDEUTUNG IN DER
GESCHICHTE UND FÜR DIE ZUKUNFT
DER LINKEN IN EUROPA*

Eduard Bernstein unterschied sich von den meisten sozialistischen Intellektuellen schon von Geburt an, durch seine soziale Herkunft. Während die meisten intellektuellen Vordenker der Arbeiterbewegung aus dem Bildungsbürgertum kamen, wurde Bernstein am 6. Januar 1850 in Berlin als siebentes Kind eines Lokomotivführers geboren. Er lernte also »die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland«, Not, Armut, Sorge ums tägliche Brot, von Kindesbeinen an persönlich-existenziell kennen. Obwohl begabt und lernbegierig, mußte er aus finanziellen Gründen das Gymnasium verlassen und eine Banklehre beginnen, nach deren Abschluß er von 1869 bis 1878 in Berlin als Bankangestellter arbeitete. »Seine Universitäten« waren nicht wissenschaftlich-philosophische Studien bei angesehenen Professoren, sondern die unmittelbaren Erfahrungen mit den Sorgen der sozial benachteiligten Schichten, die ihn bereits 1872 veranlaßten, in die 1869 von August Bebel gegründete »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« einzutreten.

Nicht auf der Grundlage eines Studiums, sondern seines praktischen Engagements als Organisator und Vortragsredner in der SDAP eignete er sich ein umfangreiches Wissen an und wurde als Autodidakt zu einem bedeutenden sozialistischen Theoretiker und Historiker.¹

Sozialistische Arbeiterbewegung = Historisches Bündnis zwischen sich organisierender Arbeiterschaft und sozialistischen Intellektuellen

Der Hinweis auf die bürgerliche Herkunft und die universitäre Ausbildung der meisten sozialistischen Theoretiker darf nicht als Vorwurf mißverstanden werden. Denn diesen bürgerlichen Intellektuellen ist es zu verdanken, daß in Westeuropa überhaupt eine sozialistische Arbeiterbewegung entstanden ist.

¹ 1895 erschien »Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution«; zu einem Standardwerk wurde seine »Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung«; 1998 erschien eine Neuauflage »Die deutsche Revolution von 1918/19« (Erstauflage 1921).

In der industriellen Revolution erlebten die Lohnarbeiter unmittelbar, ohne Vermittlung durch eine Theorie, Not, Elend und Ausbeutung. Diese existentielle Erfahrung drängte ihnen die Einsicht auf, daß sie ihre Interessen nur dann wirksam vertreten können, wenn sie gemeinsam und solidarisch handeln, wenn sie sich in einer organisierten Interessenvertretung, in Gewerkschaften zusammenschließen. Am Anfang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war die Tat.

Am Anfang der sozialistischen Idee dagegen war das Wort, nämlich theoretisch-philosophische Debatten von Intellektuellen. In der Tradition der Aufklärung wurden in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts kritische bürgerliche, auch adlige Intellektuelle, zu Schöpfern der Ideen, Theorien, Werte, Visionen, Spekulationen, Projekte, die mehr und mehr unter dem Leitbegriff »Sozialismus«, teils auch »Kommunismus«, linke intellektuelle Diskurse prägten.

Aus der verwirrenden Vielfalt sind aus diesen Debatten zwei Grundgedanken herauszulesen: 1. Die radikale Kritik an der real existierenden ungerechten Gesellschaft, in der die Ideale der Französischen Revolution »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« nicht verwirklicht wurden. 2. Die Überzeugung, daß die Menschen die Aufgabe haben, die ungerechte gesellschaftliche Ordnung durch eine bessere und gerechtere zu ersetzen.

Da es in Westeuropa seit Mitte des 19. Jahrhunderts schrittweise zu einer intensiven Verbindung zwischen den intellektuellen Diskursen über den Sozialismus und der sich organisierenden Arbeiterschaft kam, entstand hier eine politische und sozialistische Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde dabei zu einem international bewunderten Vorbild für dieses historische Bündnis: 1863 gründeten in Leipzig Arbeiter mit dem sozialistischen Intellektuellen Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, ADAV. In der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war nicht nur der Linksintellektuelle Wilhelm Liebknecht für die Theoriendebatten zuständig; auch der Handwerker August Bebel leistete als Autodidakt wichtige Beiträge für die theoretische Begründung der sozialdemokratischen Zielvorstellungen.

Anders als in den USA, wo dieses historische Bündnis nicht entstand, wurde nur in Westeuropa die sozialistische Arbeiterbewegung zu einem eigenständigen Machtfaktor nicht nur in Politik und Gesellschaft, sondern vor allem auch in der Welt des Geistes, des Denkens, der Diskurse über Wert- und Zielvorstellungen. Dank dieses Machtfaktors Sozialismus in Politik und Geist ging Westeuropa in der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Kapitalismus einen Sonderweg, der zum europäischen Sozialstaat führte.

Als Bernstein 1872 in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eintrat, war das historische Bündnis bereits auf den Weg gebracht, so daß er in seiner praktischen Parteiarbeit auch wertvolle intellektuelle Anregungen erhielt. Noch mehr Chancen, sich mit den historischen und geistigen Grundlagen des Sozialismus auseinanderzusetzen, erhielt er, als er im Oktober 1878 als Sekretär des wohlhabenden Sozialisten Karl Höchberg nach Zürich ging.

Bernsteins Beitrag zur Verbreitung des Marxismus in der Sozialdemokratie

Bernsteins erster großer Beitrag zur sozialistischen Theorie war nicht die revisionistische Kritik am Marxismus, sondern es waren seine erfolgreichen publizistischen Bemühungen um die Popularisierung und Verbreitung des Marxismus in der Arbeiterbewegung. Die 1869 von Bebel und Liebknecht gegründete SDAP war noch keine marxistische Partei. Karl Marx war zunächst nur ein Theoretiker unter anderen. Die Wende von Pluralismus und Eklektizismus zur breiten Rezeption des Marxismus begann erst Ende der siebziger Jahre mit dem »Anti-Dühring« von Friedrich Engels, in dem er die komplizierte Gesamtheorie des Historischen Materialismus in verständlicher Sprache popularisierte und für viele, selbst Intellektuelle, erst nachvollziehbar machte. Zum Standardtext wurden dabei die drei Kapitel, die unter dem Titel »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« bis in die jüngste Vergangenheit zahlreiche Veröffentlichungen erlebten.

Ähnlich wie Karl Kautsky und Bebel bekannte auch Bernstein, daß er 1879 durch den »Anti-Dühring« zur »marxistischen Theorie bekehrt [wurde]«. ² Auch die Herausgeber der MEW-Ausgabe in Berlin (Ost) bescheinigen diesem Buch, daß es »zum theoretischen Sieg des Marxismus in der Arbeiterbewegung« beitrug; und sie würdigen »das geniale Werk von Engels« überschwenglich »sowohl als unerschöpfliche Schatzkammer der marxistischen Theorie als auch als ideologische Waffe gegen die heutigen Feinde des Marxismus: die verschiedenen Arten von Revisionisten, Eklektikern und Pseudosozialisten, ...«. ³

1879 wurde Bernstein in Zürich Mitarbeiter der seit 1878 verbotenen Parteizeitung »Sozialdemokrat« (vorher und nachher »Vorwärts«), nach einer Reise mit Bebel zu Marx und Engels nach London mit deren Zustimmung Chefredakteur. Engels faßte seinen Eindruck von seinem Gast

² *Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Lehrjahre. Bonn 1978, S. 72.*

³ *MEW. Bd. 20, S. XIII.*

in folgendem Lob zusammen: »Bernstein hat sich so über Erwarten gut gemacht. [...] daß ein Besserer schwer zu finden. [...] Er hat wirklich Takt und faßt schnell auf, das genaue Gegenteil von Kautsky, der ein äußerst braver Kerl ist, aber ein geborener Pedant und Haarspalter, unter dessen Händen nicht die verwickelten Fragen einfach, sondern die einfachen verwickelt werden.«⁴

Nachdem Bernstein 1888 auf Betreiben Bismarcks aus Zürich ausgewiesen worden war, setzte er, in enger Freundschaft mit Engels, seine publizistische Arbeit für die SPD in London fort. Wegen dieser illegalen Tätigkeit wurde er auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes steckbrieflich gesucht, so daß er erst 1901, nach 23jährigem Exil, nach Deutschland zurückkehren konnte. Durch seine wissenschaftlich-publizistische Arbeit als Chefredakteur des »Sozialdemokrat« und als Mitarbeiter der von seinem Freund Kautsky herausgegebenen Theoriezeitschrift »Die Neue Zeit« hat Bernstein einen entscheidenden Beitrag zur breiten Rezeption des Marxismus in der SPD geleistet. Dadurch konnte mit dem 1891 verabschiedeten Erfurter Programm, von Kautsky und Bernstein verfaßt, der Marxismus zur allgemein anerkannten Grundlage der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland werden.

Da sich der Siegeszug des Marxismus durch die Herzen und Köpfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in den Jahren des Sozialistengesetzes vollzog, ist durchaus das paradoxe Urteil begründet: Neben Bernstein hat sich auch Bismarck für den Sieg des Marxismus in den sozialdemokratischen Massen verdient gemacht. Denn der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat schuf mit seiner Unterdrückungspolitik günstige psychologische Voraussetzungen für die Rezeption einer geschichtsoptimistischen und revolutionären Theorie in der Arbeiterschaft: Nicht in einem rationalen Lern- und Erkenntnisprozeß, sondern in einem emotionalen Bewußtseinsprozeß wurden vor allem die geschichtsoptimistischen Elemente aufgenommen. Die als bewiesene wissenschaftliche Erkenntnis ausgegebene Verheißung, daß die heute noch so übermächtigen Kräfte der Gesellschaft, die die Arbeiterbewegung rücksichtslos unterdrücken, von einem ehernen Geschichtsgesetz bereits zum Tode verurteilt sind und bald von der historischen Bühne abtreten werden, ermutigte viele, sich in offensichtlich aussichtsloser Situation zu engagieren. Denn der Marxismus wirkte ja wie eine Garantierklärung, daß der Sieg der eigenen Sache, des Sozialismus, unausweichlich ist.

4 Engels an August Bebel. In: MEW. Bd. 35, S. 220.

Die geistig-politische Identität des Demokratischen Sozialismus

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die 1875 mit dem Gothaer Vereinigungsparteitag und Programm ihre organisatorische Einheit verwirklicht hatte, hat bis zum Erfurter Programm von 1891 mit dem Konzept des Demokratischen Sozialismus auch eine eigenständige und unverwechselbare geistig-politische Identität herausgebildet, zu der vor allem zwei Elemente gehören: 1. Sie ist nicht nur Gewerkschaftsbewegung zur Vertretung der materiell-ökonomischen Interessen der Arbeiter, sie ist auch eine demokratische Partei und Bewegung mit allgemeinen politischen und gesellschaftsverändernden Zielvorstellungen von einer »neuen Wirtschafts- und Sozialordnung«⁵. 2. Der Demokratische Sozialismus ist nicht nur eine politische Partei, sondern, wie Willy Brandt immer wieder betonte, auch eine eigenständige geistig-theoretische Bewegung, ein ethischer und intellektueller Machtfaktor neben den beiden anderen politischen Hauptströmungen Liberalismus und Konservatismus.

Kerngedanke des Demokratischen Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie ist die dialektische Verbindung der freiheitlich-demokratischen mit den sozialen Forderungen, die schon bei den Lassalleanern 1863 und in allen anderen Programmen bis zum Berliner Programm von 1891 zu finden ist. Im Eisenacher Programm der SDAP von 1869 heißt es: »Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.«⁶

1870 erläuterte Bebel, mit bis heute gültigen Argumenten, warum Sozialdemokraten, im Unterschied zu bürgerlichen Demokraten, aus den freiheitlich-demokratischen Zielen sozialistische Schlußfolgerungen ableiten: »Was [den Arbeiter] drängt und treibt, die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erobern, ist die Aussicht, mit ihrer Hilfe auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen. Was nützt ihm die bloße politische Freiheit, wenn er dabei hungert, wenn seine Lage sich nicht verbessert, er vor wie nach der von Kapitalisten ausgebeutete Mensch ist, der sein ganzes Leben sich plagen und abrackern muß, um schließlich elend zugrunde zu gehen? [...] Als Zweck betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errich-

5 Godesberger Programm. In: *Programme der deutschen Sozialdemokratie*. Hannover 1963, S. 188.

6 Eisenacher Programm. In: *Ebenda*. S. 72.

tung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens.«⁷

Die Verbindung zwischen den freiheitlich-demokratischen und den gesellschaftsverändernden sozialistischen Zielvorstellungen gehört zur Kontinuität der Konzeption des Demokratischen Sozialismus. Dadurch soll aber keineswegs die Freiheit eingeschränkt werden. Im Gegenteil: Damit alle Staatsbürger die liberalen und demokratischen Grundrechte gleichberechtigt nutzen können, sind entsprechende soziale und ökonomische Voraussetzungen zu schaffen. Jedes Mehr an sozialer Gerechtigkeit bedeutet daher nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Freiheit und Demokratie.

Die Rezeption des Marxismus war kein Kontinuitätsbruch, sondern nur ein wichtiger Sonderfall jenes historischen Bündnisses zwischen Intellektuellen und Arbeitern, das den Sozialismus in Westeuropa nicht nur zu einem politischen und sozialen, sondern auch zu einem geistigen Machtfaktor gemacht hat. Auch als Revisionist würdigte Bernstein 1921 rückblickend ausdrücklich das Verdienst des Marxismus, zwei ursprünglich getrennte Stämme des Sozialismus zusammengeführt zu haben, nämlich »die realen Kämpfe jeweilig unterdrückter, zurückgesetzter Klassen oder Schichten der Gesellschaft« einerseits, und den anderen Stamm, »die Ideologie, die vorwiegend von Gelehrten, Denkern, Priestern usw. vertreten ist ...«⁸

Da das marxistische Erfurter Programm von 1891 die zur Kontinuität gehörenden liberalen und demokratischen Grundforderungen enthält, gehört es zur freiheitlich-demokratischen Tradition der SPD. Bei Bernsteins kritischer Überprüfung des Marxismus geht es daher auch nicht um eine Korrektur in Richtung Freiheit und Demokratie, sondern um die Revision der marxistischen Gesellschaftstheorie mit ihren Prognosen und den damit verbundenen Geschichtsdeterminismus des wissenschaftlichen Sozialismus.

Bernsteins revisionistisch-reformistischer Sozialismus

Während Marx sein imposantes Theoriegebäude des Historischen Materialismus bereits vor seinem 30. Lebensjahr vollendet hatte, begann Bernstein erst in seinem 45. Lebensjahr, also 1895, sein eigenes theoretisches Lebenswerk zu entwickeln. Und während Marx in diesem Alter in der Bibliothek des Britischen Museums in London weitere empirische

7 August Bebel: *Unsere Ziele*. Berlin 1919 (1. Auflage 1870), S. 19f.

8 Eduard Bernstein: *Der Sozialismus einst und jetzt*. Bonn 1975 (1. Aufl. 1921), S. 14.

Belege für die Richtigkeit seiner Theorie suchte, begann Bernstein in eben dieser Bibliothek an zentralen Prämissen und Prognosen der marxistischen Theorie zu zweifeln. Die Ergebnisse seines Zweifels und seiner kritischen Überprüfung veröffentlichte er zwischen 1896 und 1898 in der Aufsatzserie »Probleme des Sozialismus« in der Theoriezeitschrift »Die Neue Zeit«⁹ und in dem 1899 erschienenen Buch »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie«.

Mit seiner kritischen Überprüfung der marxistischen Theorie verwarf Bernstein keineswegs, wie ihm »linke« Feinde und rechte »Freunde« immer wieder unterstellten, die antikapitalistische gesellschaftsverändernde Zielsetzung des Sozialismus. Er stellte aber die in der Sozialdemokratie damals vorherrschende marxistische Theorie auf drei Ebenen in Frage:

1. Die Gesellschaftstheorie mit den Prognosen über die künftige Entwicklung des Kapitalismus.
2. Die politische Strategie der Revolution, die mit diesen Prognosen begründet wurde.
3. Die theoretischen Prämissen des Wissenschaftlichen Sozialismus, bzw. des Historischen Materialismus, die den objektivistischen Geschichtsdeterminismus begründen.

Nicht durch philosophische Konstruktionen oder logische Deduktionen aus einer Theorie, sondern durch eine empirische Analyse gelangte Bernstein zu der Erkenntnis, daß die Prognosen der Zusammenbruchstheorie, der Verelendungs- und der Klassentheorie durch die reale Entwicklung der Gesellschaft nicht bestätigt werden: Trotz schwerer Wirtschaftskrisen ist der Kapitalismus anpassungs- und funktionsfähiger als erwartet, so daß mit seinem baldigen Zusammenbruch nicht zu rechnen ist. Im Widerspruch zur Verelendungstheorie hat die Sozialdemokratie bereits reale Verbesserungen für die Arbeiter erkämpfen können. Und die Klassenstruktur vereinfacht sich keineswegs durch Verschwinden des Mittelstandes so weit, daß bald nur noch die überwältigende Mehrheit der einheitlichen und revolutionären Arbeiterklasse der immer kleiner werdenden Minderheit der Großbourgeoisie gegenüberstehen wird. Da diese Theorien die Annahme begründeten, daß das sozialistische Endziel bald und ohne große Schwierigkeiten auf revolutionärem Wege zu erreichen sei, stellte er mit diesen Theorien zugleich die politische Strategie der Revolution in Frage.

⁹ Die Aufsätze, die die Revisionismusdebatte auslösten, sind auch enthalten in den Sammelbänden: Eduard Bernstein: *Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus. Teil I und Teil II.* Berlin 1904. Auszüge aus diesen Aufsätzen sind abgedruckt in: Eduard Bernstein: *Texte zum Revisionismus.* Hrsg. und eingeleitet von Horst Heimann. 2. Aufl. Bonn 1990.

Nicht Bernstein selbst, sondern seine orthodox-marxistischen Gegner bezeichneten und verurteilten seine kritische Überprüfung des Marxismus als Revisionismus. So entstand ein Grundbegriff der sozialistischen Theorieebatten als ein »fluchwürdiges Verdammungswort«¹⁰. Mit den »fluchwürdigen Verdammungswörtern« Revision, Revisionismus und Revisionist wurden bis in die jüngste Vergangenheit Abweichler von der einzig wahren und ewig gültigen Theorie als Renegaten und Verräter der Arbeiterbewegung gebrandmarkt, unter Stalin auch ermordet und in den Gulag geschickt.

Da revidieren – lat. *revidere* – bedeutet, wieder hinsehen, noch einmal durchsehen, kritisch auf Fehler überprüfen, vermochte Bernstein in diesem intellektuellen Verfahren kein verdammenswertes und fluchwürdiges Verhalten zu sehen, so daß er selbst den Begriff Revisionismus zur positiven Kennzeichnung seines neuen Theorieansatzes akzeptierte.

Auch wohlwollende Kritiker haben gegen Bernstein den Einwand vorgebracht, er sei eigentlich kein Theoretiker, da er nur die Theorie des Marxismus verworfen habe, ohne ihr eine eigene theoretische Alternative gegenüberzustellen. Diesen Einwand hat Thomas Meyer widerlegt, als er in der ersten Gesamtdarstellung der theoretischen Leistung Bernsteins materialreich und überzeugend den Revisionismus als eigenständiges theoretisches Paradigma rekonstruierte.¹¹

Der Begriff Revisionismus bezieht sich auf die sozialistische Theorie, in der Bernstein eine unentbehrliche Voraussetzung für sozialistische Politik sieht. Aber da diese Theorie keine ewigen Wahrheiten enthält, muß sie ständig überprüft und revidiert werden, um zu erfolgreicher Praxis anleiten zu können. Da Bernsteins Revisionismus die Prämissen der Revolutionstheorie verwarf, folgt daraus sein Reformismus. Es ist daher begründet, von einem revisionistisch-reformistischen Paradigma des Sozialismus oder von Bernsteins revisionistisch-reformistischem Sozialismus zu sprechen.

Nicht aus Abneigung gegen Revolutionen, sondern weil die reale gesellschaftliche Entwicklung es unmöglich macht, in kurzer Zeit in einem revolutionären Akt eine qualitativ neue und bessere Gesellschaft herbeizuzaubern, plädiert Bernstein für eine systemverändernde Reformstrategie. Den Zielen des Sozialismus können wir nur langfristig und schrittweise näherkommen, ohne jemals einen paradiesischen Endzustand zu erreichen. Und der Weg zur Annäherung an diese viel bescheideneren Ziele wird weit schwieriger und anstrengender sein als der revolutionäre Sprung in den Sozialismus.

¹⁰ Richard Friedenthal: *Karl Marx – Sein Leben und seine Zeit*. München 1981, S. 618.

¹¹ Thomas Meyer: *Bernsteins konstruktiver Sozialismus*. Bonn 1977.

Zum revisionistisch-reformistischen Paradigma gehört auch die Verwerfung der Grundannahme des Wissenschaftlichen Sozialismus, nämlich der Glaube: Marx habe wissenschaftlich bewiesen, daß die gesellschaftliche Entwicklung gesetzmäßig und unausweichlich zum Sozialismus führe, der unabhängig vom subjektiven Bewußtsein und Willen der Menschen das objektive und nicht zu verfehrende Ziel der Geschichte sei. Vor allem in dem Vortrag »Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?«, den Bernstein kurz nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1901 in Berlin hielt, hat er seine Gegenposition begründet: Es ist nicht nur unmöglich, die naturnotwendige Entwicklung zum Sozialismus wissenschaftlich zu beweisen, es ist für die sozialistische Bewegung auch gar nicht nötig, sondern unnütz, einen solchen Beweis führen zu wollen. Denn da die Geschichte offen ist und kein vorbestimmtes objektives Ziel hat, ist das sozialistische Ziel »nicht ein bloß von der Theorie vorherbezeichneter Akt, dessen Eintreten mehr oder minder fatalistisch erwartet wird, sondern es ist in hohem Grade ein gewolltes Ziel, für dessen Verwirklichung gekämpft wird.«¹²

Da für Bernstein »das, was man gemeinhin unter ›Endziel des Sozialismus‹ versteht«, nichts ist, die Bewegung aber – also der Weg – alles, besteht für ihn keine strikte Trennung mehr zwischen Weg und Ziel.¹³ Denn der Weg bedeutet bereits eine Verwirklichung von Teilen des sozialistischen Zieles, so daß Reformpolitik »stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus« sein muß.¹⁴ Das hält Rosa Luxemburg für unmöglich, da durch Reformen die Wand zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft »nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester, starrer gemacht [wird]. Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution.«¹⁵

Obwohl alle Programme der SPD, auch das marxistische Erfurter Programm, eindeutige Bekenntnisse zur politischen Demokratie enthalten, hat vor allem Bernstein das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus im Sinne des modernen Demokratischen Sozialismus theoretisch fundiert begründet.¹⁶ Kerngedanke ist die Formulierung: »Die Demokra-

12 Eduard Bernstein: *Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?* In: *Ein revisionistisches Sozialismusbild – Drei Vorträge*. Hrsg. und eingeleitet von Helmut Hirsch. Hannover 1966, S. 21f.

13 Eduard Bernstein: *Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus. Teil II*. Berlin 1904, S. 95.

14 *Ebenda*. S. 80f.

15 Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution?* In: *Politische Schriften I*. Hrsg. von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt am Main 1966, S. 81.

16 Siehe dazu Eduard Bernstein: *Texte zum Revisionismus*. Bonn 1990, vor allem die Abschnitte: *Sozialismus – Demokratie – Liberalismus; Reform und Staat; Parlamentarismus und Doppelstrategie*.

tie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel zur Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.«¹⁷

Der Demokratische Sozialismus im Sinne Bernsteins schließt nicht nur alle demokratischen, sondern auch alle liberalen Grundwerte und Ideen mit ein. Er ist also keine Gegenposition zum geistig-politischen Liberalismus, sondern »nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe.«¹⁸ Da die Freiheit für alle aber nur durch Organisation möglich ist, kann man »den Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen.«¹⁹ Wenn dennoch zwischen liberalen Parteien und der Sozialdemokratie Gegnerschaft besteht, dann deshalb, weil »die Parteien, die sich den Namen liberal zulegten, [...] im Verlauf reine Schutzgarden des Kapitalismus [waren oder wurden].«²⁰

Der revolutionäre Geschichtsoptimismus, der in Zeiten der Unterdrückung und Ohnmacht ermutigend und mobilisierend wirkte, hat später die politische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der stärker gewordenen SPD eher beeinträchtigt. Praktische Tagespolitik konnte nur dazu dienen, die »kurze« Wartezeit bis zur Revolution zu überbrücken. Im Reformismus dagegen erhält »die sozialistische Gegenwartsarbeit [...] einen erhöhten Wert.«²¹ Denn als systemverändernde Reformstrategie hat sie die Aufgabe, konkrete Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen, um die Gesellschaft schrittweise in Richtung Sozialismus zu verändern.

Die Geschichte enttäuscht die großen revolutionären und die bescheidenen reformistischen Hoffnungen

Das beginnende 20. Jahrhundert, in der Sozialdemokratie durch die heftige Revisionismus- und Reformismusdebatte geprägt, erfüllte weder die überschwenglichen revolutionären noch die bescheidenen reformistischen Hoffnungen. Wirklichkeit wurde nicht, was Revolutionäre und Reformisten erwarteten, sondern was die konservativ-reaktionären Machteliten in Politik, Wirtschaft und Kultur geplant und gewollt haben: der massenmörderische Weltkrieg.

Nachdem die SPD im August 1914 zunächst geschlossen den Kriegskrediten zugestimmt hatte, erkannte Bernstein bald, wie andere auch,

17 Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1973, S. 178.

18 *Ebenda*. S. 184.

19 *Ebenda*. S. 188.

20 *Ebenda*. S. 184.

21 Eduard Bernstein: *Der Revisionismus in der Sozialdemokratie*. In: *Ein revisionistisches Sozialismusbild*. Hannover 1966, S. 38.

daß das Deutsche Reich keinen Verteidigungskrieg führt, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg. Vom Gegner der Kriegskredite wurde er 1917 zum Mitbegründer der USPD, in der sich auch die Theoretiker der SPD vereinten, die, wie Kautsky und Luxemburg, in der Revisionismusdebatte heftig mit Bernstein gestritten hatten.

Als nach dem Ende des Krieges der Anlaß für die Spaltung entfallen war, setzte sich Bernstein für die Vereinigung von MSPD und USPD ein, damit die Arbeiterbewegung die Chancen der demokratischen Republik wirksamer nutzen konnte. Wegen der Radikalisierung der USPD, deren Mehrheit im Oktober 1920 Lenins 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern annahm, entschied sich Bernstein für die SPD. Die sich nach Kriegsende anbahnende neue und tiefere Spaltung zwischen SPD und KPD, die sich als Tragödie wiederholte, war keine Trennung zwischen Revisionisten und Marxisten, sondern zwischen demokratischen Sozialisten und Anhängern der leninistischen Diktatur des Proletariats. Das bedeutet aber, daß in der SPD selbst der orthodox-marxistische und der revisionistische Sozialismus weiter neben- und gegeneinander wirkten.

Der lange Weg nach Godesberg

Das Godesberger Programm, das erst 1959 den langen Streit zugunsten des Revisionismus und Reformismus entschied, hatte schon 1921 einen wichtigen Vorläufer, nämlich »das eindeutig revisionistische Görlitzer Programm, das vorwiegend von Bernstein ausgearbeitet worden war«. ²² In diesem im September 1921 auf dem Parteitag in Görlitz verabschiedeten Programm sieht Erika König den Beweis für die zentrale These der SED-Geschichtsschreibung, »daß die SPD-Führung in der Weimarer Zeit keine Fehlpolitik betrieben, sondern Verrat geübt hat.« ²³ Dagegen beurteilen sozialdemokratische Historiker das Görlitzer Programm gerade wegen seines Revisionismus positiv. Heinrich August Winkler sieht in dem »bewußt reformistischen Parteiprogramm« einen »Erfolg der Revisionisten« und den »mutigsten Revisionsversuch der Weimarer Sozialdemokratie«. ²⁴

Neben dem eindeutigen Bekenntnis zur Reformstrategie auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie definiert sich die SPD nicht mehr als

²² Erika König: *Vom Revisionismus zum Demokratischen Sozialismus*. Berlin (Ost) 1964, S. 128.

²³ *Ebenda*. S. 8.

²⁴ Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. Berlin, Bonn. 2. Aufl. 1985, S. 15, 477, 450.

Klassenpartei, sondern als »Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land«, also als Volkspartei.²⁵ Doch Görlitz war nur »ein früher Sieg des Revisionismus«²⁶. Denn das 1925 verabschiedete und bis 1959 gültige Heidelberger Programm ist teilweise hinter den in Görlitz erreichten Stand der Revision zurückgefallen. Wenn die SPD in der Weimarer Republik die Chancen der Demokratie für Reformen in Richtung Sozialismus nicht optimal genutzt hat, dann lag eine Ursache dafür nicht im zu großen, sondern im zu geringen Einfluß des revisionistisch-reformistischen Sozialismus Bernsteins.

Wie bereits am Anfang des Jahrhunderts zerstörte aber auch hier die reale Geschichte, diesmal mit dem Sieg der Nazi-Barbarei, sowohl die Hoffnungen auf eine »stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus« als auch auf den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus in der Weltwirtschaftskrise.

Auch nach 1945 blieb in der SPD zunächst der Zwiespalt zwischen marxistischem und reformistischem Sozialismus erhalten. Nicht zuletzt anhaltende Wahlniederlagen der SPD auf Bundesebene beschleunigten die intensiven programmatischen Debatten, die 1959 zum Godesberger Programm führten, das Carlo Schmid wie folgt einschätzte: »Bernstein hat auf der ganzen Linie gesiegt.«

Anliegen der Godesberger Erneuerung war es nicht, opportunistisch den Sozialismus als Ballast über Bord zu werfen. Es ging im Gegenteil darum, die seit Marx veränderte Welt neu zu interpretieren, um sie verändern zu können, um am Ziel des Sozialismus, nicht als Endziel, sondern als ständige Aufgabe festhalten zu können. Zu diesem Zweck war vor allem die konsequente Revision jenes marxistischen Konzeptes notwendig, das Sozialismus als Sozialisierung plus Planwirtschaft definiert.

Dieses Konzept hat nicht nur die Gestaltungsfähigkeit der Sozialisten im Westen lange Zeit eingeschränkt. Als theoretisches Fundament des Wirtschaftssystems im real existierenden Sozialismus wurde es, neben der Parteidiktatur, zur Ursache für seinen Untergang, der sich marxistisch erklären läßt: Dort wurden nach erfolgreicher ursprünglicher Akkumulation die Produktionsverhältnisse zu Fesseln für die Produktivkräfte, so daß dieses Wirtschaftssystem im Wettbewerb mit den entfesselten Produktivkräften des Kapitalismus unterliegen mußte.

25 Siehe hierzu 1921–1991: 70 Jahre »Görlitzer Programm« der SPD. Von der Klassenpartei zur Partei des Volkes. Symposium in Görlitz am 21. September 1991. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Beiträgen u. a. von Björn Engholm und Horst Heimann.

26 Heinrich Potthoff. In: Vorwärts (1971)9 (September).

Das Godesberger Programm sieht zwar in der uneingeschränkten privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel eine Gefahr für Demokratie und Freiheit, akzeptiert aber die Vollsozialisierung nicht als Patentrezept für eine neue Wirtschaftsordnung des Demokratischen Sozialismus. Die Demokratisierung der Wirtschaft soll vielmehr durch paritätische Mitbestimmung wie auch eine gemischte Eigentumsordnung angestrebt werden: Neben dem Privateigentum soll staatliches, genossenschaftliches und kommunales Eigentum Machtkonzentrationen verhindern. Im Gegensatz zur Planwirtschaft wird die Marktwirtschaft als Instrument für Wachstum und ökonomische Effizienz anerkannt. Nach der Godesberger Formel »Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig« sollen Unzulänglichkeiten der Marktwirtschaft durch keynesianische Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik kompensiert werden.

Dieses Konzept stand nicht in einem antagonistischen Gegensatz zu der sich in Westeuropa nach 1945 entwickelnden sozialen Marktwirtschaft. Obwohl die SPD erstmals 1966 an einer Bundesregierung beteiligt war und erst 1969 den Bundeskanzler stellte, und obwohl auch in den anderen westeuropäischen Ländern die Sozialisten oft in der Opposition waren, gab es doch – und das klingt paradox – nach 1945 bis Mitte der siebziger Jahre eine sozialdemokratische Hegemonie in den intellektuellen Diskursen und im politischen Bewußtsein der Menschen, und zwar unabhängig von ihren parteipolitischen Präferenzen.

Der Sieg über Nazi-Deutschland war nicht nur eine Niederlage der extremen Rechten, sondern der politischen und ideologischen Rechten überhaupt, die Hitler den Weg geebnet hatte. Die Befreiung 1945 war daher ein Sieg der Linken. Die Ideologien der Rechten waren diskreditiert und abgewertet, die Ideen und sozialen Werte der Sozialdemokratie und des Sozialliberalismus wirkten über die Grenzen linker Parteien hinweg in die gesamte Gesellschaft hinein. Mit der Godesberger Wende und der Reformpolitik in der Bundesregierung seit 1966 hat die SPD die schon bestehende linke Hegemonie noch verstärkt und politisch genutzt.

Das historische Ergebnis dieser sozialdemokratischen Hegemonie war der Ausbau des westeuropäischen Sozialstaats zu einem eigenständigen sozio-ökonomischen System, das sich als Dritter Weg sowohl vom Sowjetsystem als auch vom amerikanischen Kapitalismus grundsätzlich unterschied.

*Die Linke nach dem Ende des Staatssozialismus – Von der sozialdemokratischen zur neoliberalen Hegemonie (Thesen)*²⁷

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war Fukuyamas These vom »Ende der Geschichte« zwar umstritten, aber überwiegend akzeptiert wurde die Auffassung, daß der liberal-demokratische Kapitalismus im Weltmaßstab gesiegt habe. Der These von einer Welt ohne Alternative widersprach der französische Autor Michel Albert: Auch nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gibt es nicht nur ein System, sondern zwei konkurrierende Gesellschaftssysteme, nämlich das neoamerikanische und das rheinische Modell des Kapitalismus. Da der rheinische Kapitalismus, der westeuropäische Sozialstaat, nicht nur im sozialen, sondern auch im ökonomischen Bereich effizienter sei, müßte man eigentlich erwarten, daß er aus dem neuen Systemwettbewerb als Sieger hervorgehen wird. Doch entgegen dieser logischen Schlußfolgerung befindet sich das unterlegene neoamerikanische Modell überall auf dem Vormarsch und das bessere rheinische Modell auf dem Rückzug.²⁸

Was 1992 noch wie eine pessimistische These klang, ist inzwischen unbestrittene Realität. Während die Rechte unter dem Banner der Modernisierung den Vormarsch des amerikanischen Systems beschleunigen möchte, will ihn die Linke eher aufhalten. Um das europäische Sozialstaatsmodell wirksam verteidigen zu können, ist zunächst nach den Ursachen für dessen gegenwärtige Schwäche zu fragen. Michel Albert nennt als eine Ursache für den Rückzug des besseren rheinischen Modells die Tatsache, daß »die grundsätzlichen Gedanken und Werte, die ihm vorangehen, weitgehend ignoriert oder bestritten werden«.²⁹ Obwohl Albert das ignorierte geistige Fundament des rheinischen Modells nicht nennt, handelt es sich dabei doch um den revisionistisch-reformistischen Sozialismus, dessen frühere Hegemonie zum Ausbau des Sozialstaats geführt hat.

Wenn dieses Paradigma des Sozialismus ignoriert oder unterdrückt wird und in den intellektuellen Diskursen keine Rolle spielt, hat das gravierende politische Folgen. Auch nach Stalins Tod wurden in Osteuropa alle innersozialistischen Reformbemühungen als Revisionismus

27 Ausführlicher in Horst Heimann: *Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1991. – *Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000*. Hrsg. von Horst Heimann. Köln 1993.

28 Michel Albert: *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt am Main, New York 1992.

29 *Ebenda*. S. 197.

und Reformismus denunziert und unterdrückt. Der Prager Frühling 1968 als letzte Chance hätte in ganz Osteuropa die rettenden Reformen in Richtung eines lebensfähigen revisionistisch-reformistischen Sozialismus auslösen können. Mit der Intervention in Prag hat die Sowjetführung nicht nur die Weichen für den Zusammenbruch des Kommunismus gestellt, sondern auch für die Einführung einer besonders ineffizienten und brutalen Form des neoamerikanischen Kapitalismus.

Michail Gorbatschows Reformversuch war aus zwei Gründen zu spät gekommen: In der langen Stagnation war zu viel Zeit verloren gegangen, so daß das System erstarrt und reformunfähig geworden war. Und inzwischen war in Westeuropa die zur Zeit des Prager Frühlings noch stärker werdende sozialdemokratische Hegemonie durch die Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie abgelöst worden. Aus diesem Grund konnten die rechten Ideologen eine Interpretation des Zusammenbruchs des Kommunismus anbieten, die von den orientierungslos gewordenen Linksinтеллектуellen übernommen wurde: Das Ende des Kommunismus ist der Endsieg des Kapitalismus im Weltmaßstab und zugleich der Beweis für das Scheitern des Sozialismus jedweder Art.

Gegen die neoliberale Interpretation vom Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus jedweder Art deutete Willy Brandt bereits im Dezember 1989 in der Wochenzeitung »DIE ZEIT« an, man könne die Entwicklung in Osteuropa auch so interpretieren, »daß Bernstein über Lenin gesiegt hat«. ³⁰ Doch da die meisten sozialistischen Intellektuellen Bernsteins revisionistisch-reformistischen Sozialismus ignorierten, bestritten oder ablehnten, konnten sie sich mit dem Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus leichter abfinden als mit einem Sieg Bernsteins über Lenin, bei dem ja noch eine Art des Sozialismus erhalten geblieben wäre.

Bis in die jüngste Vergangenheit war Bernstein von sich für revolutionär haltenden Intellektuellen als Revisionist und Antimarxist verdammt worden, weil er schon um die vorige Jahrhundertwende erklärt hatte, »daß der Sozialdemokratie ein Kant not tut, der einmal mit der überkommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch-sichtend ins Gericht geht, der mit überzeugender Schärfe bloßlegte, was von dem Werke unserer großen Vorkämpfer wert und bestimmt ist fortzuleben und was fallen muß und kann.« ³¹ Gerade auch jene Linksinтеллектуellen, die sich standhaft geweigert hatten, das vom Marxismus fallen zu lassen »was fallen muß und kann«, haben jetzt, wieder im Gegensatz zu Bern-

30 Willy Brandt. In: *DIE ZEIT* (1990)1 vom 29.12.1989.

31 Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn 1973, S. 25.

stein, auch das fallen gelassen, was »wert und bestimmt ist fortzuleben«.

Als der Sowjetkommunismus als unzulängliche Alternative und Konkurrenz zum Kapitalismus ruhmlos von der historischen Bühne abtrat, sind zugleich ohne Begründung die intellektuellen Vertreter eines Demokratischen Sozialismus aus den intellektuellen Diskursen ausgestiegen. Da der Sozialismus kein geistiger Machtfaktor mehr ist, ist das sozialstaatliche rheinische Gesellschaftsmodell auf der intellektuellen Ebene dem Vordringen des neoamerikanischen Systems wehrlos ausgeliefert.

Die politische und soziale Linke und vor allem die Wähler, die fast überall in Europa Sozialdemokraten in die Regierungen gewählt haben, wollen das europäische Modell verteidigen und weiterentwickeln. Es gibt auch eine Flut von Publikationen und Informationen über die verheerenden Folgen des entfesselten Kapitalismus, über Katastrophenszenarien, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Aber auch die schonungsloseste Kritik und der engagierte Widerstand der politischen Linken, vor allem der Gewerkschaften, können langfristig den Sieg des amerikanischen Kapitalismus nicht aufhalten, wenn nicht eine neu entstehende intellektuelle Linke der allmächtigen Ideologie des Neoliberalismus wieder ein eigenes theoretisches Paradigma entgegenstellt. Denn bei fortdauernder neoliberaler Hegemonie muß sich die politische Linke, auch in Machtpositionen, langfristig am Abbau des Sozialstaats beteiligen, so wie sich einst wegen der sozialdemokratischen Hegemonie die politische Rechte an seinem Ausbau beteiligen mußte.

Nach der Wende 1989 hatten nur wenige, wie Günter Grass, vor der intellektuellen Kapitulation der Sozialisten gewarnt. Im April 1992 schrieb er in der »Wochenpost«: »Wer heute meint, man könne auf einen der drei zerstrittenen Brüder, den Sozialismus, verzichten, sollte bedenken, daß der dann vorherrschende Kapitalismus außer Kontrolle sein wird. Jetzt schon ist vor diesem neuerlichen Ausbruch der Barbarei zu warnen.«³² Gegen intellektuelle Selbstzweifel der Linken hatte Willy Brandt schon in den siebziger Jahren zustimmend einen Satz von Olof Palme zitiert: »Wenn wir nicht mehr vom Sozialismus zu reden wagen, hat der Gegner schon halb gewonnen.«³³ Und nach dem Ende des Sowjetsystems verteidigte er Begriff und Inhalt des Sozialismus gegen

32 Günter Grass: *Mein Traum von Europa*. In: *Wochenpost*. Berlin vom 15. April 1992.

33 Willy Brandt: *Godesberg nicht verspielen. Rede zum 20. Jahrestag der Verabschiedung des »SPD-Grundsatzprogramms« am 14. November 1979*. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn 1979 (Reihe: *Theorie und Grundwerte*). – Siehe auch Iring Fetscher: *Geschichte als Auftrag. Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Bonn 1981, S. 310.

flüchtende Linksintellektuelle: »Die Ideen, die den Sozialismus ausgemacht haben, sind immer noch nicht verbraucht. Das freiheitliche Element muß neu belebt werden, und der Gedanke der Gerechtigkeit und des Füreinandereinstehens ist aktueller denn je. Wer diese Lehren als historische Altlasten über Bord werfen will, ist einfach ein Narr.«³⁴

Die heute im Überfluß vorhandene radikale Kapitalismuskritik wird unwirksam bleiben, wenn sie nicht mit der Perspektive einer »real-utopischen« humanen Alternative verbunden wird. Der dafür notwendige Entwurf eines neuen linken theoretischen Paradigmas, durch den die Linke wieder zu einem Machtfaktor in den intellektuellen Diskursen werden kann, ist nicht aus dem geistigen Nichts zu schaffen. Beim Anknüpfen an den revisionistisch-reformistischen Sozialismus Bernsteins könnten darüber hinaus auch wieder jene Elemente aus dem Werk von Marx und der marxistischen Tradition fruchtbar gemacht werden, »die wert und bestimmt sind fortzuleben.«

Das bewußte und kritische Anknüpfen an Traditionen heißt nicht, in kalte Asche blasen, sondern eine Flamme am Brennen erhalten (Jean Jaurès). Allerdings wirkt es heute tatsächlich wie Blasen in kalte Asche, weil die noch nicht erloschene Flamme des Sozialismus von jener Asche verdeckt wird, die gewendete Linksintellektuelle auf ihre Häupter gestreut haben.

Es ist ungewiß, ob die Ideen des revisionistisch-reformistischen Sozialismus eine Renaissance erleben werden. Gewiß aber ist es, daß ohne diese Renaissance der Endsieg des neoamerikanischen Kapitalismus unausweichlich ist.

34 Willy Brandt. In: *Wiener* (1990)4, S. 5.

WLADISLAW HEDELER
*NIKOLAI BUCCHARIN – STATIONEN
 EINES LEBENS*

Wie viele russische Marxisten lernte Bucharin den Materialismus in Gestalt philosophischer, am Positivismus orientierter, d. h. nicht über Plechanow vermittelter Vorstellungen kennen.

Seit dem Studium an der Moskauer Universität trug sich Bucharin mit dem Gedanken, eine systematische Kritik der theoretischen Ökonomie der modernen Bourgeoisie zu schreiben. Im Wiener Exil begann er, seine Pläne zu verwirklichen. Von 1912 bis 1914 entstanden mehrere Aufsätze zur Auseinandersetzung mit den grundlegenden Richtungen der bürgerlichen Nationalökonomie. Für die Aneignung des Marx'schen Gedankengutes, für sein »Marxismusverständnis« ist relevant, daß Bucharin eine Auseinandersetzung auf dem »Boden der reinen logischen Kritik« bevorzugte und betonte, daß eine ausschließlich soziologische oder methodologische Kritik nicht mehr genügte. Die von ihm angestrebte »systematische Kritik« schloß eine positive Darstellung der marxistischen Theorie ein.

Im Mittelpunkt der in Wien verfaßten Abhandlung gegen die österreichische Grenznutzenschule¹ stand die Kritik der Repräsentanten dieser Schule über die Verteilung im Kapitalismus und im Sozialismus. Bei der Untersuchung ökonomischer Prozesse ging er noch nicht über den Rahmen einer Produktionsweise hinaus, obwohl er mittels Einbeziehung des sozialen Elements den Versuch unternahm, ein »dynamisches Schema einer Produktionsweise« zu erarbeiten. Bucharin vertrat die Auffassung, daß an die Stelle einer für den Kapitalismus typischen subjektivistischen, unhistorischen und auf die Konsumtion orientierten Wissenschaft im Sozialismus eine objektive, historische und auf die Analyse der Produktionssphäre zielende Wirtschaftsgeographie treten werde. Diese, den ökonomischen Studien zugrunde liegende These über den Verlauf des Vergesellschaftungsprozesses suchte er in den folgenden Veröffentlichungen durch ein weiteres, für das Begreifen seiner philosophischen und politischen Schlußfolgerungen wichtiges Argument – die sozialen Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft – zu stützen.

Anfangs ließ er sich davon leiten, daß nur die Klassentheorie des Proletariats objektiv richtig sein kann und daß es so, strenggenommen,

¹ *Nikolai Bucharin: Politische Ökonomie des Rentners. Die Wert- und Profittheorie der österreichischen Schule. Wien, Berlin 1926, 194 S.*

bereits genügt, den bourgeoisen Charakter einer Theorie aufzudecken, um diese Theorie abzulehnen.

Bucharin ging davon aus, daß Entwicklung und Lösung von Widersprüchen Verletzung und Herstellung des Gleichgewichts bedeutet. Damit ersetzte er die Dialektik durch die Kausalbeziehung. Die Störung und Wiederherstellung des Gleichgewichts wurde von ihm nur unter dem Aspekt der Vervollkommnung der Technik untersucht. Die Frage nach der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Quelle und Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung wurde von ihm nicht gestellt. Er widmete sich nicht der Verallgemeinerung von geschichtlichen Prozessen, die den Übergang von einer Formation zur anderen charakterisieren.

Kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges wurde Bucharin von der österreichischen Polizei verhaftet und in die Schweiz ausgewiesen. Da er die Grenznutzentheorie bis an ihre Wurzel bloßgelegt zu haben glaubte, brach er die Arbeit am Manuskript der »Politischen Ökonomie des Rentners« ab und wandte sich – als einer der ersten russischen Sozialisten – einer neuen Problemstellung zu: dem Studium des Imperialismus. Die Schwerpunkte seiner Forschung standen auch im Mittelpunkt seines Briefwechsels mit Lenin. Typisch für Bucharins Arbeiten dieser Zeit war eine abstrakte und oft schematische, vom höchsten Entwicklungsstand der Gesellschaft her entwickelte Betrachtungsweise. Lenin sah Bucharins Stärke als Theoretiker gerade in dessen Fähigkeit, Kausalbeziehungen zu analysieren. Er polemisierte jedoch ständig gegen das Auseinanderreißen von Logischem und Historischem, forderte eine differenzierte Sicht auf das Verhältnis von Allgemeinem, Einzellnem und Besonderem. Die Kontroversen über die wissenschaftlich exakte Darstellung des Vergesellschaftungsprozesses und der Unterschiede zwischen Sprengung des bürgerlichen Staates und Absterben des Staates im Sozialismus zwischen Bucharin und Lenin spitzten sich immer mehr zu.

Zum Verhältnis von Theorie und Politik

Bucharins, für die Zeitschrift »Kommunist« verfaßter Beitrag »Zur Theorie des imperialistischen Staates«² veranlaßte Lenin, die darin enthaltenen Grundaussagen als »imperialistischen Ökonomismus« und »halbanarchistisch« zurückzuweisen. Lenins Kritik zielte auf die von Bucharin entwickelte These von der extremen Zuspitzung der Wider-

² Dieser Beitrag von Nikolai Bucharin erschien unter dem Titel: *Der imperialistischen Raubstaat*. In: *Jugend-Internationale*. Zürich 1(1916)12, S. 7–9.

sprüche des Imperialismus und seinem schlagartigen Untergang. Bucharins Interpretation des Artikels »Von der Autorität« von Friedrich Engels³ entsprach nicht der Intention des Marxismus, bedeutete die Revision marxistischer Auffassungen über den Zusammenhang ökonomischer und staats-theoretischer Fragen. Alle Sozialisten sind darin einig, hob Lenin hervor, »daß der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; das heißt, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen.«⁴ Bucharin, schrieb Lenin, zitiert nur diese Stelle aus Engels' Artikel und läßt das weitere weg: »Die Antiautoritären aber fordern, daß der politische Staat mit einem Schlage abgeschafft werde, noch früher als die sozialen Verhältnisse abgeschafft sind, die ihn erzeugt haben.«⁵ Gleichzeitig forderte Lenin von dem »ernsthaft arbeitenden Ökonomen« Bucharin, die wissenschaftliche Analyse der sozialökonomischen Struktur des Imperialismus wieder aufzunehmen. Es reichte nicht mehr aus, die These von der Unvermeidlichkeit des Sozialismus zu vertreten, sondern von der Problematik des Absterbens des bürgerlichen Staates mußte die Theorie des sozialistischen Staates abgehoben werden. Sieg der sozialistischen Revolution bedeutete nicht sofortige Abschaffung der Staatsmaschine.

Lenin war überzeugt, daß Bucharin, im Ergebnis der Imperialismusstudien zu den richtigen Erkenntnissen auch im Hinblick auf den revolutionären Geist des Marxismus gelangen wird. Daher würdigte er Bucharins Versuch einer ersten wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus, wies auf die Aktualität und Bedeutung dieser Thematik hin. Angeregt durch Bucharin begann Lenin im Januar 1916 mit der Arbeit an einer Broschüre über den Imperialismus. Lenin knüpfte in seiner Arbeit unter anderem an Bucharins Äußerungen über den Zentralisationsprozeß des Kapitals an. Gleichzeitig kritisierte er Bucharins Neigung, die Zentralisierungstendenzen zu verabsolutieren. Im Unterschied zu Bucharin, der eine schematische Polarisierung der Klassenkräfte zu begründen suchte, unterstrich Lenin: »Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern – die Kolonien besitzenden und die Kolonien selber –, sondern auch die verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in

3 Friedrich Engels: *Von der Autorität*. In: MEW. Bd. 18, S. 305–308.

4 W. I. Lenin: *Marxismus und Staat*. Berlin 1974, S. 85.

5 *Ebenda*.

Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind.«⁶

In Amerika eingetroffen, arbeitete Bucharin von November 1916 bis April 1917 als Redaktionssekretär in der Zeitung der russischen Emigranten »Novyj mir«, unternahm im Auftrag der Redaktion eine Vortrags- und Agitationsreise in sechs amerikanische Städte. Vor russischen Emigranten hielt er Vorträge über die Stellung der USA und Europas zum Krieg, über das Verhältnis von Anarchismus und Sozialismus, die Rolle Rußlands und die Perspektiven der russischen Revolution. Bucharins politische Ansichten und ihre theoretische Begründung stießen in der Redaktion auf Kritik. So wandte sich z. B. der Redakteur Nowomirski gegen Bucharins Schlußfolgerung, daß der Staat nicht verewigt, sondern im Ergebnis des Klassenkampfes gesprengt werden müsse. Lenin, der die Entwicklung im amerikanischen Exil mit großer Aufmerksamkeit verfolgte, reagierte sofort auf die Auseinandersetzungen in der Redaktion: »(Wir erhielten noch eine Nummer des »Novyj mir« aus New York, sie enthält eine Kritik – o weh! o weh! eine richtige – das ist ja das Malheur: ein Menschewik ist gegenüber Bucharin im Recht!)«⁷.

Als Stalin im März 1938 das Stenogramm des Moskauer Prozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzisten« für den Druck bearbeitete, strich er u. a. Bucharins Erinnerungen an ihren gemeinsamen Kampf gegen Leo Trotzki aus Bucharins »Letztem Wort«. »Der Staatliche Ankläger rechnet es mir als Schuld an«, verteidigte sich Bucharin, »daß ich als Redakteur zusammen mit Trotzki an der Zeitschrift »Novyj mir« arbeitete, daß ich einen Block mit Trotzki hatte. Ich wende mich dagegen. Ich konnte die Redaktion nicht verlassen, weil ich eine entsprechende Weisung des Zentralkomitees der Partei erhielt. In dieser Zeitschrift führte ich einen hartnäckigen Kampf gegen Trotzki, da ich der Parteigruppenorganisator der Parteigruppe war, die wir in Amerika gegründet hatten. Wir führten einen entschiedenen Kampf gegen Trotzki.«⁸

Vom »linken« Kommunisten zum Propagandisten der NÖP

Die Diskussion der ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjetmacht resümierend, schrieb Lenin, daß Bucharin die linken Sozialrevolutionäre und Anarchisten um zwei Köpfe überragt, daß er keineswegs

6 *Ebenda.*

7 *W. I. Lenin: Briefe. Bd. IV, S. 337.*

8 *»Ave, communisme. Morituri te salutant!« Nikolai Bucharins »Letztes Wort«. In: Utopie kreativ. Berlin (1998)89. S. 75.*

hoffnungslos im Sumpf der Phrasen versunken ist, sondern vielmehr bemüht ist, sich in die konkreten Schwierigkeiten des Übergangs – des qualvollen und schwierigen Übergangs – vom Kapitalismus zum Sozialismus hineinzudenken.⁹ Diesen Übergang konnten sich die Bolschewiki zunächst nur eingebunden in die Weltrevolution vorstellen. Bucharins Rede in der Sitzung der Konstituierenden Versammlung ist ein Spiegelbild der Hoffnungen und Illusionen. »In einem Augenblick, wo der Feuerschein des Revolutionsbrandes auflodert und, wenn nicht gleich heute, so doch morgen, die ganze Welt entflammen wird, erklären wir, Genossen, von dieser Tribüne aus der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod.«¹⁰

In der »Ökonomik der Transformationsperiode« formulierte Bucharin das Problem, das ihn in den Jahren der NÖP beschäftigen sollte: »Welches ist der wahrscheinliche Verlauf der weiteren Entwicklung auf dem Wege zum Kommunismus? Soweit die Schärfe der wirtschaftlichen Krise nachlassen wird und sich immer größere Mengen Menschenmaterials anhäufen werden, das imstande und fähig wäre, zu verwalten, wird man auch den scharf ausgesprochenen militärischen Typus der Verwaltung nicht mehr brauchen. Bei all seinen absoluten Vorzügen hat er auch gewisse große Nachteile, die sich aus dem Typus der Zwangsdizziplin ergeben. [...] Hat er jedoch seine Bestimmung einmal erfüllt, wird er von einer neuen Phase des »entfalteten« Systems der Verwaltung abgelöst, die keineswegs eine einfache Wiederholung der durchgemachten Stufe, sondern eine Synthese der zwei vorhergegangenen Stufen darstellt. Dann wird, um mit Hegel zu sprechen, die erste Phase die These, die zweite die Antithese und die dritte ihre Vereinigung zu einer höheren Einheit sein. Die Entwicklung wird dabei natürlich nicht stehen bleiben.«¹¹

Als Stalin 1928/29 im Rahmen der Debatten über den ersten Fünfjahresplan gegen die »Rechten« zu Felde zog, ihnen kapitulantenhaftes Verhalten vor dem Kapitalismus, Inkonsequenz und Nachgiebigkeit gegenüber den Kulaken vorwarf, tat er es unter Berufung auf Lenin. Lenin hatte auf dem Höhepunkt des Kriegskommunismus Bucharins »Ökono-

9 W. I. Lenin: *Über »linke« Kinderei und Kleinbürgerlichkeit*. In: *Werke*. Bd. 27, S. 335.

10 *Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung*. In: *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1997. S. 412.

11 *Nikolai Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode. Mit Randbemerkungen von Lenin*. Hrsg. von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa. Berlin 1990. S. 194f.

mik der Transformationsperiode« gelesen und mit Randbemerkungen versehen. Zu den vorzüglichsten Kapiteln des Buches zählte er das über den »außerökonomischen Zwang gegenüber der Bauernschaft«¹². Stalin erinnerte »den Kapitulant« Bucharin Ende der 20er Jahre ausgerechnet an Lenins Würdigung des außerökonomischen Zwanges, als er die Anwendung des Strafgesetzbuches gegen die Bauern durchsetzte, und Bucharin, einen seiner vehementesten Kritiker, in den Augen der Parteimitglieder als »Antileninisten« diskreditieren mußte, um dessen Image als »Liebling der Partei« zu zerstören.¹³

Meuterei auf den Knien?

Am 15. November 1933 stimmte die Moskauer Kommission der Bitte der Parteiorganisation des Sektors für Wissenschaft und Forschung sowie Propaganda der Technik beim Volkskommissariat für Schwerindustrie zu, Bucharin überprüfen zu dürfen. Nikolai Bucharin gab vor dieser Kommission, befragt nach seiner Einstellung zur Generallinie der KPdSU(B) und seinem Verhältnis gegenüber der Parteiführung, folgende Erklärung ab: Die Ausarbeitung einer Generallinie und die operative Durchführung der Zerschlagung der Opposition, die Mobilisierung der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse, die richtige Linie in der Komintern und der glänzende Kurs in der Außenpolitik – das alles ist in erster Linie ein Verdienst des Genossen Stalin und unserer Führung, die sich in einem Zweifrontenkrieg formiert hat. »Ich muß sagen, daß Gen. Stalin als der geistige Feldmarschall der revolutionären Kräfte in unserem Lande angesehen werden kann.«¹⁴ Diese Ausführungen Bucharins erschienen den mit seiner Überprüfung beauftragten Genossen so wichtig, daß sie letztere wörtlich in ihren Bericht vom 13. Dezember 1933 über die Durchführung der Parteisäuberung aufnahmen. Kopien des Dokumentes mit dem Beschluß der Parteileitung, Bucharin als überprüft zu betrachten, gingen an den Sekretär des ZK der KPdSU(B) Stalin, den Sekretär des ZK und des Moskauer Komitees der KPdSU(B) Lasar Kaganowitsch, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Wjatscheslaw Molotow und den Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B), Janis Rudzutak. Aber stehen die hier zitierten Sätze nicht im Widerspruch zu der von Bucharin 1929 getroffenen Aussage? Ist Bu-

12 Siehe ebenda. S. 217–234.

13 Siehe Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs. Berlin 1991.

14 *Postanovlenie komissii po èistke jaèeki NIIS i Techprop NKTP – o. t. Bucharine. In: Voprosy istorii KPSS. Moskau (1991)3. S. 59.*

charin zu Kreuze gekrochen, hat er in den dreißiger Jahren seine Prinzipien preisgegeben, und wieder einmal – wie schon oft zuvor in seinem Leben – eine jähe Wendung vollzogen? Bucharin habe es immer nur bis zur Meuterei auf den Knien gebracht, lautet ein nicht nur von Zeitgenossen erhobener Vorwurf. Eigentlich sei Bucharin ein prinzipienloser Intellektueller, schrieben Georg Lukács und Günter Reimann, über ihn.¹⁵

Gefangener des Parteiapparats

Die für die Reinigung gesetzte Frist lief am 20. November 1933 ab. Bucharin blieb wenig Zeit für die Vorbereitung. Bis zuletzt hatte er gehofft, daß die Entscheidung anders ausfallen, oder wenigstens bis zu Stalins Rückkehr nach Moskau aufgeschoben würde. Seine Mitarbeiter mußten sich vor und nach der Reinigung – den Spielregeln im Apparat folgend – ihm gegenüber kritisch verhalten, um so ihre »revolutionäre Wachsamkeit« unter Beweis zu stellen. Das erschwerte die Arbeit und säte Mißtrauen. Wozu das alles, fragte Bucharin. Wenn er auf dem nächsten Parteitag nicht mehr als ZK-Mitglied kandidieren soll, könne man sich das Theater sparen. Kaganowitsch bestand mit Nachdruck auf der Überprüfung. Stalin, den Bucharin während der Revolutionsfeierlichkeiten kurz sprechen konnte, hüllte sich jedoch weiter in Schweigen. Dafür, daß die Entscheidung gefallen war, sprachen auch andere Indizien. »Jetzt warten alle ab, wie die Überprüfung ausgehen wird«¹⁶, schrieb Bucharin seinem Vorgesetzten Grigori Ordshonikidse. Die Redaktionen dreier Zeitungen zögerten die Veröffentlichung eingereicherter Artikel hinaus, lange geplante Vorträge und Rundfunksendungen wurden plötzlich gestrichen oder ausgesetzt. »Genossen erinnern mich plötzlich an 5–6 Jahre zurückliegende Ereignisse«¹⁷, notierte der verunsicherte Bucharin und empfand die Situation als unerträglich. Die von ihm im Volkskommissariat, in der Akademie der Wissenschaften und in verschiedenen Redaktionen geleistete Arbeit schien niemanden mehr zu interessieren.

Die Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigungen, später kamen Denunziationen hinzu, die jede Säuberung begleiteten, ist bei der Interpretation von Bucharins Stellungnahmen vor der Kommission mit

15 Siehe Interview mit Georg Lukács (Sommer 1965). Zit. bei A. G. Löwy: *Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Leben und Werk Nikolai Bucharins*. Wien 1990, S. 109. – Vortrag von Günter Reimann im Berliner Verein Helle Panke e. V. am 14. November 1994.

16 Nikolai Bucharin an Ordshonikidse aus dem Jahre 1933. In: *Pisma Bucharina*. In: *Voprosy istorii KPSS*. Moskau (1988)11, S. 46–49.

17 Ebenda.

zu denken. Ein ausführlicher Kommentar der Sicht Bucharins auf die Entwicklung und Niederlage der organisierten Opposition in der KPdSU(B) in den dreißiger Jahren muß Bucharins Auffassung zu den von der Gruppe um Martemjan Rjutin vorgelegten Dokumenten und Bucharins Reaktionen auf die Aktivitäten der sogenannten Bucharinschule einschließen. Zur »Bucharinschule« gehörten der Ökonom und Mitarbeiter der Plankommission A. Ajchenwald, Sohn des Literaturkritikers Juri Ajchenwald, der Historiker Walentin Astrow, Bucharins Sekretär Efim Zeitlin, der Ökonom und Mitarbeiter der Plankommission E. Goldenberg, Iwan Krawal, der Wirtschaftshistoriker Dmitri Marezki, Pjotr Petrowski, Sohn des ukrainischen Kommunisten Grigori Petrowski, D. P. Rosit, der Historiker Alexander Slepko, Alexei Stezki, A. Sajzew und der Philosoph Jan Sten, der Stalin 1925 Nachhilfeunterricht in Philosophie erteilte und als Dank hierfür auf direkte Weisung des Generalsekretärs 1937 im Lefortowo-Gefängnis erschossen wurde. Alle waren Mitarbeiter in den von Bucharin geleiteten Zeitungen, Zeitschriften und Verlagen und galten als versierte Hochschullehrer. Den Aufstieg in das ZK schafften nur zwei von ihnen: Stezki und Rosit.

Auffällig ist, daß Bucharin in seinen vor der Kommission vorgetragenen Stellungnahmen – er wurde zwei Tage lang überprüft – von Anfang an die Argumentation und die Denkmuster seiner Opponenten aufgriff. So sei es unmöglich, – mit dieser Feststellung begann Bucharin seinen ersten Bericht – die fachliche Arbeit von der politischen zu trennen, beide losgelöst voneinander zu behandeln. Wenn alles in den Rang von Parteiarbeit erhoben wird, ist es unmöglich, der Forderung Folge zu leisten, die theoretische und die politische Seite der eigenen Arbeit gesondert zu betrachten. Daß die »Sprengung« dieser Einheit – in Gestalt der Verschmelzung von Staat und Partei – Voraussetzung des Demokratisierungsprozesses ist, hatte Bucharin Ende der zwanziger Jahre formuliert. Die Debatte auf dem Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1937 zeigt, wie weit die Parteiführung von einer Anerkennung dieser Forderung entfernt war.

Die Generallinie und ihre Kritiker

Vor der Kommission sprach Bucharin diesen Gegenstand nicht an. Nachdem er als Rechtsabweichler bestraft worden sei, habe er immer im Sinne der Generallinie gehandelt. Damit wähnte sich Bucharin im Vorteil. Die Kommission müßte nun – wenn sie es darauf anlegte, den »demokratischen« Spielregeln der Säuberung folgend – das Gegenteil beweisen. Bucharin zählte penibel alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe auf. Er ließ mit Absicht keinen einzigen aus. Auf diese Weise präsentierte er

ein Kontrastprogramm zu seiner jüngsten Tätigkeit. Mehr noch, er pries die der Kritik an den »rechten Abweichlern« zugrunde liegende Logik. Aber mit keinem Wort erwähnte er, daß damit seine eigenen Gedanken widerlegt waren. Auch hier dachte er, einen Ausweg gefunden zu haben: Wer den Kulaken verteidigt, ist sein Genosse nicht. Deshalb distanzierte sich Bucharin auch von Martemjan Rjutins und Nikolai Uglanows »konspirativen Methoden«, er und Alexej Rykow haben ihre Auffassungen stets öffentlich dargelegt. Der Hinweis auf eine im kleineren Kreis ausgearbeitete und diskutierte Plattform genügte damals bereits, um in der KPdSU(B) als organisierte Opposition diskreditiert und kriminalisiert werden zu können. Bucharin wollte sogar noch im Abschiedsbrief an Stalin auch den letzten Zweifel an seiner Loyalität ausräumen.

Jetzt ist eine neue Etappe angebrochen, hob Bucharin hervor. Aus den alten Kämpfen gegen die Kulaken ist die Partei als Sieger hervorgegangen. Eine neue Etappe des sozialistischen Aufbaus ist gleichbedeutend mit neuen Herausforderungen. »Wir sind dabei, uns aus einem Agrarland in ein modernes Industrieland zu verwandeln.«¹⁸ Bucharin hat diese Transformation auf seine Weise interpretiert und Elemente seiner »alten« Theorie in das Konzept der Neo-NÖP eingefügt. Von 1925 an hatte er das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion, Markt- und Planwirtschaft, sowie die Bedingungen für eine proportionale Entwicklung in Stadt und Land untersucht. Auf dem 15. Parteitag der KPdSU(B) fand seine Konzeption, die den Beschlüssen der 14. Parteikonferenz folgend, auf die Überwindung der letzten Reste des Kriegskommunismus auf dem Lande zielte, die Zustimmung der Mehrheit der Delegierten. Die Verwirklichung der Beschlüsse des 14. Parteitages führte zur Stabilisierung des angeschlagenen Bündnisses mit den Mittelbauern, und bereitete so gewissermaßen den Schlag gegen die Kulaken vor. Die Produktionsgenossenschaften sollten in diesen Auseinandersetzungen die kapitalistischen Zwischenhändler verdrängen und zur Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft bei Durchsetzung des Planprinzips beitragen.

Im Rechenschaftsbericht an den 14. Parteitag bezeichnete Stalin dieses Bündnis als »die theoretische Grundlage für die Politik der Partei«. Am Vorabend des 15. Parteitages hatte der Generalsekretär vor einer übereilten Kollektivierung gewarnt. Die sozialistische Industrialisierung

¹⁸ Nikolai Bucharin: *Die internationale Bourgeoisie und Karl Kautsky, ihr Apostel. Acht Folgen.* In: *Internationale Pressekorrespondenz, 1.8.1925–26.9.1925.* – Nikolai Bucharin: *Karl Kautsky und Sowjetrußland. Eine Antwort.* Hamburg 1925.

dürfe nicht auf Kosten des Dorfes durchgesetzt werden. Während Stalin auf dem 15. Parteitag das Entwicklungstempo der Landwirtschaft als nicht hinlänglich zufriedenstellend bezeichnete, warnte Bucharin vor übertriebenen Maßnahmen. Im April 1928 sah er diese politische Linie immer noch gewahrt und kritisierte nur konjunkturelle Fehler in der Wirtschaftspolitik. In den Ende 1928 geschriebenen »Bemerkungen eines Ökonomen« spitzte er seine Kritik jedoch schon zu: »In der letzten Zeit ist es Mode geworden, sich über die Politik der Reserven auszuschweigen. Kann man unter diesen Verhältnissen ohne Reserven wirtschaften? Eine Politik, die ständig ohne Reserven arbeitet, würde nach Abenteuerium riechen. [...] Wir haben gegenwärtig keinen Grund zur Revision der Beschlüsse des 14. und 15. Parteitages über die Reserven.«¹⁹

Stalin war anderer Meinung und verfolgte einen anderen Plan, mit dessen Umsetzung er ebenfalls Ende 1928 während seiner Reise nach Sibirien begann. Nicht Revolution, sondern Bürgerkrieg in Permanenz lautete seine Parole. Im Bericht über die »Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes« vor dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) am 7. Januar 1933 griff Stalin ein Bild auf, dessen sich einst Lenin bedient hatte: Wir müssen von einem auf das andere Pferd wechseln, nämlich vom »Bauernklepper, von dem heruntergekommenen Gaul des Mushik, dem Pferd der Sparmaßnahmen, die auf ein verarmtes Bauernland berechnet sind – auf ein Pferd, wie es das Proletariat für sich sucht und suchen muß, auf das Pferd der maschinellen Großindustrie, der Elektrifizierung, der Wolchowkraftwerke usw.«²⁰ Aber war das in Anbetracht des enormen Temporückanges im Jahre 1933, das eigentlich das letzte Jahr des Planjahrfünfts sein sollte, schließlich jedoch, nach der Erklärung über die vorfristige Planerfüllung, zum ersten Jahr des zweiten Planjahrfünfts (1933–1937) wurde, überhaupt noch möglich?

Ökonomie und Politik

Betrachtet man Bucharins Schrifttum, fallen die Jahre 1931 und 1934 als ausgesprochen produktive Schaffensperioden auf. Geschickt knüpfte er nicht nur in Artikeln und Reden, sondern auch vor der Kommission an das damals immer häufiger beschworene Denkmuster des »Zweifrontenkrieges« an. Als gewähltes Mitglied der Akademie der Wissenschaften

¹⁹ Nikolai Bucharin: *Bemerkungen eines Ökonomen*. In: *Internationale Pressekorrespondenz* (1928)119, S. 2340.

²⁰ J. Stalin: *Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes*. In: *J. Stalin: Werke*. Berlin 1952. Bd. 13. S. 159.

der UdSSR ging er auf die Gründe ein, die ihn zu einer Kritik am praxisfernen Akademismus bewogen. Bucharin brauchte diesen Einstieg, um gegen die Theoriefeindlichkeit der »Nachwuchskader« zu polemisieren. Die Parteilinie müsse in die Sprache der Technik übersetzt werden, forderte er. Nur dann habe sie im Kampf gegen die Phrase und den Bürokratismus Aussicht auf Erfolg.

Bucharin informierte ausführlich über seine Arbeit an der Akademie und im Forschungsinstitut. Im Mittelpunkt der mit konkreten Zahlen und Statistiken unterlegten Ausführungen stand die Propagierung der Verbindung von Wissenschaft und Produktion. Ihm schwebte die Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft aus einer extensiven in eine intensiv erweiterte vor. Bucharin hatte den 10. Jahrestag der Oktoberrevolution genutzt, um auf die Erschließung neuer Bereiche der Technik (Elektrifizierung, Chemisierung, Automatisierung, Fließbandproduktion) und die Verankerung neuer Wissenschaftsdisziplinen (Genetik, Agrophysik, Geologie, Petrochemie) zu drängen. Wissenschaft und Produktion müßten in der Zukunft Hand in Hand entwickelt und vorangebracht werden. 1930 betonte er die Notwendigkeit, all das in das Massenbewußtsein zu rücken. Wissenschaft ist planbar, wandte er sich an die verantwortlichen Funktionäre und Volkskommissare, allerdings nur auf der Grundlage einer realen Produktionsplanung.

Die letzte Herausforderung: Ein neues Wirtschaftsmodell

Das von ihm vorgeschlagene Wirtschaftskonzept könne zur schnellen Überwindung der Wachstumsschwierigkeiten in der UdSSR beitragen, warb er für sein Projekt. Dem Niedergang und Verfall der kapitalistischen Weltkultur hielt Bucharin die Herausbildung eines neuen, sozialistischen Kulturstils entgegen. »Rationalismus contra Irrationalismus« lautete die in philosophischen Aufsätzen vor und nach der Verhaftung erläuterte Formel. Um diesen Kurs zu propagieren, nutzte er jede Möglichkeit.

»Bucharin hat vielleicht die beste Formulierung der Begriffe ›sozialistischer Realismus‹ und ›revolutionäre Romantik‹ gegeben, als er sagte: ›In der entstehenden sozialistischen Gesellschaft verwischt sich allmählich der Unterschied zwischen der physischen und geistigen Arbeit: ein neuer Menschentypus entsteht, bei dem Wille und Intellekt eins sind. Er erkennt die Welt, um sie zu verändern. Die Beschaulichkeit, eine einfache Schilderung des Gegebenen, ohne die Bewegungstendenzen hervorzuheben, ohne Zielrichtung auf die praktischen Veränderungen der konkreten Welt, sind für uns veraltet [...] Der sozialistische Realismus darf und muß, auf die realistische Entwicklungstendenz gestützt, ›träu-

men«.< Bucharin, bei dessen Anblick ich wegen seiner frappanten Ähnlichkeit mit Lenin fast erschrak, war für uns Ausländer ein höchst ungewöhnter Redner. Er sprach anfangs beinahe galoppierend schnell, er schien tonlos abzulesen, die hastig wechselnde Diktion der Gedanken verwirrte, langsam aber wurde man von diesem Redestrom erfaßt und folgte ihm mit größter Spannung. Gelehrt und zugleich kühn formulierte er, seine Definitionen waren lebendig und präzise.«²¹

Kulturrevolution als immanenter Bestandteil der Reform

Bucharin ging es um die Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung des neuen Menschentyps, nicht um die künstliche Beatmung des am Kriegskommunismus festhaltenden Partisanen aus dem Revolutionsmuseum. Den von Demjan Bednyj verabsolutierten und in den Rang des Revolutionärs schlechthin erhobenen Menschenschlag hat Bucharin in der »Theorie des Historischen Materialismus« (1921) als »Rohmaterial« und Ausgangspunkt seiner Bemühungen beschrieben: »Das Buch ist aus Seminardiskussionen entstanden, die der Verfasser gemeinsam mit J. P. Denike leitete. An diesen Diskussionen nahmen Genossen teil, die den Vortragszyklus der Swerdlow-Universität beendet hatten und nachher wissenschaftliche Mitarbeiter dieser Universität wurden: ein neuer Menschenschlag also, der sich mit Philosophie befaßt und nachts mit dem Gewehr in der Faust Wache steht, Menschen, die über die abstraktesten Fragen diskutieren und eine Stunde später Holz hacken, in Bibliotheken sitzen und stundenlang in den Fabriken verbringen.«²² Gewehr und Buch – beides waren für Bucharin Waffen des Proletariats. Sie mußten den Bedingungen entsprechend eingesetzt werden.

Immer häufiger mußte Bucharin den »Umweg« über die Kulturpolitik nehmen, um das generelle, für das Schicksal der Sowjetunion entscheidende Problem, anzusprechen. In dem Maße, in dem er sich zu Wort meldete, nahmen die Angriffe der Stalinisten zu. Zum Schluß blieb ihm nur das Auditorium im Ausland, um seine Gedanken vorzutragen. Im Mittelpunkt des Vortrages in Paris standen Grundfragen der modernen Kultur.

21 Oskar Maria Graf: *Reise nach Sowjetrußland 1934*. Berlin 1977. S. 56 f.

22 Nikolai Bucharin: *Theorie des Historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie*. Hamburg 1922. S. VI.

Die Möglichkeit einer Alternative zu Stalins Kurs

Ein letzter Versuch Bucharins, Stalin zu einer Kurskorrektur zu veranlassen, fiel in die Jahre 1932–1936. Bucharin äußerte sich als Wissenschaftsorganisator, als Redakteur der »SORENA« und Propagandist der Kulturrevolution. Auf jedem dieser Gebiete war Bucharin in einen nervenaufreibenden Kleinkrieg verwickelt. Seine Reden wurden entstellt publiziert, er mußte vor untergeordneten Parteiorganisationen Rechenschaft über seine Arbeit ablegen, eine im Apparat die Autorität des Einzelnen untergrabende Methode, die Projekte, die er initiierte, wurden sabotiert. Bucharins Möglichkeiten, zu agieren wurden immer geringer. Er mußte reagieren, sein Handlungsspielraum verringerte sich immer mehr. Gewaltanwendung und Terror lehnte Bucharin als Mittel politischer Steuerung ab. Er wollte die Aufmerksamkeit der Funktionäre auf andere Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung lenken.

Als sich abzeichnete, daß die Wirtschaft das hohe Tempo nicht halten konnte, erklärte Stalin den auf fünf Jahre berechneten Plan schon im vierten Jahr für erfüllt. So blieb die Statistik positiv. Die Parteilinie lautete, daß sie auch weiterhin positiv bleiben mußte, was objektiv gesehen ein Unding war. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion betrug nicht die geplanten 25,5 % sondern nur 5,5 %. Wie mit den zu Nebenwirkungen erklärten Grundfragen umgegangen wurde, zeigt Stalins Artikel »Vor Erfolgen von Schwindel befallen«²³. Als die Kurve dennoch weiter sank, setzte eine Welle von Schauprozessen ein.

Es ist der Verfasser des Gnadengesuchs an den Obersten Sowjet, der von sich sagt, in der Untersuchungshaft im Inneren Gefängnis der Lubjanka »ein neuer Mensch« geworden zu sein, und der darum bittet, diesem Menschen den Schritt ins Leben zu gestatten.²⁴ Es ist der Untersuchungshäftling, der dem Generalsekretär unmittelbar vor dessen Geburtstag in einem Brief²⁵ seine eigene Frau als Geisel anbietet und der nicht ahnt, daß diese längst verhaftet war und sich im Lager befand. Es ist nicht mehr der Autor des »Briefes an die künftige Generation führen-

23 *J. Stalin: Vor Erfolgen von Schwindel befallen. In: J. Stalin: Werke. Bd. 12. Berlin 1954, S. 168–175.*

24 *Nikolai Bucharin (Gnadengesuch). In: Mikos Kun: Bucharin – ego družja i vrugi. Moskau 1992, S. 465–466.*

25 *Ein unbekannter Brief Nikolai Bucharins an Josef Stalin vom 10. Dezember 1937. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 29(1993)1, S. 20–25.*

der Parteifunktionäre«²⁶, jenes Dokumentes, in dem die Fronten klar und Gut und Böse sauber getrennt waren. Eine Lesart des Gnadengesuchs an den Obersten Sowjet als reine Kapitulationserklärung wird Bucharin nicht gerecht. Er manövrierte bis zum Schluß und hatte damit auch einen bescheidenen Erfolg zu verbuchen: Die Untersuchungsrichter waren gezwungen, das Szenario des dritten Moskauer Prozesses mehrmals zu ändern.

Bis zum 1. Juni 1937 verweigerten Bucharin und Rykow jedes von ihnen verlangte Geständnis. Erst unter dem Eindruck des Verfahrens gegen die »Militärverschwörer um Tuchatschewski« waren Bucharin und Rykow bereit, auszusagen. Bucharin leitete das »Geständnis seiner Schuld« vor der Partei und der Arbeiterklasse mit dem Hinweis auf lange innere Kämpfe ein. Er gab zu, zusammen mit Rykow und Michail Tomski die Organisation der Rechten aufgebaut und geführt zu haben. In Zukunft wolle er über die Aufstands-, Terror- und Umsturzpläne aussagen. Bucharin legte am Tag darauf ein 34 Seiten langes theoretisches Traktat über die theoretischen Wurzeln seiner antileninistischen Anschauungen vor. Dabei beschränkte er sich auf den Zeitraum 1920 bis 1932 mit einigen wenigen Bezügen auf den 17. Parteitag und seine Auslandsreise 1936. Von 1929 an war Tomski der Inspirator und eigentliche Aktivist, der die Kontakte zur Gruppe um Rjutin und den Militärverschwörern herstellte. Tomski hatte Selbstmord begangen, er konnte Bucharins Aussagen weder bestätigen noch widerlegen. Am 20. Februar 1938 sagt Bucharin über die Zeitspanne 1917/1918 aus.

Bucharins Adressaten: die Generation künftiger führender Parteifunktionäre

Bucharin hat versucht, den Bannkreis zu durchbrechen. Selbst unter Bedingungen zunehmender Isolation hielt er – im Unterschied zu Trotzki – an der Partei neuen Typus fest. Hegemonialanspruch und führende Rolle der KPdSU(B) stellte Bucharin nie in Frage. Sein Ziel war eine von innen – aus der Avantgardepartei – heraus entwickelte und geführte, sowie innerhalb des Führungszirkels diskutierte und beschlossene Reform. Mit seinem »politischen Testament« wandte sich Bucharin an die Generation zukünftiger führender Parteifunktionäre und nicht an das Volk. Bucharin trat stets als Propagandist der von Lenin skizzierten Sozialismuskonzeption hervor. So schützte er sich vor dem Vorwurf der Fraktionsmacherei und Plattformbildung in der Partei. Eine gegen ihn

²⁶ Nikolai Bucharin: *Brief an die künftige Generation führender Parteifunktionäre*. In: »Unpersonen« – wer waren sie wirklich? Berlin 1990, S. 10–12.

vorgebrachte Kritik war immer nur als Kritik der Rechtsabweichung, nie als Kritik einer Opposition möglich. Bucharin stellte die »Generallinie« nie in Frage. Von diesem Grundmotiv ging Bucharin auch während der Gegenüberstellungen vor und während des Februar/März-Plenums des ZK der KPdSU(B) 1937, in der Untersuchungshaft im Inneren Gefängnis der Lubjanka und während des Schauprozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« nicht ab.

Das den Untersuchungsrichtern vorgelegte Traktat über die theoretischen Wurzeln seiner »antileninistischen Anschauungen«²⁷ besteht aus mehreren Teilen. Der erste Teil des Manuskripts trägt die Überschrift »Meine allgemeinen antileninistischen theoretischen Anschauungen« und weist folgende Gliederung auf: 1) Unverständnis der Dialektik und Ersetzung der Dialektik durch die sogenannte Theorie des Gleichgewichts; 2) Staatstheorie und Theorie der proletarischen Diktatur; 3) Die Theorie des Klassenkampfes unter Bedingungen der proletarischen Diktatur; 4) Die Theorie des organisierten Kapitalismus. Daran schließen sich Teil II »Die Geburt der »Bucharinschule«, Teil III »Der Übergang der Bucharinschule zur politischen Tätigkeit«. Dieser Teil enthält eine Erläuterung der politischen Plattform der Schule, die Bucharin in einem Memorandum zusammengefaßt hatte. Teil IV »Die Herausbildung der konterrevolutionären Organisation der Rechten«, Teil V »Die Versuche, mit Kamenew und Sinowjew einen Block herzustellen«, Teil VI »Der Übergang zur Taktik des Doppelzünglertums«, Teil VII »Der Übergang zur Taktik des gewaltsamen Sturzes der Führung«. Das in der Strafakte aufbewahrte Manuskript ist mit Schreibmaschine geschrieben und von Bucharin auf jeder Seite gegengezeichnet. Er habe den Kampf gegen den Trotzismus genutzt, um eine eigene Fraktion zu schaffen. Das Ziel der Verschwörer sei es gewesen, den Boden für eine zweite, neben der KPdSU(B) existierende Partei zu schaffen. Die Kader für diese zu schaffende Partei seien in einer »losen Organisation«, die aus Anhängern Bucharins, Rykows, Tomskis und Rjutins bestand, zusammengefaßt worden.

Die Geschichte dieser Organisation führte Bucharin bis auf Lenins »Testament« zurück, in dem die Rede davon war, daß Bucharin die Dialektik weder studiert noch verstanden hat. Auf dem Hintergrund dieser »zutreffenden Einschätzung« wollte Bucharin seine antileninistische und antimarxistische Theorie selbstkritisch darstellen. Die Wurzel seiner politischen Fehler und Verbrechen ist in den scholastischen

27 CA FSB RF. Archivno-sledstvennoe delo Bucharina N. I. Nr. N – 13614. T. 5. Blatt 17–50.

Auffassungen zu suchen. In diesem Zusammenhang führt Bucharin sein Fehlverhalten während des Brester Friedens und der Gewerkschaftsdiskussion an. Diese antidialektische Position zog die Rechtsabweichung nach sich. Diese und die folgende Feststellung ist im Manuskript am Rande und im Text unterstrichen. »Lenin hatte meine schematischen Vorstellungen über das Zerschlagen des bürgerlichen Staates unter Bedingungen der Diktatur des Proletariats als Sündenfall angeprangert«, führte Bucharin weiter aus. »Die falsche These von der friedlichen Evolution und dem Erlöschen des Klassenkampfes lag der Theorie der Rechten zugrunde.« Bucharins Zusammenfassung »Statt Einflußnahme durch den Staat Selbstlauf, statt Zuspitzung des Klassenkampfes, sein Erlöschen, statt Vergenossenschaftlichung Einführung des Marktes, statt Zerschlagung der Kulaken ihr friedliches Hineinwachsen und die Losung ›Bereichert Euch‹«, mündete in den Abschnitt über die Herausbildung der »Bucharinschule«. Die Namen von Slepkow, Stetzki und Sten sind im Manuskript dick unterstrichen. Das in diesem Kreis entstandene und diskutierte »Memorandum« umriß das Vorgehen nach Lenins Tod.

Wie in den Kampfverbänden der Weißen, wo nie Einigkeit herrschte, so hatte auch jeder »Stabschef in unserer Partei seine Leute«. Daher wäre es denkbar, daß in der UdSSR ähnlich wie in den USA oder Großbritannien zwei Parteien einander ablösen und miteinander konkurrieren. Die Suche nach konterrevolutionären Kadern stand im Mittelpunkt meiner Tätigkeit an den Hochschulen der UdSSR und im EKKI, wird Bucharin in den Mund gelegt. »Unsere ›lose Organisation«, wie es bei den Deutschen heißt«, war am Sturz und an der Beseitigung Stalins interessiert. Ausführlich und detailliert beschreibt Bucharin seine Begegnungen mit Kamenew. In diesem Abschnitt wiederholt er alle gegen ihn auf dem Aprilplenium des ZK der KPdSU(B) 1929 vorgebrachten Angriffe. Was »neu« hinzugekommen ist, betrifft die konterrevolutionären Absprachen mit Genrich Jagoda. 1932 war eine Zäsur, die Plattform von 1929 war veraltet, die Oppositionellen fanden keinen Rückhalt im Volk, es ging um die Orientierung auf gewaltsamen Umsturz. Bucharin folgt in diesem Abschnitt der auf dem Februarplenium 1937 von ihm ausdrücklich zurückgewiesenen Version, er sei in Urlaub gefahren, habe aber zuvor die Kernaussagen zur Kenntnis genommen. Er sei also nur mit der technischen Seite der Entstehung der Plattform nicht vertraut. Von nun an verschwindet die »Theorie« aus dem Manuskript und es geht nur noch um den gemeinsam mit den Militärverschwörern vorbereiteten Staatsstreich, die Palastrevolution. Es ist viel von Karl Radek und die über diesen vermittelten Kontakten zu Faschisten die Rede. In einem Punkt nimmt Bucharin eine Änderung

vor. Bei Busygin und Koschelew habe es sich nicht um Trotzlisten, sondern um Rechte gehandelt.

Bucharin, der in Pamphleten, Streitschriften und theoretischen Abhandlungen bestrebt war, den Gegner mit dessen eigener Logik zu widerlegen, hat eine Lösung dieses Widerspruchs in der Auseinandersetzung mit den Politbüromitgliedern gesucht. Doch in der Polemik gegen seine »Parteigenossen« konnte er diesen Trumpf nur bedingt ausspielen. Bucharin hat sich nicht zufällig in der Untersuchungshaft dem Thema der »tragischen Gestalten in der Weltgeschichte« zugewandt. Bucharins Ausführungen über die totalitäre faschistische Diktatur und den Kulturverfall korrespondieren mit Kapiteln über die Vorzüge des Sozialismus. Die »Gefängnisschriften« widerspiegeln, wie weit loyale Intellektuelle dem System beipflichten konnten, ohne ihre Prinzipien preiszugeben und zu Apologeten des Stalinismus zu werden. Bucharins Scheitern ist der Beweis, daß dieser Konflikt in der KPdSU(B) der dreißiger Jahre nur bei Strafe des Untergangs aus der Welt zu schaffen war. In seiner Verteidigungsrede kommentierte Bucharin ausführlich das »unglückliche Bewußtsein«.

Bucharin hat im Inneren Gefängnis der Lubjanka intensiv an einer Verteidigungsstrategie gearbeitet, wobei er die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen weder gänzlich verwarf, noch voll und ganz akzeptierte. In diesen, von Bucharin zur Veröffentlichung vorgesehenen Manuskripten finden sich zahlreiche Bezüge auf die Entwicklung in Deutschland. Bucharins Auseinandersetzung mit »bürgerlichen Autoren«, seine Äußerungen zu Fragen, die unter westeuropäischen und amerikanischen Intellektuellen besonders heiß debattiert wurden, ist häufig in die Polemik gegen Trotzki und den Trotzismus eingebunden. Bucharin stellte sich in »Der Sozialismus und seine Kultur«, dem ersten von drei, 1937 im Untersuchungsgefängnis verfaßten Manuskripten, nicht die Aufgabe, die bürgerliche Demokratie zu kritisieren. Er bediente sich des Typus der von ihm kritisierten Ideologie als Kontrastmittel. Im Unterschied zu den Theoretikern der Bourgeoisie, die sich in erster Linie mit dem morphologischen Problem der Gesellschaft, mit dem Problem der Form beschäftigten,²⁸ wollte Bucharin »den Inhalt jener Freiheit aufdecken, die in der UdSSR existiert«, ihre Beziehung zu vorhergehenden Perioden zeigen, ihre historische Bedeutung klären.

28 Bucharin erwähnt Max Webers »Idealtypen«, Karl Lamprechts »Theorie der »Dominante«, Max Schelers Wissenssoziologie, Oswald Spenglers Abhandlungen über die formale Einheit unterschiedlicher Seiten der Kultur und Georg Simmels Ausarbeitungen zur Frage des »Lebensstils«.

Bucharin über Stalins Politik

Oft bewegen sich die Zugeständnisse Bucharins an Stalins Politik hart an der Grenze zur Apologie. »Der Plan, daß sind wir«, sagte Stalin, und darin kommt eine wesentliche Besonderheit des Sozialismus zum Ausdruck, die für den Kapitalismus prinzipiell unerreichbar ist. Doch das bedeutet bei weitem nicht, daß sich hinter dieser Formel ungezügelter reiner Voluntarismus verbirgt.«²⁹ Auf diese Formel, ein Leitmotiv seiner Überlegungen vor und während der Haft, kommt Bucharin in »Der Sozialismus und seine Kultur« immer wieder zurück, denn ihr wichtigster Bestandteil »ist die Berücksichtigung der objektiven Momente, und dafür ist die Theorie vonnöten. Und in der Stalinschen Führung, die immer das Maß der Dinge kennt, die konkrete Situation voll ausschöpft und die Abfolge der Aufgaben festlegt, die Losungen rechtzeitig ändert, rechtzeitig die einen Aufgaben und Losungen durch andere, höhere ersetzt und nie die Entwicklungsperspektive als Ganzes aus den Augen verliert, zeigt sich gerade die meisterhafte Anwendung der marxistisch-leninistischen Dialektik.«³⁰ Bucharins Loblied auf »Stalins Weitsicht« und die Kritik am modernen liberal-sozialistischen Pazifismus, dessen Vertreter nicht in der Lage seien, den Sozialismus als eine sich entwickelnde historische Größe zu verstehen, mündete in die Forderung, die dem Vergesellschaftungsprozeß eigenen Einseitigkeiten richtig zu deuten. Bucharin bemühte sich, die Auseinandersetzung in einem sachlichen Ton zu führen, was ihm jedoch nicht immer gelang. Stalins Gefolgsleuten gleich, wies er »haltlose Äußerungen schwachsinniger bürgerlicher Ideologen« zurück oder begnügte sich mit der Feststellung der »Unsinnigkeit von Behauptungen, gewöhnlichem boshaften Geschwätz der politischen Feinde«³¹. Doch er fand immer wieder zur eigentlichen theoretischen Fragestellung zurück. »Hieraus ergibt sich notwendigerweise für bestimmte Entwicklungsphasen eine gewisse historische Einseitigkeit derselben. Doch nur im Emyreum idealistischen abstrakten Denkens schwebende Menschen oder Philister, die glauben, große historische Umbrüche könnten auf einer idyllisch-harmonischen Grundlage vor sich gehen, können hierin ein Argument gegen den Sozialismus in der UdSSR entdecken. Es wäre wirklich

29 Nikolai Bucharin: *Der Sozialismus und seine Kultur*. In: *Gefängnisschriften I*. Hrsg. von Swetlana Gurwitsch-Bucharina, Wladislaw Hedeler und Ruth Stolarowa. Berlin 1996. S. 34.

30 *Ebenda*.

31 *Ebenda*. S. 252.

lächerlich, wollte man von der Partei und der Diktatur des Proletariats in der Periode des Bürgerkriegs und der Intervention gleichzeitig die Lösung aller Aufgaben des Sozialismus ›fordern‹.³²

Der sich in diesen Zeilen spiegelnden Problematik kommt man mit dem Hinweis auf die Apologetik von auf die Macht fixierten Intellektuellen nicht näher. Bucharin gab einige von ihm immer verteidigte Positionen preis, wenn er schrieb, daß »die Aufgabe des militärischen Sieges« und die Losung »Alles für den Sieg!« seinerzeit die einzig richtigen waren. Wenn Bucharin sie mit dem historisch notwendigen »Kettenglied« verglich, wies er die Kritik einer »militärischen Einseitigkeit« als Kritik, die nur von Dummköpfen oder erklärten Feinden kommen konnte, zurück. So wurde auch Stalins auf Gewalt setzender Kurs von Bucharin im nachhinein heilig gesprochen: »Aber – mutatis mutandis – das gilt auch für die späteren Perioden oder ›Phasen‹ der Entwicklung, und zwar im doppelten Sinne: sowohl hinsichtlich der Reihenfolge der Aufgaben im Rahmen der Wirtschaftspolitik als auch hinsichtlich ihrer Reihenfolge innerhalb der Wechselbeziehungen zwischen der Gesamtheit der Wirtschaftsaufgaben und der übrigen Bereiche des sozialistischen Aufbaus.«³³

Wissenschaftsorganisation und Kulturtheorie

Bucharin nahm als Herausgeber der »SORENA« regelmäßig zu Fragen der Entwicklung von Wissenschaft und Ideologie in der Weimarer Republik Stellung. Die Wissenschaft könne alle Probleme – und sei es durch interplanetare Reisen – lösen, hob Bucharin immer wieder hervor und entwickelte in seinem Spätwerk eine spezifische Theorie des gesellschaftlichen Fortschritts. »Die jetzigen Ideologen der Bourgeoisie«, notierte Bucharin, »ziehen auf anderer sozialer Grundlage, in der Epoche des abgrundtiefen Verfalls und der Entartung des Kapitalismus, genau dieselben allgemeinen Schlußfolgerungen nur mit entgegengesetzter Bedeutung: Es hat überhaupt nie irgendwelchen Fortschritt gegeben und es wird keinen geben. Natürlich beschreiben bei weitem nicht alle Ideologien der Bourgeoisie die Gegenwart in derart düsteren Farben. Wenn man sich einer Reihe von Richtungen und Strömungen der bürgerlichen Ideologie zuwendet, so erhält man ein bunteres, aber in hohem Maße lehrreiches Bild. Die einen (jetzt nicht sehr zahlreichen) Ideologien fahren damit fort, die Lebenskraft des Kapitalismus zu preisen, ungeachtet aller ›zeitweiligen‹ Schwierigkeiten, während die anderen den Un-

32 *Ebenda.* S. 34.

33 *Ebenda.* S. 35.

tergang der gesamten alten Zivilisation vorhersagen. Die faschistischen Ideologen retten den Kapitalismus mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Kraft, wobei sie als Heuchler und Lügner gegen ihn auftreten, denn der Kapitalismus als solcher hat jede Anziehungskraft verloren (diese verlogene Phraseologie zeigt, daß der Kapitalismus derart diskreditiert ist, daß er seinen Namen ändert). Eine vierte Gruppe von Ideologen erkennt die Symptome des Verfalls und bemüht sich gleichzeitig, die Triebkräfte der Revolution, die allein und ausschließlich objektiv in der Lage ist, den wirklichen historischen Weg zu zeigen, zu diskreditieren, und benennt dabei keine anderen Kräfte, die die Welt retten könnten.«³⁴

Auf Veranstaltungen im Ausland – auf dem 2. Internationalen Kongreß zur Geschichte von Wissenschaft und Technik 1931 in London und im Vortrag vor der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1936 in Paris – hatte Bucharin die Kulturentwicklung im Kapitalismus mit der im Sozialismus verglichen. Bucharins Reden »über Wissenschaft und Politik der UdSSR« und »die Grundprobleme der modernen Kultur« waren in ihrer Diktion und Schwerpunktlegung offensichtlich derart auf das ausländische Publikum zugeschnitten, daß sie zu Bucharins Lebzeiten nicht in der UdSSR erscheinen konnten.

Was Bucharin in der Kritik am totalitären Staat jedoch nicht thematisierte, ist die Unterdrückung des Individuums. Individualität und Individualismus sind bei ihm von Anfang an negativ besetzt. »Das Gefühl unbedingter Sicherheit, die beruhigende Gewißheit des Einzelnen, daß wirklich der Staat für ihn da ist und nicht nur er für den Staat, erklärt den naiven Stolz«³⁵ der sowjetischen Menschen, hatte Feuchtwanger geschrieben. André Gide setzte hier mit seiner Kritik an und war nicht zuletzt deswegen von Bucharin in das Lager der Konterrevolutionäre eingeordnet worden. »Das Wachstum der Persönlichkeit, der Individualität, kann man auf keinen Fall mit dem Wachstum des Individualismus verwechseln, was häufig in der Literatur des Westens zu beobachten ist (u. a. ist das eine der ›theoretischen‹ Grundlagen der renegatenhaften Äußerungen von Gide.«³⁶ Millionen Werktätige – wandte Bucharin ein – sind nicht nur Objekte staatlicher Einwirkung: Sie selbst sind der Staat. Nicht ›ich‹ bin der Staat, sondern ›wir‹ sind der Staat«³⁷ hob er

34 *Ebenda.* S. 214.

35 *Lion Feuchtwanger: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde.* Berlin 1993, S. 19.

36 *Nikolai Bucharin: Der Sozialismus und seine Kultur.* In: *Gefängnischriften I.* Hrsg. von Swetlana Gurwitsch-Bucharina, Wladislaw Hedeler und Ruth Stolarowa. Berlin 1996. S. 55.

37 *Ebenda.* S. 56.

hervor. »Bei uns gedeiht demnach die Persönlichkeit im Kollektiv.«³⁸ Dabei ordnete er das eigene Schicksal der großen Sache unter. »In der Periode des materiellen Aufbaus des Sozialismus, der Überwindung tausender Schwierigkeiten, der größten Kräfteanspannung usw. ist es lächerlich, das Problem der individuellen Unsterblichkeit in den Vordergrund zu stellen, und allein schon Überlegungen zu diesem Thema sind wenig ehrenvoll«³⁹, umriß Bucharin sein Herangehen.

Sozialismus oder Barbarei

Bucharin vermied in den »Gefängnischriften«, ausführlich auf das vom Faschismus und Sozialismus proklamierte grundlegende Prinzip einer sich entwickelnden Totalität einzugehen. Seine Kritik an der Totalitarismusthese lief letzten Endes darauf hinaus, daß die vom Faschismus proklamierte Totalität genau genommen eine Pseudototalität und schon deswegen qualitativ vom Sozialismus unterschieden ist. »Der Faschismus, der nach ›Totalität‹ schreit, beseitigt diese Zerrissenheit des menschlichen gesellschaftlichen Seins, diese Zersplitterung des Menschen nicht nur nicht, sondern festigt und reglementiert sie als ›Stände‹, ›Korporationen‹ usw. und ist bestrebt, diese zersplitterten, hierarchisch aufgebauten Kasten in eine ewige Kategorie der ›neuen‹ sklavenhalterisch-faschistisch-kapitalistischen Gesellschaft zu verwandeln. Hierarchie spielt eine bedeutende Rolle in der faschistischen Ideologie. Die Idee der Hierarchie ist die Antithese zur Idee der Gleichheit. Bei den Faschisten erscheint sie als universell-kosmisches Prinzip, obgleich ihre Begründung ausgesprochen prosaisch ist: es ist die Stabilisierung der Hierarchie der Klassen der kapitalistischen Gesellschaft, die als feudalistische ›Stände‹ (die fünf Stände von O. Spann) dargestellt werden.«⁴⁰

»Der Sozialismus führt hier eine völlige Wende herbei: Er fügt den Menschen zusammen, schafft den Typus eines wirklich ganzheitlichen Menschen, mit vielfältigen Funktionen und mit stets zunehmendem, sich historisch entfaltendem Überfluß und Reichtum des Lebens. Der Kapitalismus kann die Menschen durch eine einheitliche Produktionsweise zusammenschließen, ohne gleichzeitig ihre Zersplitterung und Vereinzelung aufzuheben.«⁴¹ Tatsache ist, daß Bucharin, Mitautor der »Stalinschen« Verfassung, nur im Ausland für einen demokratischen

38 *Ebenda.* S. 163.

39 *Ebenda.* S. 227.

40 *Ebenda.* S. 185.

41 *Ebenda.* S. 184.

Sozialismus werben durfte. Im April 1936 hatte er in Paris den Volksfrontgedanken propagiert, und zur Verteidigung der Sowjetmacht aufgerufen. In der Polemik gegen Otto Bauers Behauptung, man könne von keinerlei Freiheit und von keinerlei Demokratie in der UdSSR sprechen, weil es nur eine Partei gibt, griff Bucharin Argumente auf, die er im Verlauf des Februar/März-Plenums 1937 ausbaute.

Die neue Klasse und die Idee der Säuberung

Auf dem Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1937 wies Stetzkij darauf hin, daß Bucharin und Radek mit ihrer Forderung, jedem Bürger das Recht einzuräumen, während der bevorstehenden Wahlen zum Obersten Sowjet zu kandidieren, die bestehende Ordnung untergraben. Stalin und seine Gefolgschaft hatten die von Bucharin ausgehende Gefahr erkannt. Politiker wie Bucharin, die mit Blick auf die Sowjetunion die Intellektuellenfrage aufwarfen und nicht der Intellektuellengefahr das Wort redeten, hatten schon immer die Stalinisten in den eigenen Reihen auf den Plan gerufen. Die von Rjutin, Christian Rakowski und Trotzki entwickelte Kritik an der »neuen Klasse« wies Bucharin mit Nachdruck zurück: »Hier treten gegen die Sowjetunion ihre Todfeinde an, die behaupten, daß sich bei uns eine neue herrschende Klasse herausgebildet hätte, die ein kollektiver Ausbeuter sei und die Staatsmacht in ihren Händen hält. Das sei die Bürokratie und die neue Aristokratie.«⁴² Während des Verhörs am 14. Juni 1937 hatte Bucharin ausgesagt, den ersten Entwurf der Plattform im Jahre 1929 geschrieben zu haben. Da sie 1932 veraltet war, mußte das Dokument überarbeitet und neu geschrieben werden. An dieser Redaktion war Bucharin nicht mehr beteiligt. Seine Aufgabe hatte er darin gesehen, im Ausland Kontakte zu den Menschewiki herzustellen.

»Als ich über das, was vor sich geht, nachdachte«, schrieb Bucharin am 10. Dezember 1937 an Stalin, habe er sich »etwa folgende Konzeption zurechtgelegt: Es existiert irgendeine große und kühne politische Idee einer generellen Säuberung a) im Zusammenhang mit einer Vorkriegszeit, b) im Zusammenhang mit dem Übergang zur Demokratie. Diese Säuberung erfaßt a) Schuldige, b) Verdächtige und c) potentiell Verdächtige. Dabei konnte man ohne mich nicht auskommen. [...] Ich bin den Kinderschuhen lange genug entwachsen, um zu verstehen, daß große Pläne, große Ideen und große Interessen über allem stehen, und es wäre kleinlich, angesichts der welthistorischen Aufgaben, die vor

42 *Ebenda*. S. 54.

allem auf Deinen Schultern lasten, die Frage nach der eigenen Person aufzuwerfen.«⁴³

In »Der Sozialismus und seine Kultur« verzichtet Bucharin auf die Darstellung von Differenzen im bürgerlichen Lager. »Die zu Eis gewordene und übersättigte Ideologie des modernen Bourgeois [...] sucht die verlorene ›geistige Wärme‹ in exaltierter Mystik und mystischer Exaltierung sowie in der sadistischen Befriedigung an dem intellektuell (von Oswald Spengler) und poetisch (von Hans Johst und Co.) gepriesenen Geruch von Blut. Der Sozialismus entfaltet auch dieses emotionale Leben, holt es jedoch – ganz im Gegensatz zur emotionalen Ideologie des Faschismus – vom Himmel auf die Erde, er verwirklicht die göttliche Vollkommenheit historisch auf Erden und realisiert statt Bestialität wahre menschliche Brüderlichkeit. Und in diesem Sinne kann man die klassenmäßige und allgemeinhistorische Polarität von Faschismus und Kommunismus als Polarität von Bestialismus und erstmals geschaffener wahrer Humanität definieren. Deshalb eröffnet der Sozialismus nach der Vorgeschichte auch erstmals die wirkliche Geschichte der Menschheit.«⁴⁴

In den »Gefängnisschriften« wandte sich Bucharin einem neuen, von ihm zuvor nicht ausführlich behandelten Gegenstand zu: den von den russischen Emigranten Nikolai Berdjaew, Semjon Frank, Iwan Iljin, Lew Karsawin und Konstantin Leontjew publizierten theoretischen Abhandlungen. Alle hier genannten Philosophen gehörten 1922 zu den auf Weisung Lenins ausgewiesenen Intellektuellen. Bucharin setzte sich insbesondere mit den geopolitischen und die Rasse betreffenden Äußerungen der Eurasier auseinander und konstatierte ihre Nähe zu faschistischen Theorien. »So ist z. B. bekannt«, bemerkte Bucharin, »daß der Sozialismus als ›Ideal des Bauches‹ kritisiert wird. Von einer solchen ›Kritik‹ waren selbst so geistreiche Köpfe wie Heinrich Heine nicht frei. Von unseren Feinden gar nicht erst zu reden. Bei uns hat Konstantin Leontjew behauptet, das Ideal des sozialistischen ›Arbeiters‹ sei der ›Mitteleuropäer‹, der satte Kleinbürger und Bourgeois. N. Berdjaew hat seinerzeit seinen Übergang in das Lager der ausgesprochenen Satten damit motiviert, daß der Marxismus und der marxistische Sozialismus mit seinem Materialismus usw. eine bürgerliche Theorie, die Ideologie des

43 *Ein unbekannter Brief Nikolai Bucharins an Josef Stalin vom 10. Dezember 1937. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 29(1993)1. S. 24.*

44 *Nikolai Bucharin: Der Sozialismus und seine Kultur. In: Gefängnisschriften I. Hrsg. von Swetlana Gurwitsch-Bucharina, Wladislaw Hedeler und Ruth Stolarowa. Berlin 1996. S. 92.*

vielberufenen ›Bauches‹, sei. Die faschistischen Ideologen der Gegenwart, die die Losung ›Kanonien statt Butter‹ aufgestellt haben, bemänteln sich vehement mit ihrer Verachtung gegenüber materiellen Gütern und appellieren an ›geistige Werte‹. Henri Bergson propagiert, wie wir gesehen haben, Askese und vegetarische Lebensweise als ein Mittel zur Erlösung von den Lastern der modernen Zivilisation. [...] Geistige Kultur in massenweisem Umfang kann nicht auf der Grundlage von Elend hervorgebracht werden.«⁴⁵

Die am Beispiel des in der Untersuchungshaft entstandenen Manuskripts »Der Sozialismus und seine Kultur« skizzierte Auseinandersetzung erhellt, was Bucharin unter »haltloser sowjetfeindlicher Propaganda« verstand und wie er die Stalin in dem bereits zitierten Brief vom Dezember 1937 angebotene Kampagne zu den Prozessen und einen gnadenlosen Kampf gegen Trotzki führen wollte. Bucharin der sich als »Anti-Trotzki« sah, war überzeugt, »bedeutende Schichten der schwankenden Intelligenz für uns gewinnen« zu können.⁴⁶ Mit allen diesen als Loyalitätserklärungen angelegten Texten konnten weder die Untersuchungsführer des NKWD noch die Staatsanwaltschaft etwas anfangen.

Gefängnisschriften

In der »Einleitung« zum Gedichtzyklus, dem ein Heinewort über die Hoffnung des sterbenden Kämpfers auf den Sieg des Kommunismus vorangestellt ist, heißt es: »Wir leben in einer ehernen Zeit. Hinter uns liegt ein seltsamer, aber siegreicher Kampf, gewaltige Siege. Die Welt ist ein riesiger brodelnder Kessel und der Kommunismus die lebensbringende Hefe darin. Denn der weltweite Kampf wird für das Leben, das heiße, leidenschaftliche und fröhliche geführt. Die Feinde dieses Lebens haben aus der Dunkelheit alle Vampire der Vergangenheit gerufen, die gierig an den Herzen saugten.«⁴⁷ Bucharin kommt immer wieder auf die bevorstehende Entscheidungsschlacht zurück. »Wir leben in einer ehernen Zeit« – Dieser Gedanke wird aufgegriffen und variiert. »An unserem Land«, gibt er seiner Hoffnung Ausdruck, »wird sich der Gegner die Zähne ausbeißen.«⁴⁸ In Erwartung des Entscheidungskampfes wäre es falsch, in Pessimismus zu verfallen. Im Gegenteil. »Mehr Frohsinn, Glück und Schöpfertum!« – lautet Bucharins Forderung.

⁴⁵ *Ebenda*. S. 37f.

⁴⁶ *Ein unbekannter Brief Nikolai Bucharins an Josef Stalin vom 10. Dezember 1937*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin 29(1993)1. S. 20–25.

⁴⁷ *Persönliches Archiv von W. H.*

⁴⁸ *Persönliches Archiv von W. H.*

In der neuen Welt, deren Konturen bereits sichtbar sind, wird alles besser und schöner sein, hebt Bucharin hervor und vergleicht sie mit dem Garten Eden. Der rachsüchtige und brutale Gott, der den Menschen nur erschaffen hat, um ihn hinrichten zu können, wird in der neuen Welt keinen Platz haben. Ihm war es für eine kurze Zeit vergönnt, wandte sich Bucharin an seine Genossen, auf den Gipfeln und Wiesen des neuen Landes zu wandeln, jenes Landes, das Stalin so weise in die lichte Zukunft führt. »Während meiner Wanderungen«, schreibt Bucharin, »habe ich einen Kranz aus den schönsten Blumen geflochten. Und wenn es mir vielleicht auch nicht gelungen ist, den Kranz zu Ende zu flechten, so habe ich doch Wurzeln und Samen mitgebracht. Andere können sie einpflanzen ...«⁴⁹

Die Studie über den »Sozialismus und seine Kultur« (begonnen vor dem 26. März, beendet nach dem 7. April 1937) entstand ebenso wie die »Philosophischen Arabesken« (vorgelegt zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution) und die Autobiographie (begonnen am 12. November 1937) während der Untersuchungshaft im Inneren Gefängnis des NKWD. In seinem Abschiedsbrief an Stalin vom 10. Dezember 1937 hatte Bucharin mit Blick auf die »Philosophischen Arabesken«, in denen er einige Gedanken aus der Sozialismus-Studie aufgegriffen und vertieft hatte, geschrieben: »Ich habe darin viel Nützliches festgehalten.«⁵⁰ Als Bucharin nach intensiver Arbeit im April 1937 das druckreife Manuskript an die Gefängnisverwaltung abgeliefert hatte, hoffte er immer noch, im Zuge der Untersuchung würde seine Unschuld bewiesen und er auf freien Fuß gesetzt. Um für diesen Augenblick gerüstet zu sein, faßte er gewissermaßen den Maßnahmeplan seiner künftigen Aktivitäten zusammen. Es ist gleichzeitig seine Auslegung der neuen Verfassung des Landes.

Dieser Hoffnung entsprach die weitgehend ruhige und ausgewogene Diktion der Abhandlung. Bucharin hatte nach den 1932 unter dem Titel »Etjudy« vorgelegten Studien beständig an seiner Sozialismuskonzeption gearbeitet. Das 1937 verfaßte Manuskript über den »Sozialismus und seine Kultur« weist wenig von der Ambivalenz auf, die den Abschiedsbrief an Stalin vom Dezember 1937 prägt und ist völlig frei von der Wut, die in dem seiner Frau diktieren Abschiedsbrief »An die künftige Generation führender Parteifunktionäre« zum Ausdruck kommt. Zum wieder-

49 *Persönliches Archiv von W. H.*

50 *Ein unbekannter Brief Nikolai Bucharins an Josef Stalin vom 10. Dezember 1937. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 29(1993)1. S. 20–25.*

holten Male umriß Bucharin seinen Handlungs- und Denkrahen: Die bedingungslose Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus im Lande.

Bucharin wendet sich – verglichen mit den damaligen Beschlüssen der Partei – ungewohnten oder nur peripher behandelten Themen zu: den historischen Maßstäben des sozialistischen Aufbaus, der Herausbildung des ganzheitlichen Menschen, dem Wechselverhältnis der Nationalkulturen, der Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Lebens im Sozialismus, dem Problem der Gleichheit und der Hierarchien, der Freiheit und dem gesellschaftlichen Fortschritt sowie der Rolle der Partei und der Diktatur des Proletariats. Der Sozialismus muß, so lautet der rote Faden des Buches, die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die hier genannten Entwicklungsrichtungen schaffen. Nur dann wird er den Kapitalismus – als Gesellschaftsformation – überwinden. Weltgeschichtlich gesehen steht der Sieger für Bucharin natürlich fest. Doch damit dieser Sieg Wirklichkeit wird, bedarf es Veränderungen in Staat und Gesellschaft.

Unmittelbar nach der Niederschrift des ersten Manuskripts begann Bucharin die Arbeit an den »Philosophischen Arabesken«. Sie lagen zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution vor. Mit den 40 Kapiteln der »Philosophischen Arabesken« präsentiert sich Bucharin als konsequenter Schüler Lenins. Über die Hälfte des Manuskripts enthält Fragestellungen aus Lenins »Materialismus und Empiriokritizismus« und Bucharins Antworten, die von Hinweisen auf Hegels Werk nur so strotzen. Daß Bucharin damit die seinerzeit strapazierte Kritik, er habe Hegel nie gelesen bzw. nicht verstanden, mit dem Manuskript aus der Welt schaffen wollte, versteht sich von selbst.

Da das Alte stürzt, ist eine Generalrevision angebracht. Die Philosophie des Marxismus – die als Wissenschaft auch wie eine Wissenschaft gehandhabt werden muß – ist die Theorie und Praxis der neuen Ordnung. Alle philosophischen Fragen müssen neu gestellt werden.

GERT SCHÄFER

HERBERT MARCUSE – EINE SKIZZE

Herbert Marcuse wurde am 19. Juli 1898 in Berlin geboren, am 29. Juli 1979 ist er bei einem Deutschland-Besuch verstorben. Als Kind wohlhabender assimilierter deutscher Juden wuchs er in Berlin auf. Gegen Ende des ersten Weltkrieges zum Militärdienst eingezogen, wurde er Mitglied im Soldatenrat von Berlin-Willmersdorf. »Ich trat aus, als der Rat beschloß, Offiziere aufzunehmen«, berichtete er 1973. »Das zweite wichtige Ereignis war die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Damals begann ich an der Sozialdemokratie zu zweifeln; für diese Morde waren Sozialdemokraten verantwortlich.«¹ 1917 war er in die SPD eingetreten; aus Protest »gegen ihren Verrat am Proletariat«² trat er nach dem Januar 1919 wieder aus.

»Nach der Niederlage der Revolution in Deutschland versuchte ich mit Marx und Freud das Geschehen zu begreifen; die konterrevolutionäre Destruktion und Gewalt [...], die Gründe, warum eine Revolution, die notwendig schien, nicht von den Massen in die Hand genommen wurde.«³ – Das ist ein gewisser Vorgriff.

Marcuse studierte zunächst in Berlin und Freiburg. 1922 wurde er in Freiburg mit einer Dissertation »Der deutsche Künstlerroman«⁴ promoviert, eine Studie über Johann Wolfgang Goethe, die Romantiker, Gottfried Keller, Thomas Mann und viele andere. Mit Georg Wilhelm Friedrich Hegel wollte er unter anderem zeigen, daß dieser Romantypus eine zur »Prosa« gewordene Wirklichkeit – die »prosaische Wirklichkeit« – voraussetze, das, was Max Weber die Entzauberung der Welt im okzidentalischen Rationalisierungsprozeß nannte oder Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest mit den Sätzen beschrieben, die Bourgeoisie habe alle heiligen Schauer in dem eiskalten Wasser egoisti-

1 Herbert Marcuse: *Voraussetzungen der Revolution. Gespräch mit Jean Daniel und Michel Bosquet. In: Neues Forum. Zürich (1973)232, S. 13.*

2 Martin Jay: *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950 (am. 1973). Frankfurt am Main 1976, S. 47.* – Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung. München, Wien 1986, S. 113ff.* – Siehe bes. auch Jürgen Habermas: *Gespräch mit Herbert Marcuse. In: Jürgen Habermas: Philosophisch-politische Profile. Erw. Ausgabe. Frankfurt am Main 1984. S. 265–319, bes. S. 268f.*

3 Herbert Marcuse: *Voraussetzungen der Revolution. Gespräch mit Jean Daniel und Michel Bosquet. In: Neues Forum. Zürich (1973)232, S. 13.*

4 Herbert Marcuse: *Der deutsche Künstlerroman. Dissertation Freiburg i. B. 1922, 454 Seiten.*

scher Berechnung ertränkt, und die Menschen seien endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.⁵

Marcuse deutete den Künstlerroman als entweder »romantische« oder »realistisch-objektive« Antwort auf diesen Sachverhalt, beidemal als eine Protestform, teilweise mit über die bürgerliche Gesellschaft hinausweisenden Tendenzen. In einer seiner letzten Schriften, »Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik« – Marcuse verstand sich selbst bis zuletzt als einen wahren Marxisten – wird er schreiben: »Nicht der Zerfall, sondern die Reproduktion des Bestehenden ist die Katastrophe. Und gerade das Anderssein der ästhetischen Form kann ihr vielleicht standhalten und die Chance ihrer Überwindung mit und über den politischen Kampf bewahren. Peter Weiß' ›Ästhetik des Widerstandes‹ ist exemplarisch.«⁶ »Das Kunstwerk stellt sich von Anfang an seiner Konzeption nach in Situationen, in denen eine die in den gesellschaftlichen Institutionen verkörperte Normalität sprengende andere Vernunft und Sinnlichkeit erscheinen.«⁷ »Diese Funktion mag regressiv oder emanzipatorisch sein – in jedem Fall wird sie zu einer gesellschaftlichen Kraft. Wo der Historische Materialismus dieser Subjektivität nicht gerecht wird, wird er zum Vulgärmaterialismus.«⁸ »Die Wahrheit der Kunst liegt in der Durchbrechung des Realitätsmonopols, wie es in der bestehenden Gesellschaft ausgeübt wird.«⁹ – wider die »Degeneration der Kunst zur propagandistischen Massenkunst oder kommerzialisierten Massenkultur«, wider die »Abschaffung der autonomen Form« und »Einebnung der Realitätsstufen zwischen Kunst und Leben« und daher, bei aller Ambivalenz des ästhetischen Scheins, wider die »Lähmung der Widerstandskraft der Kunst«.¹⁰

1923 bis 1928 arbeitet Marcuse als Antiquar, Buchhändler und Verleger in Berlin. 1928 kehrte er nach Freiburg zurück, angezogen außer von Edmund Husserl auch vom jungen Martin Heidegger. 1932 wird sein ursprünglich als Habilitationsschrift gedachtes Buch »Hegels Ontologie und die Grundlegung einer Theorie der Geschichtlichkeit«¹¹ veröffent-

5 Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: MEW. Bd. 4. S. 464f.

6 Herbert Marcuse: *Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik. Ein Essay*. München, Wien 1977. S. 56.

7 *Ebenda*. S. 17.

8 *Ebenda*. S. 13.

9 *Ebenda*. S. 18.

10 *Ebenda*. S. 57.

11 Herbert Marcuse: *Hegels Ontologie und die Grundlegung einer Theorie der Geschichtlichkeit*. Frankfurt am Main 1932.

licht. Einen Schwerpunkt bildete die Interpretation von Hegels Arbeitsbegriff. Marcuse sah keine Chance, sich in Freiburg zu habilitieren. Husserl empfahl ihm dem damaligen Kurator der liberalen Goethe-Universität Frankfurt am Main, Kurt Riezler, und dieser machte ihn mit Max Horkheimer, dem neuen Leiter des Instituts für Sozialforschung, bekannt. Marcuse wurde als »Fachphilosoph« in das Institut aufgenommen und seinem Genfer Büro zugeteilt – in Voraussicht kommender Dinge hatte das Institut, eine Stiftung, den Großteil seiner Finanzmittel und Tätigkeiten bereits nach Genf transferiert.¹²

1932 hatte Marcuse auch einen größeren Aufsatz »Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus«¹³ veröffentlicht – eben waren u. a. die »Pariser« Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte von Marx in der I. Abteilung der Marx-Engels-Gesamtausgabe erschienen. »Diese Manuskripte können die Diskussion über den Ursprung und den ursprünglichen Sinn des Historischen Materialismus, ja der ganzen Theorie des ›wissenschaftlichen Sozialismus‹, auf einen neuen Boden stellen. Sie ermöglichen auch eine fruchtbare und aussichtsreiche Stellung der Frage nach den sachlichen Beziehungen zwischen Marx und Hegel«. »Denn es handelt sich [...] um eine philosophische Kritik und Grundlegung der Nationalökonomie im Sinne einer Theorie der Revolution«; »die grundlegenden Kategorien der Marxschen Theorie erwachsen hier aus der nachdrücklichen Auseinandersetzung mit der Hegelschen Philosophie (z. B. Arbeit, Vergegenständlichung, Entfremdung, Aufhebung, Eigentum); und zwar nicht so, daß die ›Methode‹ Hegels verwandelt übernommen und, in einen neuen Zusammenhang gestellt, lebendig gemacht wird, sondern: im Rückgang auf die (die Methode allererst begründende) Problembasis selbst der Hegelschen Philosophie wird ihr eigentlicher Gehalt selbständig angeeignet und weitergedacht«.¹⁴ – Ähnlich sollte später Georg Lukács in seinem Buch über den jungen Hegel argumentieren.¹⁵

»Am Marxschen Begriff der Arbeit muß also die Interpretation ansetzen«. »Im rohen und gedankenlosen Kommunismus« wird »die Leitung

12 Siehe Martin Jay: *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*. Frankfurt am Main 1976, S. 47f. – Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung*. München/Wien 1986, Kapitel 2.

13 Zuerst erschienen in: *Die Gesellschaft*. Berlin IX(1932)8, S. 136–174. – Siehe Herbert Marcuse: *Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1969, S. 7–54.

14 Ebenda. S. 7f.

15 Georg Lukács: *Der junge Hegel. Über die Beziehungen von Dialektik und Ökonomie* (1948). Neuwied, Berlin 1967.

des Arbeiters nicht aufgehoben, sondern auf alle Menschen ausgedehnt« (Marx). »Mit der ökonomischen und rechtlichen Aufhebung des Privateigentums endet nicht, sondern beginnt die kommunistische Revolution«¹⁶ – das Problem einer neuen Stellung der Gesellschaft, der gesellschaftlichen Individuen, zum »Reich der Notwendigkeit«, zu ihrem Arbeitsprozeß und zur außermenschlichen Natur ...

Wieder im Rückblick: »1923 lasen wir Korsch und Lukács [...] Aber das entscheidende Ereignis war die Veröffentlichung der ›Ökonomisch-philosophischen‹ Manuskripte des jungen Marx im Jahre 1932. Dies war wahrhaftig das Gegengift gegen den Stalinismus. Der Kommunismus, um den es ging, bedeutete nicht nur die Revolutionierung der materiellen Verhältnisse, sondern auch und vor allem die radikale Emanzipierung des Menschen – seiner Sinne, seiner Sensibilität – und die Revolutionierung seines Bewußtseins und seines Unbewußten«.¹⁷ Noch 1977 bekräftigte Marcuse diese »Wende« gegen den »erstarrten praktischen und theoretischen Marxismus«, vor allem deshalb, weil Marx hier ein »neues Realitätsprinzip« (so Marcuse in Anlehnung an den Begriff Sigmund Freuds) ins Auge faßte.¹⁸

Im Juli 1934 übersiedelte Marcuse mit seiner Familie nach New York – inzwischen hatte die Columbia University dem Institut für Sozialforschung Räume angeboten. Marcuse erhielt als Mitarbeiter des Instituts bis 1941 einen Gehalt von 330 Dollar im Monat aus dem Stiftungsvermögen. In seiner zunächst in Genf und Paris, später in den USA publizierten »Zeitschrift für Sozialforschung« erschienen dann regelmäßig große Aufsätze Marcuses, darunter »Der Kampf gegen den Liberalismus in der total-autoritären Staatsauffassung« (1934), »Zum Begriff des Wesens« (1936), »Über den affirmativen Charakter der Kultur« (1937), »Philosophie und kritische Theorie« (1937), »Zur Kritik des Hedonismus« (1938), »Some Implications of Modern Technology« (1941).¹⁹

16 Herbert Marcuse: *Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus*. In: Herbert Marcuse: *Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1969, S. 11 und 13.

17 Herbert Marcuse: *Voraussetzungen der Revolution*. Gespräch mit Jean Daniel und Michel Bosquet. In: *Neues Forum*. Zürich (1973)232, S. 13.

18 Jürgen Habermas: *Gespräch mit Herbert Marcuse*. In: Jürgen Habermas: *Philosophisch-politische Profile*. Frankfurt am Main 1984, S. 267. – Herbert Marcuse: *Voraussetzungen der Revolution*. Gespräch mit Jean Daniel und Michel Bosquet. In: *Neues Forum*. Zürich (1973)232.

19 Siehe Herbert Marcuse: *Kultur und Gesellschaft I*. Frankfurt am Main 1965. – Herbert Marcuse: *Zum Begriff des Wesens*. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Paris V(1936)1, S. 1–39. – Herbert Marcuse: *Some Implications of Modern Technology*. In: *Studies in Philosophy and Social Science*. New York 1941, S. 414–439.

1941 erschien sein großes Buch »Reason and Revolution: Hegel and the Rise of Social Theory« in New York²⁰ – eine gewisse Summe seines Denkens bis zu dieser Zeit. Es ging ihm unter anderem darum, einer in den angelsächsischen Ländern verbreiteten Auffassung entgegenzutreten, Hegels Philosophie, besonders seine Staatslehre, zähle zu den Quellen der faschistischen und nationalsozialistischen Ideologie. Vor allem aber wollte er zeigen, daß sich bei der Entstehung der neueren Gesellschaftstheorie eine dialektische Theorie – seit Marx – und eine positivistische, affirmative Sozialwissenschaft entgegenstünden. Hegels System habe »die gesamte Epoche der modernen Philosophie«, »die mit Descartes begonnen und in sich die Grundgedanken der modernen Gesellschaft verkörpert hatte«, abgeschlossen. »Hegel war der letzte, der die Welt als Vernunft interpretierte, indem er Natur und Geschichte gleichermaßen den Maßstäben des Denkens und der Freiheit unterwarf.«²¹

»Eben die Freiheit ist das Denken selbst; wer das Denken verwirft und von Freiheit spricht, weiß nicht, was er redet«, hatte Hegel z. B. in den Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie²² gesagt – in der Tradition eines kulturellen Idealismus, nicht zu trennen vom Ursprung der deutschen Kultur im Protestantismus, wie Marcuse interpretierte. »Zugleich anerkannte er [Hegel] die von den Menschen hergestellte gesellschaftliche und politische Ordnung als die Basis, auf der die Vernunft verwirklicht werden mußte. Sein System brachte die Philosophie bis zur Schwelle ihrer Negation und bildete daher das einzige Glied zwischen der alten und der neuen Form kritischer Theorie, zwischen Philosophie und Gesellschaftstheorie.«²³

»Hegels System ist der letzte große Ausdruck dieses kulturellen Idealismus, der letzte große Versuch, den Gedanken zu einer Zufluchtsstätte für Vernunft und Freiheit zu machen. Der ursprünglich kritische Impuls seines Denkens war jedoch stark genug, ihn zu veranlassen, die traditionelle Ferne des Idealismus von der Geschichte zu überwinden [...] Als begriffene sprengt die Geschichte [...] die idealistische Systemkonstruktion.«²⁴ »Das bedeutet, daß sie aufhört, Philosophie zu sein«²⁵ – Aufhebung der Philosophie im Sinne von Marx.

20 Herbert Marcuse: *Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie*. Ins Deutsche übertragen von Alfred Schmidt. Neuwied, Berlin 1962.

21 *Ebenda*. S. 224.

22 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie III*. In: *Werke*. Bd. 20. Frankfurt am Main 1971, S. 307f.

23 Herbert Marcuse: *Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie*. Neuwied, Berlin 1962, S. 224.

24 *Ebenda*. S. 25.

25 *Ebenda*. S. 36.

»Es folgt daraus jedoch nicht, daß das Denken sich dann der bestehenden Ordnung zu unterwerfen hätte. Das kritische Denken hört nicht auf, sondern nimmt eine neue Form an. Die Anstrengungen der Vernunft gehen auf gesellschaftliche Theorie und gesellschaftliche Praxis über.«²⁶ Und »die Theorie wird an der Wahrheit festhalten, selbst wenn die revolutionäre Praxis von ihrem rechten Pfade abweicht.«²⁷

In »Philosophie und kritische Theorie« (1937) hieß es: »Wie aber, wenn die von der Theorie vorgezeichnete Entwicklung nicht eintritt, wenn die Kräfte, die den Umschlag herbeiführen sollten, zurückgedrängt werden und zu unterliegen scheinen? So wenig dadurch die Wahrheit der Theorie widerlegt wird, so sehr erscheint sie in neuem Licht und erhellt neue Seiten und Teile ihres Gegenstandes. Viele Forderungen und Hinweise der Theorie erhalten ein verändertes Gewicht. Die gewandelte Funktion der Theorie in der neuen Situation gibt ihr in einem verschärften Sinn den Charakter der kritischen Theorie. Ihre Kritik richtet sich auch gegen das Ausweichen vor ihren vollen ökonomischen und politischen Forderungen an manchen Orten, wo man sich auf sie beruft. Diese Situation zwingt die Theorie wieder zu einer schärferen Betonung der in allen ihren Analysen enthaltenen Sorge um die Möglichkeiten des Menschen, um Freiheit, Glück und Recht des Individuums. Es sind für die Theorie ausschließlich Möglichkeiten der konkreten gesellschaftlichen Situation: sie werden nur als ökonomische und politische Fragen relevant und betreffen als solche die Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß, die Verwendung des Produkts der gesellschaftlichen Arbeit, die aktive Teilnahme der Menschen an der ökonomischen und politischen Verwaltung des Ganzen.«²⁸

In »Der Kampf gegen den Liberalismus in der total-autoritären Staatsauffassung« (1934) – eine Analyse faschistischer Ideologie – hieß es u. a.: »Nicht mit Hegels Tode, sondern jetzt erst geschieht der Titanensturz der klassischen deutschen Philosophie. Damals wurden ihre entscheidenden Errungenschaften in die wissenschaftliche Theorie der Gesellschaft, in die Kritik der politischen Ökonomie hinübergerettet. Heute liegt das Schicksal der Arbeiterbewegung, bei der das Erbe dieser Philosophie aufgehoben war, im ungewissen.«²⁹

In »Über den affirmativen Charakter der Kultur« (1937) bestimmte er das idealistische Denken als jene der bürgerlichen Epoche angehörende Kultur, »welche im Lauf ihrer eigenen Entwicklung dazu geführt hat, die

26 *Ebenda.* S. 36.

27 *Ebenda.* S. 282.

28 *Herbert Marcuse: Philosophie und kritische Theorie. In: Kultur und Gesellschaft I. Frankfurt am Main 1965, S. 110.*

29 *Ebenda.* S. 55.

geistig-seelische Welt als selbständiges Wertreich von der [materiellen] Zivilisation abzulösen und über sie zu erhöhen.«³⁰ Sie »ist in ihren Grundzügen idealistisch.«³¹ Als Ideal werde hypostasiert, was als allgemeine Erfüllung in der materiellen Welt versagt ist – daher »affirmative Kultur«. Aber »der bürgerliche Idealismus« sei »nicht nur eine Ideologie«, er spreche »auch einen richtigen Sachverhalt aus.«³² Dieser Idealismus habe »immerhin daran festgehalten, daß der Materialismus der bürgerlichen Praxis nicht das letzte Wort ist und daß die Menschheit darüber hinauszuführen sei.«³³ »Die affirmative Kultur war die geschichtliche Form, in der die über die materielle Reproduktion des Daseins hinausgehenden Bedürfnisse der Menschen aufbewahrt blieben.«³⁴

Heute hingegen werde dieser Vorschein, diese Transzendenz, zusehends vernichtet. »Die neuen Methoden der Disziplinierung sind nicht möglich, ohne die fortschrittlichen Momente abzustößten, die in den früheren Stadien der Kultur enthalten waren.«³⁵ »Die notwendige Intensivierung und Expandierung der Arbeitsdisziplin läßt die Beschäftigung mit [...] einer Kunst, die »um ihrer selbst willen besteht«, als Zeitverschwendung erscheinen.«³⁶ Diese Sätze bezogen sich hier vor allem auf Elemente der faschistischen Ideologie. »Je weniger Bildung im üblichen Sinn diese Schicht (die neue rücksichtslose Führerschaft – G. S.) besitzt«, so damals z. B. Ernst Jünger, »desto besser wird es sein.«³⁷ Später wird Marcuse eine ähnliche Entwicklung, freilich nicht in militaristischer Form, auch anderswo beobachten – eine Grundthese seines Buches »Der eindimensionale Mensch.«³⁸

Zunächst aber – 1942 – wird sich Marcuse, wie seine Freunde Franz Neumann, Otto Kirchheimer und Arcadius Gurland und viele andere Emigranten in den USA, in der Formulierung von Neumann, »in den Dienst eines anderen politischen Systems« stellen, des Außenministeriums und des »Office of Strategic Services« (OSS), eines Geheimdien-

30 *Ebenda.* S. 63.

31 *Ebenda.* S. 66.

32 *Ebenda.*

33 *Ebenda.* S. 67.

34 *Ebenda.* S. 88.

35 *Ebenda.* S. 93f.

36 *Ebenda.* S. 96.

37 *Ebenda.* – Ernst Jünger: *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt.* Hamburg 1932, S. 203.

38 *Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft (am. 1964).* Übersetzt von Alfred Schmidt. Neuwied, Berlin 1967.

stes, um sich beim Kampf gegen das nazistische Deutschland zu beteiligen, einen Beitrag zu seinem Sturz und zur amerikanischen Deutschlandpolitik zu leisten.³⁹ Franz Neumann, dessen großes Buch »Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus« 1942 in erster Auflage erschien,⁴⁰ wurde stellvertretender Vorsitzender der Abteilung für Zentraleuropa im »Office«, Marcuse »Senior Analyst«, verantwortlich für die Forschung und Nachrichtensammlung über Deutschland.⁴¹

Ihr zeitweiliger Vorgesetzter H. Stuart Hughes, ebenfalls ein hervorragender Gelehrter – sein letztes Buch »Sophisticated Rebels. The Political Culture of European Dissent 1968–1987« erschien 1988⁴² – berichtete in San Diego im November 1979, bei einer Gedenkfeier zum Tode Marcuses: »Was die Arbeitsatmosphäre von damals anbelangt – ja, da hat eben eine hochbegabte Kollektion unabhängiger Intellektueller Berichte geschrieben und Stellungnahmen entworfen, deren Ziel stets dunkel blieb. Oft ist es überhaupt nicht klar geworden, was von uns erwartet wurde; klar war höchstens das eine, daß die Hervorbringungen unserer

39 Franz L. Neumann, *Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft* (1942). In: ders.: *Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954*. Hrsg. von Alfons Söllner. Frankfurt am Main 1978, S. 402–423, Zitat S. 404. – Siehe zum Zusammenhang Gert Schäfer: *Ein Intellektueller an der Seite der Arbeiterbewegung*. In: *Recht, Demokratie und Kapitalismus. Aktualität und Probleme der Theorie Franz L. Neumanns*. Hrsg. von Joachim Perels. Baden-Baden 1984, S. 13–66, bes. S. 13f. – Gert Schäfer: *Franz Neumann – biographische Skizze*. Ebenda. S. 213.

40 Franz Neumann: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (engl. 1942, 1944). Hrsg. und mit einem Nachwort »Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik« von Gert Schäfer. Köln, Frankfurt am Main 1977.

41 Siehe Anm. 39 sowie Jürgen Habermas: *Gespräch mit Herbert Marcuse*. In: Jürgen Habermas: *Philosophisch-politische Profile*. Erw. Ausgabe. Frankfurt am Main 1984, bes. S. 277: »Ich war zuerst in der Politischen Abteilung des OSS und dann in der Division of Research and Intelligence of the State Department [...] Es hieß später, ich sei ein CIA-Agent gewesen. Was Blödsinn ist, denn die OSS durfte noch nicht mal in die Nähe des CIA. Beide haben sich immer wie Gegner bekämpft«. – Siehe auch: *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*. Hrsg. von Alfons Söllner. Bd. 1: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst*. Bd. 2: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium*, Frankfurt am Main 1986. – Herbert Marcuse: *Feindanalysen. Über die Deutschen*. Hrsg. von Peter-Erwin Jansen und mit einer Einleitung von Detlev Claussen. Lüneburg 1998.

42 H. Stuart Hughes: *Sophisticated Rebels ...* Harvard University Press 1988. – Siehe bes. auch ders.: *Consciousness and Society. The Reorientation of European Social Thought 1890–1930*. New York 1958.

gemeinsamen geistigen Tätigkeit von den Großkopfen im State Department höchst selten gelesen wurden und daß es nie vorkam, daß danach praktisch gehandelt wurde. Dennoch – die Gehälter waren gut, der Arbeitsdruck war mäßig, wir hatten reichlich Zeit für ausführliche Gespräche untereinander [...] Sicherlich, Herbert hatte wie alle anderen Zweifel an unseren Aufträgen, z. B. an seinem speziellen Auftrag, eine Analyse von einem Deutschland herzustellen, das aus dem Trümmern aufzusteigen begann [...] Was er schrieb, war klare, genaue Prosa [...] Und dieser sprachlichen Akribie hat entsprochen, daß Herbert in einer Art schweigender Strenge uns vorgeschrieben hat, die Verweigerung gegenüber einem Begriff zu leisten, den wir damals noch gar nicht gebrauchten – dem Begriff Kalter Krieg. Aus taktischer Vorsicht durfte der Name Marx damals nicht auftauchen. Aber die Theorie des Begründers des dialektischen Materialismus ging damals im Hintergrund um. Dieser Hintergrund entsprach weniger den Bedürfnissen der Amerikaner als denen der Antifaschisten in Europa«. ⁴³

Die Vorschläge der Gruppe im OSS und Außenministerium lassen sich mit den Worten Franz Neumanns aus dem »Behemoth« zusammenfassen: »Eine militärische Niederlage Deutschlands ist notwendig. Ob der Nationalsozialismus ohne eine militärische Niederlage zerschlagen werden kann, wissen wir nicht. Aber eines wissen wir sicher: eine militärische Niederlage wird ihn auslöschen. Die militärische Überlegenheit der Demokratien und Sowjetrußlands muß dem deutschen Volk bewiesen werden. Die Ideologie des Nationalsozialismus steht und fällt mit seiner angeblichen »Leistungskraft«. Diese muß widerlegt werden. Eine Dolchstoßlegende wie 1918 darf sich nicht wieder erheben können«. ⁴⁴

»Deutschland darf nicht geteilt und versklavt werden. Wir haben nachzuweisen versucht, daß es keinen spezifisch deutschen Charakterzug gibt, der für Aggression und Imperialismus verantwortlich zu machen wäre, sondern daß der Imperialismus der Struktur der deutschen Monopolwirtschaft, dem Einparteiensystem, der Wehrmacht und der Bürokratie innewohnt. Um die Aggression zu beseitigen, muß außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie die Macht der Monopolwirtschaft endgültig gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend verändert werden«. ⁴⁵

43 Siehe *Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse. Ein Materialienbuch zur Einführung in sein politisches Denken*. Hrsg. von Detlev Claussen. Darmstadt, Neuwied 1981, S. 34f.

44 Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*. Hrsg. von Gert Schäfer. Köln, Frankfurt am Main 1977, S. 18.

45 *Ebenda*. S. 549f.

»Es gab ein großes Entnazifizierungsprogramm. Diejenigen, die wir z. B. als ökonomische Kriegsverbrecher an der ersten Stelle der Liste hatten, waren sehr bald wieder in den entscheidenden Positionen zu finden.«⁴⁶ Wir wissen, die Hoffnungen dieser Marxisten im US-amerikanischen Exil auf ein sozialistisches und demokratisches Deutschland erfüllten sich nicht. Die Erfahrungen der faschistischen und nachfaschistischen Ära bezeichnete Marcuse 1956, in Erinnerung an den 1954 tödlich verunglückten Franz Neumann, als eine Wunde, die niemals heile.

Marcuse blieb bis 1950 im Dienst des Außenministeriums; der Korea-Krieg führte zu seinem Ausscheiden. 1950 erschien übrigens in »Sinn und Form« seine einzige Publikation in der DDR.⁴⁷ Später wurde er in der DDR bzw. von der SED-Führung nahestehenden Ideologen heftig geschmäht und als CIA-Agent verleumdet. 1950–53 war Marcuse Dozent an der Columbia University und in Harvard, seit 1953 Professor für Politikwissenschaft und Philosophie an der Brandeis University, Waltham, Massachusetts, später an der kalifornischen Staatsuniversität in San Diego (ein gewisser Ronald Reagan forderte damals, diesen Aufwiegler endlich zu entlassen – Reagan zu den politischen Protesten an den Universitäten: »Wenn es ein Blutbad sein soll, dann laßt es uns jetzt haben« (Los Angeles Times, 8. April 1970).⁴⁸

1957 erschien die amerikanische Ausgabe von Marcuses Buch über den »Sowjetmarxismus«, also nach dem 20. Parteitag der KPdSU. Wenige Sätze zum Tenor seiner Kritik: »Ein beträchtlicher Teil dieses Buches ist dem Nachweis der fundamentalen Ambivalenz der sowjetischen Entwicklung gewidmet [...] Mit dieser fundamentalen Ambivalenz zollt die Sowjetgesellschaft jener Dialektik Tribut, die sie als ein unerbittliches Gesetz der Geschichte ausgibt. Es ist völlig richtig, daß eine freie Gesellschaft das Dasein einer materiellen Basis für jede Art von Freiheit voraussetzt; es ist ebenso völlig richtig, daß die Herstellung dieser Basis in einer noch rückständigen Gesellschaft, die sich im schicksalhaften Wettbewerb mit dem fortgeschrittenen Kapitalismus befindet, strenge Disziplin, harte Arbeit und Versagung voraussetzt sowie die Abzweigung eines großen Teils des Volkseinkommens für militärische Zwecke.

⁴⁶ Jürgen Habermas: *Gespräch mit Herbert Marcuse*. In: Jürgen Habermas: *Philosophisch-politische Profile*. Erw. Ausgabe. Frankfurt am Main 1984. S. 277.

⁴⁷ Herbert Marcuse: *Existentialismus. Bemerkungen zu Jean-Paul Sartres L'Être et le Néant* (engl. 1948). Übersetzt von Heinz Maus. In: *Sinn und Form*, Berlin 2(1950)1. – Siehe Herbert Marcuse: *Kultur und Gesellschaft 2*. Frankfurt am Main 1965, S. 49–84.

⁴⁸ Siehe Reinhard Lettau: *Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten*. München 1971, S. 64.

Aber es ist nicht weniger richtig, daß die Mittel dem Zweck abträglich sind und daß der dialektische Zirkel durchbrochen werden muß«. ⁴⁹

»Der Sowjetmarxismus bemüht die ›orthodox‹ marxistischen Begriffe weiter, um Situationen und politische Praktiken zu kennzeichnen, die offenkundig diesen Begriffen widersprechen«. ⁵⁰ »Ob das Wachstum des Wohlfahrtsstaates schließlich die Verwaltung unter direkte Kontrolle des Volkes bringen wird oder nicht, das heißt, ob der Sowjetstaat sich zu einer sozialistischen oder kommunistischen Demokratie entwickeln wird oder nicht, ist eine Frage, für die die herrschenden Tatsachen und Tendenzen keine brauchbare Hypothese liefern«. ⁵¹ Inzwischen kennen wir die Antwort.

Marcuse hatte sich einige Male darum bemüht, nach Deutschland zurückzukehren – jedesmal vergeblich. 1964 – sein Freund Theodor W. Adorno war Präsident der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« – konnte er sich auf dem Max Weber gewidmeten Soziologentag in Heidelberg durch ein Hauptreferat »Industrialisierung und Kapitalismus im Werk von Max Weber« endlich wieder in Erinnerung rufen. ⁵² Später war er für ein Jahr Gastprofessor an der Universität in Frankfurt am Main. Sein Denken sollte dann Teile auch der westdeutschen Protestbewegung in den späten 60er Jahren stark beeinflussen.

Eine nicht nur für Marcuse charakteristische Grundthese war, der Stand der Produktivkräfte in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ermögliche ein geschichtlich neues Verhältnis von gesellschaftlicher Arbeit und zivilisatorisch-kultureller Entwicklung, »Reich der Notwendigkeit« und »Reich der Freiheit« in der Metaphorik von Marx. Die Aufrechterhaltung und Hinnahme von Ausbeutung und Unterdrückung in dieser geschichtlichen Lage bedarf ihm zufolge einer Erklärung, die sich besonders auch auf triebstrukturelle Mechanismen und »subjektive Basen« (Hegel) der ökonomischen Gesellschaftsformation beziehen müsse, Gedanken, die schon bei den Analysen des Instituts für Sozialforschung aus den 30er und 40er Jahren, unter Rückgriff auf die von Sigmund Freud begründete psychoanalytische Theoriebildung, eine große Rolle spielten.

In einem Vortrag »Trieblehre und Freiheit« aus dem Jahr 1955 sagte Marcuse: »Die Diskussion der Freudschen Theorie vom Standpunkt der politischen Wissenschaft und Philosophie bedarf der Rechtfertigung –

⁴⁹ Herbert Marcuse: *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*. Ins Deutsche übertragen von Alfred Schmidt. Neuwied, Berlin 1964, S. 19.

⁵⁰ *Ebenda*. S. 55.

⁵¹ *Ebenda*. S. 180f.

⁵² Herbert Marcuse: *Kultur und Gesellschaft II*. Frankfurt am Main 1965, S. 107–129.

um so mehr, als Freud immer wieder den naturwissenschaftlich-empirischen Charakter seiner Arbeit betont hat. Die Rechtfertigung muß eine zweifache sein: sie muß erstens zeigen, daß die Freudsche Theorie ihrer eigenen Begrifflichkeit nach der politischen Fragestellung offen ist und ihr entgegenkommt – mit anderen Worten: daß ihre anscheinend rein biologische Konzeption im Grunde eine gesellschaftlich-historische ist [...] Sie muß zweitens zeigen, inwiefern einerseits Psychologie heute ein wesentlicher Teil der politischen Wissenschaft ist und andererseits die Freudsche Trieblehre [...] entscheidende Tendenzen der heutigen Politik auf ihren – verdeckten – Begriff bringt«. ⁵³

Im selben Jahr war in den USA Marcuses Studie »Eros and Civilization« (deutsch: »Triebstruktur und Gesellschaft«) erschienen. Er wollte darin nachweisen, daß die Substanz der von Freud begründeten psychoanalytischen Theorie nicht nur in der Entdeckung des Unbewußten liege, sondern in einer Beschreibung der spezifischen Dynamik menschlicher Triebe. »Der zentrale Punkt war und ist der explosive Inhalt der Freudschen Theorie der Instinkte«, der Triebtheorie, wird er 1977 bekräftigen ⁵⁴ – das Verhältnis von »Eros« und »Thanatos«, »Lebens- und Todestrieb«, destruktiven und libidinös bindenden Triebkräften. Entgegen Freuds eher düsteren Gedanken z. B. über »Das Unbehagen in der Kultur« suchte Marcuse die späte »Metapsychologie« Freuds für Überlegungen zu einer veränderten Dynamik der Triebstruktur und einem neuen System der Bedürfnisse in Richtung auf eine »Befriedigung des Daseinskampfes«, des »Kampfes des Menschen mit dem Menschen«, zu nutzen. In seinem »Versuch über die Befreiung« (1969) schrieb er: »Wir hätten dann diesseits aller Werte ein trieb-psychologisches Fundament für Solidarität unter den Menschen, eine Solidarität, die gemäß den Erfordernissen der Klassengesellschaft wirksam unterdrückt wurde, nunmehr aber als Vorbedingung von Befreiung erscheint«. ⁵⁵

1977 sagte Jürgen Habermas in einem Gespräch mit Herbert Marcuse: »Ich glaube, daß Sie in ›Triebstruktur und Gesellschaft‹ die Freudsche

53 Siehe Herbert Marcuse: *Psychoanalyse und Politik*. Frankfurt am Main, Wien 1968, S. 5–34, Zitat S. 5.

54 Siehe Jürgen Habermas: *Gespräch mit Herbert Marcuse*. In: Jürgen Habermas: *Philosophisch-politische Profile*. Erw. Ausgabe. Frankfurt am Main 1984, S. 270. – Siehe Herbert Marcuse: *Triebstruktur und Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1965. Erste deutsche Aufl. unter dem Titel *Eros und Kultur*. Stuttgart 1957. Am. *Eros and Civilization. A Philosophical Inquiry into Freud*. Boston 1955.

55 Herbert Marcuse: *Versuch über die Befreiung*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Helmut Reinicke und Alfred Schmidt. Frankfurt am Main 1969, S. 25.

Triebtheorie gebrauchen, um eine materialistische Version des Vernunftsbegriffs zu gewinnen. Wenn das stimmt, dann frage ich: Kann man eigentlich Vernunft [...] naturalistisch begründen?«.⁵⁶

Die Antwort Marcuses: »Ja, genau das scheint mir notwendig«. »Wir können einen allgemeinen Willen bilden nur auf der Grundlage der Vernunft [...], und die Vernunft [...] steckt in der Tat in den Trieben, nämlich in dem Drang erotischer Energie, die Destruktion aufzuhalten [...] Und das ist nach Freud in der Triebstruktur selbst angelegt.«.⁵⁷

Ein Kommentar von Habermas: »Marcuse hatte ein chiliastisches Vertrauen in eine erneuernde Dynamik der Triebe«.⁵⁸ Marcuse: »In dem Maße, in dem die erotische Energie tatsächlich frei würde, hörte sie auf, bloße Sexualität zu sein« – im Gegensatz zu der von Marcuse eindringlich beschriebenen »repressiven Entsublimierung«⁵⁹ im Zuge der sogenannten sexuellen Revolution – »und würde zu einer den Organismus in allen seinen Verhaltensweisen, Dimensionen und Zielen bestimmenden Kraft«.⁶⁰

Mir kam es hier nur darauf an, einige, natürlich kontroverse Punkte wenigstens zu nennen. Das gilt auch für die folgende knappe Vorstellung von Marcuses Buch »Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft«.⁶¹ In der Vorrede wies er auf die »Paralyse der Kritik« hin, nämlich auf eine Gesellschaft ohne »qualitative«, in diesem Sinn revolutionäre Opposition. Zugleich bezeichnete er diese Gesellschaft (sein Musterbild waren die USA) als im Ganzen »irrational«. Ihre destruktive Produktivität zerstöre »die freie Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen«, ihr »Friede« werde durch »die beständige Kriegsdrohung aufrechterhalten«, ihr Wachstum hänge »von der Unterdrückung der realen Möglichkeiten« ab, »den Kampf ums Dasein zu befrieden – individuell, national und international«.⁶²

⁵⁶ Jürgen Habermas: *Gespräch mit Herbert Marcuse*. In: Jürgen Habermas: *Philosophisch-politische Profile*. Erw. Ausgabe. Frankfurt am Main 1984, S. 285.

⁵⁷ *Ebenda*. S. 287f.

⁵⁸ Jürgen Habermas: *Psychischer Thermidor und die Wiedergeburt einer rebellischen Subjektivität* (1980). *Ebenda*. S. 319–335, Zitat S. 330.

⁵⁹ Herbert Marcuse: *Eros and Civilization*. Preface to the Vintage Edition. New York 1962, S. IX: »Release of sexuality in modes and formes which reduce and weaken erotic energy«.

⁶⁰ Herbert Marcuse: *Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik*. Ein Essay. München, Wien 1977, S. 25f.

⁶¹ Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft* (am. 1964). Übersetzt von Alfred Schmidt. Neuwied, Berlin 1967.

⁶² *Ebenda*. S. 11f.

Wir hätten es mit einer fortgeschrittenen kapitalistischen und zugleich »technologischen Gesellschaft«, mit »totalitären« Zügen, zu tun (hier nicht im Sinne diktatorischer und terroristischer Zwangsherrschaft, sondern als ein Alternativen ausschaltendes umfassendes Herrschaftssystem verstanden), ein Sachverhalt, der bereits »im Begriff und Aufbau der Techniken«, materiellen und Sozialtechniken, begründet sei. Die Generalthese in diesem Zusammenhang lautet: »Als ein technologisches Universum ist die fortgeschrittene Industriegesellschaft [zugleich] ein politisches Universum – die späteste Stufe der Verwirklichung eines geschichtlichen Entwurfs – nämlich die Erfahrung, Umgestaltung und Organisation der Natur als des bloßen Stoffs von Herrschaft«⁶³ – Politik hier verstanden als »diejenige Praxis, in der die grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen entwickelt, bestimmt, aufrechterhalten und verändert werden«.⁶⁴

Die – sogleich heftig kritisierte⁶⁵ – Position (er selbst sprach von einer »Hypothese« und einem »Interpretationsvorschlag«) war Marcuses Version einer Kritik der instrumentellen oder technologischen Vernunft, der Reduktion von Vernunft auf Natur- und Menschenbeherrschung, des geschichtlich-gesellschaftlichen »Entwurfs« (heute wäre eher von einem »Projekt« die Rede) von Technik als einer Herrschaftstechnik über Natur und Menschen.

Er schrieb: »Die Wissenschaft von der Natur entwickelt sich unter dem technologischen Apriori, das die Natur als potentielles Mittel, als Stoff für Kontrolle und Organisation entwirft [...] Das technologische Apriori ist insofern ein politisches Apriori, als die Umgestaltung der Natur die des Menschen zur Folge hat« (Wir könnten diesen Gedanken heute z. B. im Blick auf die ›Gentechnologie‹ weiterspinnen.) »Wird die Technik zu einer umfassenden Form der materiellen Produktion, so umschreibt sie eine ganze Kultur; sie entwirft eine geschichtliche Totalität – eine ›Welt«⁶⁶ – samt der Eingliederung und Unterordnung der Menschen in dieses Universum technischer Kontrolle, Herrschaft.

63 *Ebenda*. S. 18.

64 *Ebenda*. S. 261.

65 *Siehe z. B. Antworten auf Herbert Marcuse*. Hrsg. und eingeleitet von Jürgen Habermas. Frankfurt am Main 1968, bes. Claus Offe: *Technik und Eindimensionalität. Eine Version der Technokratiethese?* – Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*. Frankfurt am Main 1968. – Paul Mattick: *Kritik an Herbert Marcuse. Der eindimensionale Mensch in der Klassengesellschaft*. Frankfurt am Main 1969.

66 *Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch*. Neuwied, Berlin 1967, S. 168f.

»In diesem Universum liefert die Technologie auch die große Rationalisierung der Unfreiheit des Menschen [...] Denn die Unfreiheit erscheint weder als irrational noch als politisch, sondern vielmehr als Unterwerfung unter den technischen Apparat, der die Bequemlichkeiten des Lebens erweitert und die Arbeitsproduktivität erhöht.«⁶⁷

Marcuse bestritt nicht, daß sich diese Technologie im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse rasant entwickelte. Doch dachte er nicht, daß sie sich auf eine Logik des Kapitals reduzieren lasse. Die technologisch-organisatorischen Produktivkräfte (und Destruktionskräfte) seien daher nicht lediglich eine Sache der Verwendung oder Anwendung z. B. durch das Kapital, sondern selbst ein spezifischer ›Weltentwurf‹. Deshalb müsse es darum gehen, die Richtung des technischen ›Fortschritts‹ zu ändern und eine »neue Technik« zu entwickeln, das heißt auch ein neues Verhältnis der Menschen zu ihrer eigenen und zur außermenschlichen Natur, eine von Herrschaft und Ausbeutung befreite, neue technologische Rationalität.⁶⁸

Ernst Bloch z. B. dachte ähnlich; sein Stichwort war »Allianztechnik« – beide Male natürlich als Abgrund von Utopismus verworfen ... Gleichzeitig der meist hämische Triumph angesichts des offenen Eingeständnisses von Marcuse: »Die kritische Theorie der Gesellschaft besitzt keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und der Zukunft überbrücken könnten.«⁶⁹

In seinen letzten Publikationen hat Marcuse die neue feministische Bewegung gewürdigt, für einen sozialistischen Feminismus plädiert⁷⁰ und Rudolf Bahros »Die Alternative« fast enthusiastisch als den wichtigsten Beitrag zur marxistischen Theorie und Praxis, der in den letzten Jahrzehnten erschienen sei, begrüßt, nicht zuletzt auch deshalb, weil Bahros Kritik und »Alternative« für die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ebenfalls gelte. »Das ist orthodoxer Marxismus: das ›allgemeine Individuum‹ als Ziel des Sozialismus«, eine kulturelle Revolution, »eine Umwälzung (auch) der ganzen subjektiven Lebensformen der Massen«. Eine »Demonstration, daß der integrale Sozialismus reale Möglichkeit ist, wenn die entscheidenden Maßnahmen (Umverteilung der Arbeit und des Einkommens, graduelle Abschaffung des Leistungsprinzips, demokratisches Bildungssystem, ein über die Fabrik erweitertes Rätssystem) [...] durchgeführt werden. Die neue Ökonomie als Öko-

67 *Ebenda.* S. 173.

68 *Ebenda.* S. 262.

69 *Ebenda.* S. 268.

70 *Herbert Marcuse: Marxismus und Feminismus. In: ders.: Zeit-Messungen. Drei Vorträge und ein Interview. Frankfurt am Main 1975, S. 9–20.*

nomie der Zeit [genauer: neue Ökonomie der Zeit]: progressive Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Das Reich der Freiheit [auch] im Reich der Notwendigkeit«. ⁷¹

Wer hat noch den Mut, heute – gerade heute – so zu denken?

»Daß der Kapitalismus in Westeuropa inzwischen ein wirtschaftliches Produktivitätsniveau erreicht hat, das ermöglicht, mit ca. 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung alle die Produkte herzustellen, die wir konsumieren können (was ohnehin ökologisch gesehen zu viel ist), ist Segen und Fluch dieser Wirtschaftsform zugleich«⁷² – und heute offenkundig mehr Fluch als Segen. Warum die fast allgemeine Erschöpfung »utopischer Energien« ausgerechnet angesichts der heutigen Situation?

Ich habe Ihnen in groben Strichen Stationen des Lebenswegs und des Denkens von Herbert Marcuse skizziert. Persönlich war er ein überaus unpräntentöser Mensch, politisch von kompromißloser Klarheit. Der Politiker muß Kompromisse machen, der Gelehrte darf sie nicht decken, sagte Max Weber. Wenn ich eine nicht weniger grobe ideen- und sozialgeschichtliche Einordnung Herbert Marcuses versuchen will, dann am besten mit einigen Gedanken von Michael Löwy und Perry Anderson.

In seinem Buch »Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft« erinnerte Löwy an die nun fast erloschene Denktradition, die revolutionäre Tradition eines Teils des deutschen, mittel- und osteuropäischen assimilierten Judentums – von Heinrich Heine und Karl Marx über Rosa Luxemburg bis zu jenen »letzten Überlebenden, die letzten Funken eines gewaltigen geistigen Feuers, die vor kurzem erloschen: Marcuse, Fromm, Bloch ...«.

71 Herbert Marcuse: *Protosozialismus und Spätkapitalismus. Versuch einer revolutionstheoretischen Synthese von Bahros Ansatz*. In: *Kritik. Zeitschrift für sozialistische Diskussion*. Berlin 6(1978)19, S. 5–27, bes. S. 5, S. 13, S. 19, S. 26. – Siehe Rudolf Bahro: *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*. Köln, Frankfurt am Main 1977. – Gert Schäfer: *Was heißt bürokratischer Sozialismus? Eine Würdigung von Rudolf Bahros »Anatomie des real existierenden Sozialismus«* (1978). In: *ders.: Gewalt, Ideologie und Bürokratismus. Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments*. Mainz 1994, S. 15–47.

72 Michael Zürn: *Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung*. In: *Politik der Globalisierung*. Hrsg. von Ulrich Beck. Frankfurt am Main 1998, S. 320. – Siehe auch Jeremy Rifkin: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt am Main, New York 1995. – Karl Marx: *Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie*. In: *MEW*. Bd. 42, S. 600f. – Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*. Neuwied, Berlin 1967, S. 55f.

Löwy nennt sie, einem Wort Walter Benjamins folgend, »die Besiegten der Geschichte«,⁷³ während er ihr Denken retten möchte.

Anderson schrieb in seinen »Considerations on Western Marxism«: »Das versteckte Kennmal des westlichen Marxismus insgesamt ist dies: er ist das Resultat einer Niederlage. Daß sich die sozialistische Revolution nicht über Rußland hinaus entwickeln konnte, Ursache und Folge ihrer Entartung in Rußland selbst, ist der allgemeine Hintergrund der gesamten theoretischen Tradition dieser Periode. Ihre Hauptwerke entstanden, ohne Ausnahme, in Situationen politischer Isolierung und Verzweiflung« – Kennzeichen einer tiefen Kluft zwischen Theorie und Praxis, angesichts von Reformismus, Stalinismus oder des Fehlens einer politischen Arbeiterbewegung überhaupt.⁷⁴ Herbert Marcuse wußte das nur allzugut, ohne sich aus Furcht vor Enttäuschung oder Isolierung das an die Wurzeln gehende Denken zu verbieten.

⁷³ Michael Löwy: *Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandschaft* (frz. 1988). Berlin 1997, S. 9.

⁷⁴ Perry Anderson: *Considerations on Western Marxism*. London 1976, S. 42f.

ZU DEN AUTOREN DIESES HEFTES

Wladislaw Hedeler, Dr. phil., Jahrgang 1953, Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1985 Promotion in Moskau mit einer Arbeit über Nikolai Bucharin. Seit 1990 Publizist und Übersetzer. Publikations- und Forschungsschwerpunkte: russische Arbeiterbewegung und Parteiengeschichte. Publikationen: *Nikolai Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode* (zus. mit Ruth Stoljarowa, 1990), *Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs* (zus. mit Ruth Stoljarowa, 1991), *Nikolai Bucharin. Leben und Werk* (zus. mit Ruth Stoljarowa, 1993), *Stalin, Trotzki, Bucharin* (1994), in: *Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure* (Hrsg. von Dieter Segert und Csilla Machos, 1995), *Nikolai Bucharin. Gefängnisschriften 1. Der Sozialismus und seine Kultur* (zus. mit Ruth Stoljarowa, 1996), *Die russische Revolution 1917* (Hrsg. zus. mit Horst Schützler und Sonja Striegnitz, 1997), *Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf das Jahr 1917 und die Folgen* (Hrsg. zus. mit Theodor Bergmann, Mario Keßler, Gert Schäfer, 1997), *Moskauer Schauprozess gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten«. Von Jeshows Szenario bis zur Verfälschung der Stenogramme zum »Prozessbericht«* (1998), *Nikolai Bucharin* (1999).

Horst Heimann, Dr. rer. pol., Jahrgang 1933. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Philosophie in Berlin und Paris bis 1976 Assistent am Otto-Suhr-Institut (Politische Wissenschaft) der Freien Universität Berlin. Von 1977–1998 Dozent, Leiter und stellv. Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg. 1975 Mitbegründer der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Mitglied im Vorstand und Beirat. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Neuen Linken und zum Demokratischen Sozialismus. Buchveröffentlichungen: *Theoriediskussion in der SPD*, (1975), *Die Aktualität Eduard Bernsteins* (Einleitung zu: *Eduard Bernstein, Texte zum Revisionismus*, 1977), *Theorie ohne Praxis – Sozialwissenschaft zwischen Gegenreform und Antireformismus* (1977), *Eduard Bernstein und der Demokratische Sozialismus* (Hrsg. mit Thomas Meyer, 1978), *Dialog statt Dogmatismus* (Hrsg., 1978), *Grundwerteorientierter Sozialismus versus Wissenschaftlicher Sozialismus*, in: *Grundwerte und Gesellschaftsreform* (Hrsg. von Thomas Meyer, 1981), *Reformsozialismus und Sozialdemokratie* (Hrsg. mit Thomas Meyer, 1982), *Otto Bauer: Theorie und Politik* (Hrsg. mit Detlev Albers und Richard Saage, 1985), *Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* (1991), *Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000* (Hrsg., 1993).

Mario Keßler, Dr. phil. habil., Jahrgang 1955. Studium der Geschichte in Jena und Leipzig. 1982 Promotion in Leipzig, 1990 Habilitation an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. 1991 Ford-Foundation-Stipendiat an der John Hopkins University, Baltimore, Maryland (USA). Seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Arbeiterbewegung und jüdische Frage, Geschichte der Komintern, kommunistische Parteien im Nahen Osten, deutsche Nachkriegsgeschichte. Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Wichtigste Publikationen: *Die Kommunistische Internationale und der arabische Osten*

1919–1929 (1982), *Aufstieg und Zerfall der Komintern* (Hrsg. mit Theodor Bergmann, 1992), *Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive* (Hrsg. mit Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler und Gert Schäfer, 1994), *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus* (1994), *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933* (1994), *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz* (1995), *Heroische Illusion und Stalin-Terror* (1999).

Horst Klein, Dr. sc. phil., Jahrgang 1935. Studium der Philosophie und Pädagogik 1960–1964 an der Universität Leipzig. 1954–1985 Berufssoldat (Oberst a. D.), 1972–1976 Studium an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Promotion zu Problemen der sozialdemokratischen Theoriegeschichte, 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Geschichte der Philosophie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, 1989 Habilitation zu Grundfragen des historischen Materialismus im theoretischen Werk Otto Bauers. 1991–1993 Bildungsmanager in Strausberg und Bremen. Seit 1995 Rentner in Strausberg, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. Schwerpunkte der Arbeit: Probleme der Militärpolitik und der Theoriegeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (II. Internationale und Sozialistische Arbeiter-Internationale), insbesondere des Austromarxismus. Zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung und des Linksozialismus.

Gert Schäfer, Dr. phil. habil., Jahrgang 1941. Prof. für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover. Forschungs- und Lehrschwerpunkte: Politische Theorie und Gesellschaftstheorie, Zeitgeschichte. Publikationen u. a. zur Geschichte und Theorie des Marxismus, darunter: *Zum Begriff der Dialektik bei Marx und Lenin* (1968), *Faschismus und Kommunistische Internationale* (1973), *Marx-Engels: Staatstheorie* (1974), *Franz Neumann* (1977), *Fritz Sternberg* (1981), *Marxismus und Bürokratie* (1981), *Kurt Stechert* (1983), *Arthur Rosenberg* (1986), *N. I. Bucharin* (1989), *J. W. Stalin* (1991), *Leo Trotzki* (1992), *Die Sozialwissenschaften und das Ende des sowjetischen Wegs zum Sozialismus* (1992), *W. I. Lenin* (1994), *Friedrich Engels* (1996), *Das Kommunistische Manifest 1848–1998*. Siehe auch *Gewalt, Ideologie und Bürokratismus. Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments* (Mainz 1994).